



Plenarprotokoll

102. Sitzung

Mittwoch, 28. Januar 2009

Nachruf auf den verstorbenen ehemaligen Abgeordneten Günther Heyenn	7546
Verpflichtung des Abgeordneten Andreas Beran	7546
Andreas Beran [SPD].....	7546
Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kindertagesstättengesetzes	7546
Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von CDU und SPD Drucksache 16/2430	
Beschluss: Dringlichkeit bejaht.....	7546

Aktuelle Stunde	
Situation des Flughafens Lübeck	7547
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7547, 7556
Hans-Jörn Arp [CDU].....	7548
Thomas Rother [SPD].....	7549
Dr. Heiner Garg [FDP].....	7551
Lars Harms [SSW].....	7552
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7554, 7559
Wolfgang Kubicki [FDP].....	7555
Bernd Schröder [SPD].....	7557
Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume.....	7559

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Kindertagesstättengesetzes	7560	Bernd Schröder [SPD].....	7586
Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und SPD Drucksache 16/2430		Dr. Heiner Garg [FDP].....	7587
Heike Franzen [CDU].....	7560	Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7588
Jutta Schümann [SPD].....	7562	Anna Schlosser-Keichel [SPD].....	7589
Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	7563	Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume.....	7589
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7565	Beschluss: Überweisung an den Wirtschaftsausschuss.....	7590
Anke Spoorendonk [SSW].....	7566	CCS-Versuchsprojekt in Schleswig-Holstein	7590
Wolfgang Kubicki [FDP].....	7567	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/2396	
Dr. Johann Wadephul [CDU].....	7568	Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/2436	
Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung und Frauen.....	7569	Dr. Heiner Garg [FDP].....	7590, 7597
Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss.....	7571	Manfred Ritzek [CDU].....	7592, 7601
Finanzierung von Verkehrsprojekten in Schleswig-Holstein	7571	Olaf Schulze [SPD].....	7593
Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/2184		Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7594, 7599
Antwort der Landesregierung Drucksache 16/2399		Lars Harms [SSW].....	7596
Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume.....	7571	Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume.....	7597
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7572	Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7598
Hans-Jörn Arp [CDU].....	7574	Konrad Nabel [SPD].....	7600
Bernd Schröder [SPD].....	7577	Beschluss: Überweisung an den Wirtschaftsausschuss und den Umwelt- und Agrarausschuss.....	7602
Dr. Heiner Garg [FDP].....	7579	Versetzung des Wissenschaftsstaatssekretärs Jost de Jager in den einstweiligen Ruhestand	7602
Lars Harms [SSW].....	7581	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 16/2413	
Beschluss: Überweisung an den Wirtschaftsausschuss und den Finanzausschuss zur abschließenden Beratung.....	7583	Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7602
Bildung einer grenzüberschreitenden Arbeitsgruppe zum Ausbau der Infrastruktur im deutsch-dänischen Grenzland	7583	Niclas Herbst [CDU].....	7603
Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 16/2379		Jürgen Weber [SPD].....	7604
Lars Harms [SSW].....	7583, 7589	Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	7605
Johannes Callsen [CDU].....	7584	Lars Harms [SSW].....	7607
		Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume.....	7608

Beschluss: Ablehnung..... 7609

Nachwuchs in der Seeschifffahrt sicherstellen..... 7609

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/2398

* * * *

Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume..... 7609

Thomas Stritzl [CDU]..... 7610

Anette Langner [SPD]..... 7611

Dr. Heiner Garg [FDP]..... 7612

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 7613

Anke Spoorendonk [SSW]..... 7614

Regierungsbank:

Ute Erdsiek-Rave, Stellvertreterin des Ministerpräsidenten und Ministerin für Bildung und Frauen

Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa

Lothar Hay, Innenminister

Beschluss: Überweisung an den Wirtschaftsausschuss und den Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung..... 7615

Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zum Vertrag zwischen dem Land Schleswig-Holstein und dem Heiligen Stuhl..... 7616

Rainer Wiegard, Finanzminister

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/2245

Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren

* * * *

Ute Erdsiek-Rave, Stellvertreterin des Ministerpräsidenten und Ministerin für Bildung und Frauen..... 7616

Martin Kayenburg [CDU]..... 7617

Rolf Fischer [SPD]..... 7618

Dr. Ekkehard Klug [FDP]..... 7619

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 7621

Anke Spoorendonk [SSW]..... 7621

Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss, den Bildungsausschuss und den Finanzausschuss..... 7622

Beginn: 10:02 Uhr

Präsident Martin Kayenburg:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 39. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig.

Erkrankt sind die Kolleginnen und Kollegen Herlich Marie Todsens-Reese, Frank Sauter, Ministerpräsident Peter Harry Carstensen und Minister Dr. Werner Marnette. - Allen von hier aus gute Besserung!

(Beifall)

Beurlaubt sind für heute von der CDU-Fraktion die Frau Abgeordnete Silvia Eisenberg und von der SPD-Fraktion der Herr Fraktionsvorsitzende, Dr. Ralf Stegner, und der Herr Abgeordnete Klaus-Peter Puls.

Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, sich von Ihren Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich)

Am 13. Januar ist nach langer, schwerer Krankheit der ehemalige Abgeordnete des Schleswig-Holsteinischen Landtages Günther Heyenn verstorben. Er gehörte diesem Haus von 1971 bis 1976 als Mitglied der SPD-Fraktion und danach bis 1994 dem Deutschen Bundestag an.

Als erfahrener Kommunalpolitiker prägte der gebürtige Hamburger über viele Jahre hinweg die Politik im Kreis Segeberg. Seine umfassenden Erfahrungen brachte der frühere Amtsrat der Landesversicherungsanstalt Hamburg mit ganzer Energie im Innenausschuss und im Finanzausschuss des Landtags ein.

Nach seinem Wechsel in die Bundespolitik wurde Günther Heyenn, der von 1990 bis 1994 auch Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Arbeit und Sozialordnung war, vor allem als Sozialexperte bekannt und anerkannt.

Für seine Verdienste um unser Land wurde er 1994 mit dem Verdienstkreuz 1. Klasse des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland geehrt.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag gedenkt Günther Heyenn in Dankbarkeit. Unsere Anteilnahme gilt seiner Familie. Ich bitte Sie nun um einen Augenblick des Innehaltens im Gebet oder des Gedenkens. - Sie haben sich zu Ehren des Verstorbenen von Ihren Plätzen erhoben; ich danke Ihnen.

Meine Damen und Herren, die Abgeordnete Ulrike Rodust hat ihr Mandat im Schleswig-Holsteinischen Landtag niedergelegt. Als Nachfolger hat die Landeswahlleiterin Herrn Andreas Beran feststellt. Herr Beran hat sein Landtagsmandat am 12. Dezember 2008 angenommen. Ich bitte Sie, Herr Kollege Beran, zur Verpflichtung nach vorn zu kommen. Die Anwesenden bitte ich, sich zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich - Der Abgeordnete Andreas Beran wird nach folgender Eidesformel vereidigt: „Ich schwöre, meine Pflichten als Abgeordneter gewissenhaft zu erfüllen, Verfassung und Gesetze zu wahren und dem Lande unbestechlich und ohne Eigennutz zu dienen, so wahr mir Gott helfe.“)

Herr Beran, ich bedanke mich bei Ihnen und wünsche Ihnen mit uns als Kollegen eine gute Zusammenarbeit, vor allem aber eine gute Arbeit zum Wohl unseres Landes Schleswig-Holstein. - Herzlich willkommen wieder in unserer Mitte!

(Beifall)

Andreas Beran [SPD]:

Herzlichen Dank!

Präsident Martin Kayenburg:

Meine Damen und Herren, ich rufe auf:

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kindertagesstättengesetzes

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von CDU und SPD

Drucksache 16/2430

Wortbeiträge zur Dringlichkeit werden nicht gewünscht. - Ich lasse über die Dringlichkeit des Gesetzentwurfs Drucksache 16/2430 abstimmen. Ich weise darauf hin, dass nach § 51 Abs. 3 unserer Geschäftsordnung eine Zweidrittelmehrheit der abgegebenen Stimmen erforderlich ist. Wer die Dringlichkeit bejaht, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Die Dringlichkeit ist mit den Stimmen von CDU, SPD und SSW gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktion der FDP bejaht. Die Zweidrittelmehrheit ist erreicht.

Ich schlage Ihnen vor, den Gesetzentwurf als Punkt 7 a in die Tagesordnung einzureihen und heute nach der Aktuellen Stunde aufzurufen. Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

(Präsident Martin Kayenburg)

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln: Zu den Tagesordnungspunkten 3, 4, 8, 15, 18, 24, 25 sowie 31 bis 39 ist eine Aussprache nicht geplant. Von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen die Tagesordnungspunkte 5, 9, 10, 12, 13, 20, 30 und 42. Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte 22 und 26, Anträge zur Stärkung und zu neuen Perspektiven der beruflichen Bildung, sowie 23, 28 und 29, Anträge zu Konjunkturpaket II, Initiativen zur Stabilisierung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung und Programm für Zukunft und Beschäftigung. Anträge zu einer Fragestunde liegen nicht vor.

Wann die weiteren Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung der 39. Tagung.

Wir werden heute unter Einschluss einer Mittagspause von zwei Stunden bis längstens 18 Uhr tagen. Wir werden morgen grundsätzlich ebenfalls unter Einschluss einer Mittagspause von zwei Stunden bis 18 Uhr tagen. Sollte es zu Verschiebungen kommen, ist morgen eine Mittagspause von 13:30 bis 15 Uhr vorgesehen. Freitag ist keine Sitzung vorgesehen. Ich höre keinen Widerspruch; dann werden wir so verfahren.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, auf der Tribüne begrüßen wir ganz herzlich Schülerinnen und Schüler des Friedrich-Schiller-Gymnasiums aus Preetz und der Jacob-Struve-Gemeinschaftsschule aus Horst mit ihren Lehrkräften. - Seien sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Ebenfalls begrüße ich sehr herzlich unsere früheren Kollegen Plüschau, Poppendiecker und Professor Wiebe auf der Tribüne. - Auch Ihnen ein herzliches Willkommen!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

Aktuelle Stunde Situation des Flughafens Lübeck

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Das Wort hat der Herr Abgeordnete und Fraktionsvorsitzende Karl-Martin Hentschel, dem ich an die-

ser Stelle ganz herzlich gratuliere: Er ist heute Morgen zum dritten Mal Großvater geworden. - Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Alles gut gegangen. 7 Pfd., 50 cm. Danke schön. - Meine Damen und Herren, am 14. April 2005 stand in der „Bild“-Zeitung ein Artikel: „Lübeck hebt ab, und Kiels Bürgermeisterin guckt in die Röhre“. Ein strahlender Bürgermeister Saxe und eine mürrisch dreinblickende Angelika Volquartz waren darin abgebildet.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Die kann gar nicht mürrisch sein!)

Drei Jahre später verhält es sich genau umgekehrt.

Der einstimmige Beschluss der Kieler Ratsversammlung, alle Planungen für die Verlängerung der Startbahn einzustellen, hat sich als klug erwiesen. Dagegen droht das Prestigeprojekt Flughafen die Stadt Lübeck in eine finanzielle Katastrophe zu ziehen. Der Vertrag mit dem neuseeländischen Investor Infratil hat sich als Bumerang erwiesen. Dieser Vertrag ist unglaublich.

Im Vertrag steht: Wenn sich nicht innerhalb von drei Jahren die **Zahl der Fluggäste** auf mehr als 1,2 Millionen erhöht, dann muss **Lübeck** den Flughafen zurücknehmen, die gesamten Kosten zurückzahlen und alle bisher getätigten Investitionen Infratil erstatten. Außerdem muss Lübeck alle aufgelaufenen Verluste ersetzen plus die aufgelaufenen Zinsen. Das sind mittlerweile insgesamt 23 Millionen €.

Infratil hat zum 16. Januar gekündigt. Wenn das so eintreten würde, dann hätte Lübeck den Flughafen zurück und keinen Planfeststellungsbeschluss. Das heißt, der Flughafen Lübeck wäre nicht einmal mehr genehmigt. Lübeck muss dann 23 Millionen € bezahlen. Außerdem hat **Ryanair** gedroht, sofort den Flugbetrieb einzustellen. Das heißt, Lübeck, die ohnehin am höchsten verschuldete Kommune des Landes, steht mit zusätzlichen **Schulden** von 23 Millionen € vor einer Katastrophe ohne Flughafen und ohne irgendetwas in der Hand.

In dieser Situation hat sich Lübeck erneut erpressen lassen und bereit erklärt, alle auflaufenden Schulden für das laufende Jahr zu bezahlen, wenn Infratil den Flughafen bis zum 22. Oktober behält und erst dann zurückgibt. Das ist eine katastrophale Entscheidung vor dem Hintergrund, dass der Flughafen

(Karl-Martin Hentschel)

pro Jahr - ich nehme als Beispiel das Jahr 2007, das bereits abgeschlossen worden ist - einen Verlust von 4,7 Millionen Euro - das ist das Fünffache dessen, was der Flughafen Kiel erlitten hat - bei 3,7 Millionen € Umsatz gemacht hat. Das heißt, der Flughafen macht mehr Verlust, als er Umsatz hat. Das ist also eine absurde Veranstaltung.

Der Grund dafür liegt bei Ryanair. Das ist bekannt. Ryanair hat die **Preise pro Fluggast** auf ein Zehntel dessen gedrückt, was international üblich ist. Übrigens ist der Flughafen Hahn in Rheinland-Pfalz, der auch ein hohes Passagieraufkommen aufweist, pleite, weil Ryanair den Versuch, die Flughafengebühr um 3 € zu erhöhen, sofort mit der Drohung der Kündigung beantwortet hat. Im Ergebnis musste Hahn nachgeben und macht so weiterhin Verluste.

Der von Bürgermeister Saxe geschlossene Vertrag hat sich als finanzielles und wirtschaftliches Waterloo erwiesen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Durchhalteparolen der Industrie- und Handelskammer mit Ex-Wirtschaftsminister Rohwer an der Spitze sind nur noch peinlich. Es kann nicht sein, was jetzt von den Lübecker Politikern teilweise gefordert wird, die sagen, dass jetzt das Land eintreten sollte; denn der **Betrieb des Flughafens** sei gar keine Lübecker Aufgabe. Das hätten sie sich schon lange vorher überlegen müssen!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es kann nicht sein, dass das Land jetzt in den Flughafen eintritt. Ich fordere die Landesregierung auf, keine weiteren Landesmittel für den Flughafen zu gewähren. Es ist schon schlimm genug, dass Millionen von **Regionalisierungsmitteln** diesem Flughafen zugeflossen sind, die nun verloren sind. Wahrscheinlich muss Lübeck diese Millionen auch noch zurückzahlen, wenn der Flughafen pleitegeht. Das heißt, auf Lübeck kommen jetzt weitere knapp 10 Millionen € zu, die Lübeck an das Land und an den Bund als Regionalisierungsmittel zurückzahlen muss. Das wäre eine finanzielle Katastrophe.

Meine Damen und Herren, es gibt eine wichtige menschliche Eigenschaft, die unsere Art weitergebracht hat. Der Mensch ist in der Lage, aus Fehlern zu lernen. Ich hoffe, dass das auch für die Herren Saxe, Rohwer und Marnette gilt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die CDU-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Hans-Jörn Arp das Wort.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Hentschel, es hätte sich an dieser Stelle gehört, an die dort vorhandenen Arbeitsplätze und die Bedeutung des Flughafens in dieser Runde zu erinnern.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Der Flughafen in Lübeck hat eine große **regionale Bedeutung** für den Tourismus der gesamten Ostsee, für den Geschäftsverkehr und - das sollten wir nicht vergessen, meine Damen und Herren - für viele Menschen, die nicht so viel Geld haben. Für diese Menschen ist dies eine Alternative, weil gerade im Bereich der **Günstigflüge** Lübeck den Menschen die Möglichkeit bietet, in Regionen zu kommen, in die sie sonst nicht kommen. Allein die Parkplatzsituation ist im Vergleich zu Hamburg wesentlich besser. Das dürfen Sie nicht vergessen bei all den Diskussionen, die wir jetzt führen.

In welcher Situation befinden wir uns? - **Infratil** ist durch die Kapitalmarktkrise in Neuseeland in eine sehr bedrohliche Situation gekommen. Das ist doch klar. Andere Firmen müssen auch über ihre Position nachdenken.

Zufällig hat Ryanair am selben Tag verkündet, dass Ryanair das Angebot, von Lübeck aus zu fliegen, erweitern will. Das ist ein Signal im Hinblick auf die **Wirtschaftlichkeit des Flughafens**, der weiterhin wirtschaftlich zu führen ist, wenn er vernünftige Anbindungen hat.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Das **Land** hat alles Mögliche getan. Es hat zum einen beim Planfeststellungsverfahren Unterstützung gegeben, zum anderen im Hinblick auf die Anbindung sowohl auf der Straße als auch auf der Schiene. Das wird auch weiterhin unsere Position sein. Wann immer wir können, werden wir den Flughafen und den Standort unterstützen. Ob wir auch so weit gehen können, ein **finanzielles Risiko** abzusichern, weiß ich nicht. Das glaube ich eher nicht. Das wird sehr schwierig sein in Anbetracht der finanziellen Situation des Haushalts. Lübeck soll aber ganz klar wissen, dass das Land Schleswig-Holstein - zumindest die Mehrheit des Parla-

(Hans-Jörn Arp)

ments - uneingeschränkt zu diesem Flughafen steht. Es ist der größte Flughafen, den wir haben.

(Beifall bei CDU und FDP)

Viel größere Sorgen bereiten uns die nicht stabilen Mehrheitsverhältnisse in der Lübecker Bürgerschaft. Sie könnten dazu beitragen, dass man sich nicht in diese Richtung an die Arbeitsplätze und die Bedeutung dieses Flughafens erinnert.

Uns schwebt natürlich auch vor - da gebe ich Ihnen recht -, dass, wenn man in Hamburg von Kooperationen redet, dies genauso gilt bezogen auf die Frage des Flughafens. Ich glaube, der Flughafen in Lübeck ist eine gute Bereicherung und gute Alternative zum Angebot, das der **Hamburger Flughafen** seinen Fluggästen macht.

(Beifall des Abgeordneten Manfred Ritzek [CDU])

- Herr Kollege Ritzek, Sie kommen aus dem Nahbereich Hamburg und können sich als Metropolsprecher genauso dafür einsetzen, wie wir es machen. Hierbei können sich die Kammern auch einmal verdient machen, indem sie über eine Kooperation zwischen Hamburg und Lübeck nicht nur in der Hafenkooperation, sondern auch in der Flughafenkooperation miteinander diskutieren. Ich glaube, Hamburg kann nur gewinnen, wenn Hamburg enger mit Lübeck zusammenarbeitet.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, die CDU steht uneingeschränkt zu dem Flughafen und sagt auch dessen Unterstützung zu. Ich lade Sie ein, am kommenden Mittwoch im Wirtschaftsausschuss auch in Anwesenheit von Bürgermeister Saxe fachlich darüber zu diskutieren. Von hier aus soll das Signal gesendet werden, dass wir den Flughafen unterstützen wollen. Alle idealen Maßnahmen, die wir ergreifen können, wollen wir auch einleiten, und zwar zum Wohle der Arbeitsplätze und zum Wohle der Region.

(Zuruf der Abgeordneten Frau Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Eine Umfrage der TASH hat gezeigt, dass sehr viel mehr Italiener nach Schleswig-Holstein gekommen sind und hier Urlaub gemacht haben. Es ist schließlich nicht so, dass man nur in die eine Richtung fliegt. Man fliegt nicht nur von Lübeck nach Pisa, sondern umgekehrt sind auch Gäste von Pisa nach Lübeck gekommen.

Zum Schluss möchte ich eines in der Diskussion über die Zukunft des Flughafens festhalten. Wir

dürfen nicht den gleichen Fehler begehen, den man in Kiel begangen hat. Wenn man es von Anfang an auf Gewichte beschränkt und Charter ausschließt, dann hat man keine Chance, den Flughafen so attraktiv zu halten, wie er sein müsste, zumal er eh schon ein Handicap hat.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Meine Damen und Herren, unterstützen Sie uns bei einer sachlichen Diskussion, die wir im Wirtschaftsausschuss führen werden!

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Thomas Rother das Wort.

Thomas Rother [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Aus meiner Sicht diskutieren wir dieses Thema hier im Plenum nicht nur zu früher Stunde, sondern auch ein bisschen zu früh. Denn der Wirtschaftsausschuss wird in der kommenden Woche - der Kollege Arp hat darauf hingewiesen - das Thema gemeinsam mit den Vertretern der Hansestadt Lübeck diskutieren, und es wäre sinnvoll gewesen, sich erst danach zu positionieren und Entscheidungen auf den Weg zu bringen. Das, was Karl-Martin Hentschel vorgetragen hat, beruht tatsächlich nicht auf Fakten, sondern ist ein Stück weit Kaffeesatzleserei, zumal die **Bürgerschaft** erst morgen darüber beschließt, ob die Vereinbarung, die mit dem Betreiber Infratil getroffen worden ist, bis zum 31. Oktober weiter trägt, damit die sogenannte Put-Option, das heißt die Rücknahme der Anteile, nicht vollzogen wird. Die Hansestadt Lübeck muss für diesen Zeitraum dann allerdings 1,6 Millionen € auf den Tisch legen, um den Jahresverlust auszugleichen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn die Lübecker Bürgerschaft sich dafür entscheidet, wäre das eine kluge vorläufige Lösung, keine Erpressung und keine Katastrophe,

(Beifall der Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD] und Dr. Heiner Garg [FDP])

weil bis dahin der **Planfeststellungsbeschluss** zur möglichen Entwicklung des Flughafens vorliegt und damit die Erweiterung vonstatten gehen kann. Die Ryanair kann sich dann auch entscheiden, ob

(Thomas Rother)

sie dort mehr macht, als es bis jetzt der Fall ist, das heißt, dort eine Basisstation einrichtet. Die Arbeitsplatzwirkungen können dann noch einmal ganz andere sein, und mit den Naturschutzverbänden wurde ja auch im Vorwege eine Einigung über die Erweiterung des Flughafens erzielt. Die Planfeststellung hätte für die Wirtschaftlichkeit des Flughafenbetriebs immense Auswirkungen, und dann wäre auch eine neue Grundlage für weitere Gespräche mit Infratil geschaffen.

Karl-Martin Hentschel hat schon einiges zur oft gescholtenen Ryanair gesagt, und ich muss dem Kollegen Arp recht geben, denn sie ist mit der Wiederaufnahme der alten Fluglinien, die schon einmal eingestellt gewesen sind, nach Mallorca und Girona beispielsweise, ein Stück weit in Vorlage gegangen. Das wird den Betrieb schon jetzt etwas wirtschaftlicher gestalten, als es bislang der Fall ist.

Die Entscheidung der Lübecker Bürgerschaft ist von maßgebender Bedeutung für alles Weitere. Denn auch die Rückzahlung der genannten rund 23 Millionen € und eine Nichtübernahme dieses **Defizitausgleichs** hängen davon ab. Diese Entscheidung sollte vor einer weiteren Diskussion abgewartet werden. Soweit ich sehe, sind für diese Option bislang nur die Grünen und die Linken in der Lübecker Bürgerschaft, alle anderen nicht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unabhängig davon bleibt das Land in besonderer Weise gefordert, die Hansestadt Lübeck hier nicht allein zu lassen. Es hat im Wirtschaftsministerium auch schon erste Gespräche dazu gegeben. Ich hoffe auch auf ein klares Bekenntnis der Landesregierung zum Flughafen Blankensee mit seiner Bedeutung für das ganze **Land Schleswig-Holstein**. Denn der Betrieb eines Flughafens dieser Größe kann nicht Aufgabe einer Stadt mit 215.000 Einwohnern und sehr knappen Kassen sein. Das ist für die Hansestadt allein nicht leistbar.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Unglaublich!)

Lieber Karl-Martin Hentschel, mögliche Maßnahmen der Landesregierung können tatsächlich von einem zeitweiligen Einstieg in die Flughafengesellschaft bis zur Unterstützung nach der Suche eines neuen Betreibers reichen. Zwischen diesen beiden Polen ist eine ganze Menge Platz, wo die Stadt sehr gern die Hilfe des Landes in Anspruch nimmt. Ich denke, das Land hat ganz einfach eine Verpflichtung dazu.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Die Grünen waren da, zumindest bis Sonntag, noch anderer Meinung, aber die Grünen in Lübeck ändern ja fast stündlich ihre Auffassung, und das ist natürlich auch ein politisches Problem.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP - Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Grünen waren immer gegen den Flughafen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Lübecker Flughafen ist tatsächlich eine sinnvolle Ergänzung zum Hamburger Airport, und er ist ein wichtiger **Standortfaktor** für die Region, nicht nur als Charterstandort - -

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hamburg ist sauer auf die Dumpingpreise!)

- Das sehen die Fluglinien dann aber auch anders, die gern in Hamburg starten wollen.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Martin Kayenburg:

Die Dialoge können in den Ausschuss verlegt werden.

Thomas Rother [SPD]:

Der Flughafen ist nicht nur ein harter Standortfaktor, sondern für die Menschen in der Region auch ein weicher Standortfaktor. Sie finden es sehr gut, dass in ihrer Nähe ein erreichbarer Flughafen ist.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

Karl-Martin Hentschel, Mobilität ist ein ganz wichtiger Faktor für die gefühlte Lebensqualität, auch in der Region. Auf das mögliche Entwicklungspotenzial und die Arbeitsplatzsituation ist schon hingewiesen worden. Es werden auch immer mehr **Touristen** nicht nur in das Ausland und zurückgebracht, sondern auch immer mehr Touristen verbringen ihren Urlaub in Lübeck und an der Ostsee. Das ist sinnvoll für die gesamte Region.

Von daher ist das Ansinnen der Grünen tatsächlich etwas ärgerlich und wahrscheinlich auch nur ideologisch motiviert und nicht ökonomisch, wie vorgebracht. Denn eine Entscheidung gegen den Flughafen wäre auch keine ökologische Entscheidung. Kein Fluggast würde deshalb weniger fliegen, sie würden einfach von einem anderen Ort aus fliegen. Von daher ist das tatsächlich ein bisschen aberwitzig.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP - Zurufe)

(Thomas Rother)

- Ja, da haben die Grünen in Lübeck aber bisher anders argumentiert. - Dass die Anwohnerinnen und Anwohner nicht begeistert sind, verstehe ich natürlich, aber die neue A 20 und die B 207 bringen in dem Bereich wesentlich mehr Dauerlärm als die Flugzeuge, die dort ab und zu starten und landen. Es ist halt die Summe der Belastungen in einem Bereich, der früher paradiesisch ruhig war - Peter Eichstädt wohnt dort ja auch -, aber nach der Grenzöffnung hat sich dort eben auch ein Stück weit etwas getan.

Ich freue mich, dass die Landesregierung - davon gehe ich aus - gemeinsam mit der Hansestadt jetzt schon Möglichkeiten auslotet und auch weiterhin ausloten wird, um die Zukunftsfähigkeit des Flughafens zu erhalten und um einen wirtschaftlichen Betrieb zu erreichen. Die Unterstützung meiner Fraktion dazu hat sie.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der FDP erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Zunächst einmal kann man sich ernsthaft die Frage stellen: Was soll diese Aktuelle Stunde heute?

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Wir haben zur Kenntnis genommen: Die Grünen sind gegen Regionalflughäfen. Das wussten wir auch vorher. Wir haben zur Kenntnis genommen: Die Grünen sind überhaupt gegen das Fliegen. Das wussten wir auch schon vorher. Wenn es dem Kollegen Karl-Martin Hentschel darum gegangen wäre, die tatsächlichen Probleme, die die Hansestadt Lübeck derzeit hat, zu diskutieren, dann würde er sich nächste Woche in den Wirtschaftsausschuss setzen und in Ruhe mit uns und den Vertretern der Hansestadt Lübeck darüber diskutieren.

(Beifall bei FDP, CDU und SPD)

Genau darum geht es den Grünen nämlich nicht. Karl-Martin Hentschel stellt sich hier vorn hin und tut so, als ob sich die Grünen vermeintlich um die finanzielle Situation der Hansestadt Lübeck sorgen. Tatsächlich versuchen die Grünen - zumindest hier im Landtag wie auch in Lübeck -, jede Situation zu

nutzen, den Lübecker Flughafen plattzumachen, und dazu ist ihnen jedes Mittel recht.

(Beifall bei FDP, CDU und SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Kollege Garg, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Karl-Martin Hentschel?

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Nein, Herr Präsident, ich gestatte keine Zwischenfrage. Herr Kollege Hentschel kann sich ja noch zu einem Dreiminutenbeitrag melden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die **Lübecker Bürgerschaft** wird sich morgen in nicht öffentlicher Sitzung darüber unterhalten, ob sie die dritte **Ergänzungsvereinbarung** mit der Flughafengesellschaft und Infratil abschließen will. Kernpunkt dieser dritten Ergänzungsvereinbarung - die Herr Hentschel Erpressung nennt - ist, dass **Infratil** von der **Put-Option** bis zum 22. Oktober 2009 absieht. Ich höre, dass sowohl die sozialdemokratische Fraktion, die Union als auch die Kollegen meiner Fraktion, der FDP, diesem Abschluss wohl zustimmen werden. Ich kann diesen verantwortungsbewussten Kolleginnen und Kollegen nur eine glückliche Hand wünschen. Denn die kümmern sich tatsächlich nicht nur um das Wohl der Stadt, sondern auch um die weitere **Perspektive des Flughafens**, der aus meiner Sicht nicht nur für die Region unerlässlich ist.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Soll das Land einsteigen!)

- Kollege Hentschel, Kernpunkt der dritten Ergänzungsvereinbarung ist - das habe ich gerade ausgeführt - der Verzicht auf die Put-Option. Sie wissen doch ganz genau, was die Konsequenzen sind, wenn genau diese Ergänzungsvereinbarung morgen abgelehnt würde. Ich weiß, dass Sie genau darauf warten.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, das kommt sowieso!)

- Nein, es kommt eben nicht sowieso. Im schlimmsten Fall übernimmt die Stadt Lübeck einen Flughafen ohne Planfeststellungsbeschluss, der derzeitige Hauptkunde wird sich völlig zurückziehen, damit gäbe es wahrscheinlich auch keinen **Planfeststellungsbeschluss** mehr, der Flughafen verlöre komplett seine Geschäftsgrundlage und würde quasi plattgemacht. Genau das wollen Sie, und genau das

(Dr. Heiner Garg)

werden wir nicht zulassen, lieber Kollege Hentschel,

(Beifall bei FDP, CDU und SPD)

und zwar alle, denen daran gelegen ist, nicht nur die Arbeitsplätze in Lübeck zu sichern, nicht nur dieses Angebot in Lübeck aufrechtzuerhalten, sondern auch die Stadt vor dem finanziellen Desaster zu bewahren.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und jetzt soll dafür das Land einsteigen!)

- Was heißt hier, die Stadt solle jetzt einsteigen? Sie wissen doch genau, wo die Probleme sind.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das Land!)

- Sie haben gerade nach der Stadt gefragt. Entweder die Stadt übernimmt die 23,5 Millionen € - die haben Sie selber vorhin genannt -, oder die Stadt übernimmt die 1,3 Millionen €. Jetzt können Sie ja mal rechnen, was insgesamt günstiger kommt.

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist keine reale Alternative! Die 1,3 Millionen € kommen zum Verlust noch hinzu!)

Ich sage Ihnen ganz deutlich, lieber Kollege Hentschel: Ich finde den Versuch perfide, die derzeitigen Schwierigkeiten zu nutzen, Ihre Ideologie hier vorzutragen, den Flughafen plattmachen zu wollen. Sie können Lübeck mit Kiel - da können Sie noch so nette Gesten hier im Landtag machen - überhaupt nicht vergleichen.

(Beifall bei FDP, CDU, SPD und SSW)

Nennen Sie mir einen Charterflieger, der jemals in Kiel abgeflogen ist!

(Zurufe)

- Sie können von mir aus mit dem Fahrrad Globalisierung betreiben. Das ist mir relativ egal. Mir geht es darum, dass wir es nicht zulassen dürfen, dass Sie versuchen, der Hansestadt Lübeck auch finanziell das Kreuz zu brechen. Ich finde das perfide und absolut unverantwortlich, was Sie hier veranstalten.

(Beifall bei FDP, CDU und des Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD] - Zurufe von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie sich ernsthaft um die finanzielle Situation Lübecks sorgen würden - -

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der Bürgermeister treibt Lübeck in den Ruin!)

- Das haben Sie doch getan! Sie haben doch so getan, als ob Sie die Einzigen wären, die Lübeck vor größeren Schäden bewahren wollen. Das genaue Gegenteil ist der Fall! Sie entziehen Lübeck Möglichkeiten, in Zukunft wirtschaftlich weiter zu wachsen.

Wenn es Ihnen wirklich darum geht, eine sachliche Debatte zu führen, bin ich auf Ihre konstruktiven Beiträge nächste Woche sehr gespannt, wenn wir mit Vertretern von Infratil und Vertretern der Hansestadt Lübeck sprechen.

Die Aktuelle Stunde heute und insbesondere Ihre Beiträge haben der Hansestadt Lübeck mehr geschadet, als Sie angeblich der Hansestadt nutzen wollen.

(Beifall bei FDP, CDU, SPD und SSW - Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Kollege Hentschel, ich habe Ihre Geste so gedeutet, dass Sie Kopfschmerzen haben. Dann empfehle ich Tabletten. Anderenfalls bitte ich, solche Gesten zu unterlassen.

Das Wort hat für die Abgeordneten des SSW hat Herr Kollege Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Ausgangslage der Thematik um Lübeck-Blankensee ist in der Tat - wie es der Kollege Garg richtig gesagt hat - völlig anders, als sie es seinerzeit in **Kiel** war. Infratil hat gesagt, sie wollten aussteigen, und hat das nicht mit der Unzuverlässigkeit des Flughafens oder der schlechten ökonomischen Lage dort begründet, sondern mit der allgemeinen Finanzmarktkrise. Ryanair - das ist sicherlich schon etwas länger geplant gewesen als innerhalb von zwei, drei Tagen - baut aus; es gibt eine neue Linie nach Palma, und es gibt eine erweiterte Linie nach Dublin. Das ist die Lage.

Im Unterschied zu Kiel-Holtenau sind in **Lübeck** auch **Charterflüge** möglich, und hier ist auch der Ausbau der Charterflüge möglich und gewollt. Das ist ein gravierender Unterschied, wenn es darum geht, ob sich ein Flughafen wirtschaftlich betreiben lässt oder nicht.

(Lars Harms)

Bevor man dieses Gelände - wie einige sagen - zu einem Solarpark umwandelt oder dort ein neues Gewerbegebiet errichtet, ist es erst einmal wichtig, sich realistische Ziele zu setzen - das hat man mit 650.000 Fluggästen im Jahr 2009 getan, die man anstrebt -, um dann in ein bis zwei Jahren gravierende Entscheidungen treffen zu können. Man darf das nur nicht jetzt holterdiepolter machen, nur weil ein Ereignis geschehen ist.

Die Stadt Lübeck tut gut daran, den **Vertrag** mit dem Betreiber **Infratil** zu verlängern. Das hat zwei Vorteile: Erstens hat man nicht den Nachteil, dass man 23 Millionen € auf einmal in die Hand nehmen und für nichts und wieder nichts ausgeben muss. Da sind 1,6 Millionen €, die im Raum stehen, sicherlich die angenehmere Variante.

Viel wichtiger ist aber, dass das gesamte **Planungsverfahren** auch vom Betreiber abhängig und auf diesen zugeschnitten ist. Wenn man jetzt den Betreiber wechselt, hat man natürlich auch im Planungsverfahren ein Problem.

Wir wissen, dass die Stadt Lübeck auch in Zukunft verpflichtet sein wird, diesen Flughafen zu betreiben. Es gibt eine **Betreiberpflicht**. Es ist nicht so, dass der Flughafen morgen geschlossen wird. Vor diesem Hintergrund ist ein Weitermachen mit dem bisherigen Investor immer noch das Klügste, was man machen kann. Das ist zumindest das, was ich den Leuten vor Ort empfehlen würde.

Was ist dabei nun Aufgabe des Landes? - Aufgabe des **Landes** ist es, eine schnelle Genehmigung für den **Ausbau** zu erteilen, damit eine Grundlage da ist. Dies soll laut Presseberichten am 7. Februar geschehen. Es ist weiter wichtig, die nachfolgenden Verfahren schnell zu bearbeiten, damit man schnell in Gang kommen kann. Es muss natürlich das Ziel sein, die Start- und Landebahn zu verlängern, einen neuen Terminaltrakt zu bauen, Parkplätze zu bauen und das Vorfeld zu erweitern. Das ist vorher schon diskutiert worden. Wenn man das einmal politisch entschieden hat, muss man das durchziehen und darf nicht auf halber Strecke stehen bleiben.

Aufgabe des Landes wird es auch sein, **Investitionszuschüsse** zu zahlen, nicht nur für Lübeck. Das ist üblich, das tut man auch bei anderen Flughäfen. Wir können das beim übernächsten Tagesordnungspunkt besprechen, wenn wir über die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur reden. Da kann man nachlesen, dass auch Investitionen in Flugplätze finanziert werden. Da könnte das Land durchaus helfen, indem man dort Investitionszuschüsse gewährt.

Was nicht Aufgabe des Landes ist, ist, Rettungsschirme zu spannen, den Betrieb des Flughafens ganz oder auch nur teilweise zu übernehmen. Da würde sich das Land übernehmen. Wir haben schon bei Holtenau argumentiert, dass es nicht Aufgabe des Landes ist, einen Flughafen zu betreiben.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: So ist es!)

Das muss ein **privater Betreiber** machen. Das ist derzeit der Fall. Wir müssen nur die Rahmenbedingungen gewährleisten.

Es ist wichtig, dass das Land Schleswig-Holstein, insbesondere der Wirtschaftsminister, der heute leider nicht hier sein kann, dazu beiträgt, dass Gespräche geführt werden, sowohl mit den Betreibern, später möglicherweise auch mit neuen Betreibern, falls das notwendig sein wird, aber - das ist die politische Botschaft - eben auch mit den Hamburgern. Das Land Schleswig-Holstein kann dazu beitragen - -

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der Hamburger Flughafen wird Ihnen was husten!)

- Es geht darum, dass man eine **Zusammenarbeit** mit dem **Flughafen in Hamburg** hinbekommt. Welche Flüge da kommen, soll mir egal sein. Es ist erst einmal wichtig, dass überhaupt eine Zusammenarbeit stattfindet und keine Konkurrenzsituation entsteht. Dann macht der Ausbau eines Flughafens Sinn. Natürlich muss es dann auch Ausgleich für die Flächeneingriffe wie andernorts auch geben. Das ist völlig klar, dafür gibt es Gesetze, wir haben unser Landesnaturschutzgesetz, das das regelt. Da mache ich mir gar keine Sorgen.

Wir müssen uns klar darüber sein, dass es einen verstärkten Einstieg in den **Charterverkehr** geben wird. Das müssen wir so sehen. Wenn das politisch vor Ort gewollt ist und technisch machbar ist, soll man das tun, soll man das durchziehen und darf irgendwann nicht mehr bei 650.000 Fluggästen stehen bleiben, sondern muss klar sagen: Okay, Charterverkehr ist das, womit unser Flughafen Geld verdient, dann müssen wir für den Flughafen die Grundlagen dafür schaffen. Dazu kann das Land beitragen, und das sollten wir alle tun.

(Beifall bei SSW, CDU, SPD und FDP)

Präsident Martin Kayenburg:

Das Wort hat jetzt Herr Abgeordneter Detlef Mattiessen.

(Zurufe)

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Es ist schon eine ganz erstaunliche Diktion, die hier insbesondere der Kollege Dr. Heiner Garg entfaltet hat: Wir reden den Flughafen schlecht, wir brechen dem Flughafen das Kreuz.

(Zurufe)

Die Wirklichkeit ist: Erstens ist die Ökonomie dieses Flughafens schlecht, wir reden sie nicht schlecht. Zweitens brechen der Bürgermeister Saxe das Kreuz und die Mehrheit in der kommunalen Politik Lübecks mit ihrer Politik.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, am Flughafen **Lübeck-Blankensee** sinken seit 2005 die **Passagierzahlen** Jahr für Jahr: 711.000 im Jahr 2005, 678.000 im Jahr 2006, 613.000 im Jahr 2007 und 520.000 im Jahr 2008. Der Betrieb erzeugt Millionenverluste.

Zur **Zusammenarbeit** mit dem **Hamburger Flughafen** sei gesagt, dass die Hamburger natürlich stinksauer sind, denn Millionenverluste bedeuten nichts anderes, als dass das private flugtouristische Geschäft durch öffentliche Transferleistungen genährt wird, deshalb an dieser Stelle stattfindet und ohne diese öffentlichen Transferleistungen nicht stattfinden würde, weil die **ökonomische Grundlage** fehlt. Das ist die schlichte Wahrheit, mit der wir seit Jahren versuchen, auch bei Ihnen wieder Vernunft einkehren zu lassen. Leider gelingt das nicht.

Herr Kollege Rother, das ist ja wohl die billigste Tour. Sie unterstellen den Lübecker Grünen einen Wechsel ihres Standpunkts angesichts der aktuellen Lage. Das ist wirklich perfide. Ich unterstelle dem Gegner irgendeine Meinung und zerpflücke die dann. Das ist wirklich die billigste rhetorische Tour. In Wirklichkeit hat die SPD in Lübeck den Lübecker Grünen immer eine ideologische Verhärtung wegen ihres einseitigen und angeblich wirtschaftsfeindlichen Standpunkts in Sachen Flughafen Lübeck vorgeworfen. Die Haltung der Grünen in Lübeck und auf Landesebene war hier immer eindeutig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Am 16. Januar 2009 war es dann soweit, es kam genau so, wie alle Kritiker gefürchtet hatten, der **Investor Infratil** steigt aus, die Lübecker Stadt muss nun 23 Millionen € stemmen, um Kaufpreisinvestitionen und angelaufene Verluste seit 2005 auszugleichen und an Infratil zurückzuzahlen. Hinzu kommen die **Verluste** für 2009 und weiterer Jahre.

Der von Bürgermeister Saxe geschlossene Vertrag hat sich als finanzielles und wirtschaftliches Waterloo erwiesen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube nicht, dass da irgendein grüner Einfluss eine Rolle gespielt hat. Dort haben wir nicht die Mehrheit, sondern das ist in Lübeck von den Mehrheiten, die nicht von den Grünen gestellt werden, so beschlossen worden.

Einen **Investor** zu finden, der auf **eigenes Risiko** einsteigt, ist eine sehr unwahrscheinliche Lösung. Diese Absicht ist aber jetzt schon von der Lübecker Kommunalpolitik geäußert worden. Die Durchhalteparolen der Industrie- und Handelskammer sind mindestens genauso peinlich wie das, was wir hier eben im Hohen Haus erleben durften. Die Stadt Lübeck wird den Ausbau des Flughafens nicht bezahlen können. Die Stadt ist praktisch pleite.

Er ist auch von **Landesseite** selbstverständlich in großem Umfang gefördert worden, zum Beispiel durch die **Anschubfinanzierung** neuer Fluglinien und anderes mehr. Sie wissen, ein weiteres Risiko, das hier noch gar nicht diskutiert wurde, war die **Klage** von **Air Berlin** gegen den Flughafenbetreiber wegen Subventionierung und Verzerrung des Wettbewerbs. Über diese Klage ist nach meiner Information noch nicht entschieden. Ich habe mich bemüht, von der Landesregierung die Stellungnahme zu bekommen, die sie in dem **Beihilfverfahren** gegenüber der Europäischen Kommission abgeben musste. Leider ist mir das nicht gelungen. Hier wird - wie in Lübeck auch - mit den Verträgen, die bisher noch nicht bekannt gemacht worden sind, was den finanziellen Hintergrund anbelangt, das Licht der Öffentlichkeit gescheut.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die SPD-Resolution ist der Gipfel. Das Land soll übernehmen, weil der Flughafen so landesbedeutend sei. Man verzockt sich vor Ort und sagt dann, das Land soll retten.

Ich bin auf die Diskussion im Wirtschaftsausschuss gespannt. Ich möchte vor allen Dingen sehr gern den Bürgermeister Weißkichel aus Groß Grönau einladen und hören, was die Gemeinde zu eventuellen anderen Aktionen, wie beispielsweise Nachtflügen, Frachtflügen und dergleichen, sagt.

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Kollege, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich komme zum letzten, aber eindeutigen Satz. Für Lübeck gilt: Lieber ein Ende mit Schrecken als - wie hier absehbar - ein Schrecken ohne Ende.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Das Wort hat der Herr Oppositionsführer Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn man Karl-Martin Hentschel und den Kollegen Matthiessen hier so hört, hat man die Vermutung, in brennender Sorge kommen sie um den Schlaf, was mit Lübeck und mit Schleswig-Holstein geschieht, aber in Wahrheit zünden sie das Haus an, in dem wir wohnen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Der einzige Ort, an dem wir noch **Flugverkehrsinfrastruktur** haben - wenn man einmal von Westerland absieht -, ist **Lübeck**. Wenn Schleswig-Holstein darauf verzichtet, diesen Flughafen weiterzuentwickeln, dann nabeln wir uns schlicht und ergreifend von der weiteren Flugverkehrsentwicklung ab

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

- wir sind leider schon so weit -, die wir mit Dellen zukunftsfortgeschrieben sehen könnten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin schon lange genug im Parlament, vielleicht können sich auch einige von Ihnen daran erinnern, dass es auch die Grünen in der Regierung mit den Sozialdemokraten gemeinsam waren, die beispielsweise Fluglinien nach Kiel mit öffentlichen Geldern subventioniert haben, sich heute hier hinstellen und sagen, das Land solle sich heraushalten.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Lieber Kollege Matthiessen, Lübeck ist momentan noch nicht pleite. Unsere Aufgabe liegt doch darin, dass sich die **vertraglichen Gegebenheiten**, die Sie wie in einer Brandrede an die Wand gemalt haben, nicht einstellen. Dem dient jetzt der Versuch, **Infratil** zu bewegen, bis Oktober 2009 den Flughafen weiter zu betreiben, um die Zeit zu nutzen, eine **Perspektive** für den Flughafen aufzuzeigen - auch

dem Investor, der gesagt hat, er wolle eigentlich gar nicht weg -, dass sich die **prognostizierten Fluggastzahlen** einmal einstellen werden.

Unsere Aufgabe als Landesparlament muss doch darin liegen, Schaden von der Stadt Lübeck und von Schleswig-Holstein abzuwenden,

(Beifall bei FDP und CDU sowie vereinzelt bei SPD und SSW)

und nicht heute so zu tun, als müssten wir durch unseren Beitrag Lübeck dazu bewegen, jetzt auf Infratil zu verzichten, niemanden Neues zu haben, 23 Millionen € zu zahlen und damit genau das auszulösen, was Sie hier an die Wand malen. Genau das wollen wir verhindern, und genau das werden wir verhindern - ob Ihnen das passt oder nicht.

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Offenbar mit Landesgeld!)

- Momentan, liebe Frau Kollegin Birk, steht Landesgeld überhaupt nicht im Raum. Niemand ist an uns herangetreten und hat gesagt, wir sollen eine Betreibergesellschaft gründen. Das ist als letzte Perspektive sozusagen gedacht worden, aber ich kann aus Sicht des Landesparlaments sagen, schon in Kiel hat sich erwiesen, dass die **Beteiligung des Landes** an einer Betreibergesellschaft nicht unbedingt zum Vorteil der **Betreibergesellschaft** ist.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Unsere Aufgabe muss doch darin liegen, für private Investitionen Investoren zu finden, die sich engagieren. Unsere Aufgabe muss darin liegen, Infratil, die ja schon da sind und eigentlich auch bleiben wollen, die Perspektive zu eröffnen, auch bleiben zu können.

Aber wenn man Ihre Beiträge von den Grünen hört, habe ich Verständnis dafür, dass die Investoren einen großen Bogen um Schleswig-Holstein machen, weil sie nie sicher sein können, dass die ersten Erklärungen, sie seien hier gemocht und gewollt, dauerhaft von Bestand sind. Das gilt übrigens nicht nur für den Flughafenbau, das gilt auch für den Straßenbau, das gilt für den Kraftwerksbau, das gilt für alle großen Infrastrukturinvestitionen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, einige von Ihnen werden sich daran erinnern, mit welcher Vehemenz gerade BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in der Vergangenheit versucht haben, den Ausbau des Lübecker Flughafens zu verhindern, zu verzögern und zu torpedieren, mit der Folge, dass er momentan eine Kapazität ausweist, die die Fluggastzahl nicht

(Wolfgang Kubicki)

ermöglicht, die der Betreiber als notwendige Voraussetzung dafür genannt hat, dass er dauerhaft - -

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Fluggastzahlen sind nicht wegen mangelnder Kapazitäten zurückgegangen!)

- Frau Kollegin Birk, ich kann die Plenarprotokolle - -

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie sind weiter zurückgegangen! Sie waren schon fast bei 800.000!)

- Liebe Frau Kollegin Birk, bitte sehen Sie mir nach, dass die fünf Minuten, die ich jetzt habe, nicht ausreichen werden, um Ihnen Nachhilfe zu erteilen. Ich bin aber gern bereit, das privatissime zu machen.

(Heiterkeit und Zurufe)

- Natürlich im Beisein weiblicher Mitarbeiter meiner Fraktion, damit da keine Missverständnisse auftauchen, Kollege Wadephul. Aber ich kann sagen, ich bin da wirklich nicht gefährdet. Das kann ich sagen.

(Heiterkeit)

Es waren die Grünen, es war Umweltminister Müller, der den **Ausbau des Flughafens** Lübeck torpediert und verzögert hat. Jetzt stellen Sie sich hin und sagen, wegen dieser **Verzögerung** könnten die Fluggastzahlen nicht erreicht werden. Das sei der Beleg dafür, dass der Flughafen nicht lebens- und existenzfähig sei. Ich sage Ihnen: Wenn es Lübeck gelingt - und ich hoffe, dass es Lübeck gelingt -, Infratil zu bewegen, bis Oktober zu bleiben, werden wir gemeinsam mit Lübeck - das sage ich von dieser Stelle aus zu - den Versuch unternehmen, eine Perspektive aufzuzeigen, den Flughafen wirtschaftlich zu betreiben, ohne dass das Land Schleswig-Holstein sich als Betreiber beteiligen muss. Dann werden Sie im Oktober/November sehen, dass alles das, was Sie an die Wand gemalt haben, sich in Luft auflösen wird, und das ist gut für das Land.

(Beifall bei FDP und CDU sowie vereinzelt bei SPD und SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Karl-Martin Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Man könnte wirklich glauben, die Grünen würden in Lübeck und im Land regieren. Es ist schon erstaunlich, wenn man hier hört, wer alles schuld ist.

Herr Kubicki, ich möchte eines zu den Investitionen sagen: Es waren die Grünen, die entscheidend dazu beigetragen haben - nicht allein, aber entscheidend -, dass die Westküste Schleswig-Holsteins durch die Windindustrie und durch die regenerativen Energien ein neues industrielles Standbein bekommen hat und dass Milliarden € investiert worden sind - in die Zukunft des Landes und nicht in die Vergangenheit.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [FDP]: Was haben Sie investiert?)

Es geht hier um die Frage: Ist es Aufgabe der **öffentlichen Hand**, Billigflieger zu subventionieren? Wenn Sie die wissenschaftlichen Studien zum Luftverkehr lesen, kommen die alle zu dem gleichen Ergebnis. Es gibt acht Flughäfen in Deutschland, die profitabel laufen. Das sind die acht großen Flughäfen. Alle anderen **Regionalflughäfen** sind defizitär und werden auch immer defizitär sein, weil die Flughafengebühren, die verlangt werden, Dumpingpreise sind, die den Betrieb überhaupt nicht tragen. Selbst in Frankfurt-Hahn mit 4 Millionen Fluggästen im Jahr ist es so: Je mehr Fluggäste es geworden sind, desto größer ist das Defizit geworden, weil die Gebühren nicht kostendeckend sind. Und Ryanair ist bekannt dafür, dass sie sofort gehen und den Flughafen wechseln, wenn ein Flughafen versucht, die Gebühren anzuheben.

Das heißt, Lübeck ist verdammt dazu, ein **strukturelles Defizit**, das immer größer wird, je mehr Fluggäste fliegen, zu behalten. Von daher ist das Ganze ökonomischer Unsinn.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese regionalen Flughäfen in Deutschland sind alle im Minus, sie sind alle Prestigeprojekte von Landesfürsten, und keiner dieser Flughäfen hat - Sie können alle wissenschaftlichen Studien dazu lesen - eine Perspektive. Es wird in Deutschland acht **Großflughäfen** geben - ihre Namen kann ich aufzählen -, und die werden eine Perspektive haben. Alle anderen sind reine Verlustobjekte.

Ich bleibe dabei. Wir können vorwärts und rückwärts über Ökonomie reden. Die entscheidende Frage, die Sie beantworten müssen, lautet: Ist es

(Karl-Martin Hentschel)

Aufgabe des Staates - ist es Aufgabe des Landes - Billigflieger aus **Steuermitteln** zu subventionieren? Ich sage ganz klar: Billigflieger können fliegen. Das ist ökonomisch und richtig. Sie sollen aber in Zukunft genauso Steuern zahlen wie die Nutzer der Bahn und der Straße. Das ist zurzeit noch nicht der Fall.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie sollen genauso Steuern zahlen wie jeder andere Betrieb auch. Sie sollen bitte nicht von der öffentlichen Hand dauersubventioniert werden.

Das ist übrigens auch gegen die Bestimmungen der EU. Deshalb läuft ein Verfahren von Air Berlin. Wenn das Verfahren von Air Berlin Erfolg hat, was noch im Raum steht, dann ist es sowieso aus. Machen wir uns also nichts vor: Wir müssen die Kernfrage beantworten, was in diesem Zusammenhang Aufgabe des Staates ist. Vielleicht stimmen Sie mir zu, dass es nicht Aufgabe des Staates ist, Billigflieger zu subventionieren, die in den Urlaub fliegen. Das hat wenig mit Wirtschaft zu tun. In einer Studie des Flughafens aus dem vorletzten Jahr wird behauptet, es würden 5.000 **Arbeitsplätze** entstehen. Das ist absoluter Unsinn. Zurzeit gibt es 140 Arbeitsplätze auf dem gesamten Flughafen und nicht 5.000. Das, was da gemacht wird, ist absoluter Unsinn. Wenn Lübeck das Geld in den Hafen oder in die Infrastruktur der Stadt investieren würde, dann würde die Stadt das Geld wesentlich besser ausgeben. Das wäre besser, als das Geld in den Flughafen zu investieren, der immer nur ein Minus produzieren wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Hans-Jörn Arp?

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, gern.

Hans-Jörn Arp [CDU]: Herr Kollege, ich habe eine Frage. Sie haben eben die Bahn mit den Billigfliegern verglichen, wenn ich das richtig verstanden habe.

- Ja, das stimmt!

Ist es richtig, dass alle Bahnverkehre, die wir haben, kostendeckend verkehren?

- Es ist richtig, dass die Fernverkehre kostendeckend laufen und auch laufen müssen, während der Regionalverkehr als öffentlicher Verkehr unterstützt wird.

(Zurufe)

- Das ist überall auf der Welt so. Die Pendlerverkehre werden unterstützt. Das ist auch eine öffentliche Aufgabe, denn wir wollen, dass die Menschen zu ihrem Arbeitsplatz kommen. Das macht Sinn. Es macht aber keinen Sinn, Leute, die nach Mallorca fliegen, zu subventionieren, damit sie fünf Euro billiger fliegen können. Das macht in meinen Augen keinen Sinn.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD])

Wir sind nicht gegen den Flughafen Lübeck, weil wir grundsätzlich gegen das Fliegen sind. Auch ich bin in meinem Leben viel geflogen. Dazu stehe ich auch. Ich denke auch, dass eine moderne Welt mit Fliegern lebt. Ich bin aber dafür, den Flugverkehr möglichst ökologisch zu gestalten. Ich bin dafür, dass er genauso besteuert wird wie andere **Verkehrsarten** auch. Ich bin dafür, dass er genauso besteuert wird wie der Bus- oder Bahnverkehr. Ich bin dafür, dass der Flugverkehr nicht subventioniert wird. Das fordere ich. Man muss Unsinniges nicht noch subventionieren. Deshalb fordere ich zu etwas auf, was ich für absolut entscheidend halte: Dieser Landtag muss klarstellen, dass das Land nicht beginnen wird, als Betreiber in den Flughafen Lübeck einzusteigen, um die Stadt Lübeck zu retten. Das kann nicht Aufgabe des Landes sein. Das wäre ein absoluter Fehler. Das, was die SPD in Lübeck als Resolution vorgelegt hat, kann aus Landessicht nur entschieden zurückgewiesen werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Herr Abgeordneter Bernd Schröder hat das Wort.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Die Grünen haben kein Interesse an Lübeck! - Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Man muss Lübeck vor diesem Bürgermeister retten, das ist klar!)

Bernd Schröder [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Birk, man muss Lübeck nicht vor diesem Bürgermeister retten, man muss die Lübecker

(Bernd Schröder)

vor diesen Grünen retten. Das ist die Grundlage dieser Auseinandersetzung.

(Beifall bei CDU, FDP und vereinzelt bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Jetzt hören Sie mir einmal zu, Herr Kollege Hentschel! Ich habe das auch schwer ertragen, aber ich habe Ihnen zugehört. Sie stellen sich hier hin und sprechen von nur 140 bis 150 **Arbeitsplätzen**, die in **Lübeck** betroffen sind. Mittelbar sind in diesem Bereich in der Region 1.000 Arbeitsplätze betroffen. Die Menschen erwarten von uns in der politischen Verantwortung, dass wir - bevor wir etwas dichtmachen - alle Chancen nutzen, um die Arbeitsplätze zu sichern und damit auch die Zukunft der **Region** mit dem Flughafen. Sie erwarten, dass wir uns hier nicht so hinstellen, wie Sie es gemacht haben.

(Beifall bei CDU, FDP und SSW sowie vereinzelt bei der SPD)

Wer so argumentiert, wie Sie das eben gemacht haben, der muss konsequenterweise im gleichen Atemzug den ÖPNV und den SPNV einstellen, weil dies in der gesamten Diskussion argumentativ genauso zu belegen ist. Der Kollege Arp hat dies eben gesagt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Alles defizitär!)

Wenn verantwortliche Lübecker in die Öffentlichkeit gehen - -

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es geht um die Definition öffentlicher Aufgaben!)

- Herr Matthiessen, ich habe das Wort. Wenn verantwortliche Lübecker Grüne an die Öffentlichkeit gehen und sagen, es komme jetzt darauf an, allen schönredenden und dummschwätzenden Voraussagen ein Ende zu machen, und gleichzeitig vorschlagen, den ganzen Bereich Lübeck mit Sonnenkollektoren vollzupflastern, dann wäre das die Alternative. Das zeigt für mich, welches geistige Niveau dahintersteckt.

(Beifall bei CDU und FDP)

Gleichzeitig werben die Lübecker Grünen mit Datum vom 26. Januar in Kurzform wie folgt: Kosten für Lübeck? - Nein. Betrieb? - Ja. Das ist schon wieder überholt, aber das ist erst von gestern. Sie sollten sich einmal mit den Kollegen dort abstimmen und klären, was Sie eigentlich wollen. Die einzige realistische Chance ist, dass die **dritte Ergänzungsvereinbarung**, die von der Hansestadt **Lü-**

beck vorbereitet ist und Grundlage der Diskussion der Lübecker Bürgerschaft am 29. Januar sein wird, beschlossen wird. Auf dieser Basis müssen sich alle - das Land, die Hansestadt Lübeck, die IHK und die Wirtschaft - an einen Tisch setzen und über alle Chancen diskutieren, die wir ergreifen könnten, um die Region mit dem Flughafen zu erhalten, um zukunftsfähige Arbeitsplätze in diesem Bereich zu haben und um den Tourismus in dieser Region zukunftsfähig zu gestalten. Wir müssen alle daraus resultierenden Chancen ergreifen, die im Interesse des Landes und im Interesse der Hansestadt Lübeck sind.

Liebe Kollegen von den Grünen, ich habe nach der Diskussion den Eindruck gewonnen, dass Sie die Einzigen sind, die das völlig anders sehen. Wir sind mit allen Beteiligten einer Meinung. Lübeck und Südholstein braucht einen leistungsstarken Flughafen. Der **Wirtschaftsstandort Lübeck** ist insbesondere im Bereich des Tourismus auf eine gute Erreichbarkeit aus der Luft angewiesen. Es muss deshalb das gemeinsame Interesse von Politik und Wirtschaft sein, den **Flughafen** Lübeck zu erhalten und wie geplant auszubauen. Ich sage deutlich: Auch im Hinblick auf die **festen Fehmarnbelt-Querung** kann Lübeck mit einem ausgebauten Flughafen zu einer wichtigen Drehscheibe werden.

(Beifall bei CDU und FDP)

Ich sage das so wie in jeder Rede zur Fehmarnbelt-Querung. Es sitzen nicht nur Begeisterte von diesem Projekt in diesem Hohen Haus. Das ist in jeder Rede hier gesagt worden, und ich sage dies, um die Chancen der gesamten ostholsteinischen Region und der Region Fehmarn zu nutzen. Das müssen wir jetzt machen, nicht erst dann, wenn die feste Fehmarnbelt-Querung steht. Dazu gehört auch ein leistungsfähiger Flughafen Lübeck. Stellen wir uns also bitte der Verantwortung! Behandeln wir die Angelegenheit im Wirtschaftsausschuss, suchen wir nach Lösungsmöglichkeiten!

(Beifall des Abgeordneten Karsten Jasper [CDU])

Alle reden hier vom Konjunkturpaket II, von dem Erhalt von Arbeitsplätzen, von Zukunftsinvestitionen in die Infrastruktur. Handeln wir doch danach, fangen wir damit an!

(Beifall bei CDU, FDP und SSW sowie vereinzelt bei der SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Eine letzte Wortmeldung innerhalb der 60 Minuten, Herr Abgeordneter Detlef Matthiessen!

(Claus Ehlers [CDU]: Das wird nur noch schlimmer!)

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Ich will die Redezeit gar nicht ausschöpfen. Ich möchte nur abschließend feststellen: Wir diskutieren über dieses Problem nicht nur heute, obwohl dies eine Aktuelle Stunde ist. Vielmehr diskutieren wir über dieses Problem bereits seit mehr als einem Jahrzehnt. Ich möchte in aller Bescheidenheit feststellen, dass unsere Vorhersagen, die Sie pessimistisch nennen mögen, zurzeit durch die reale Entwicklung gestützt werden. Ich nenne unsere Vorhersagen realistisch. Die reale Entwicklung unterstützt nicht Ihre damals aus unserer Sicht überoptimistischen Traumtänzereien. Wenn man sich die Argumentation wissenschaftstheoretisch vor Augen führt, dann ist es eine ziemlich starke Angelegenheit, dass wir durch die Wirklichkeit bestätigt werden und nicht Sie.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Landesregierung hat in Vertretung des erkrankten Verkehrs- und Wirtschaftsministers der Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Herr Dr. Christian von Boetticher, das Wort.

Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es dürfte Sie nicht verwundern, wenn ich heute erklären kann, dass auch die Landesregierung zu dem **Lübecker Flughafen**, unserem größten Flughafen im Lande, steht. Im Übrigen sei daran erinnert, dass dieser Flughafen auch Teil des gemeinsamen **Luftverkehrskonzepts** mit Hamburg ist. Auch dort ist ein Ausbau vorgesehen. Auch mit dem Koalitionsvertrag stehen wir hinter diesem **Ausbau**.

Herr Matthiessen und Herr Hentschel, Sie haben eben darauf hingewiesen, dass es am Ende vielleicht nur acht Großflughäfen in Deutschland geben wird. Das klingt so, als seien Sie gegen Regionalflughäfen, aber für die großen acht, die am Ende übrig bleiben sollen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist lustig!)

- Das ist deswegen lustig, weil Sie gegen den Bau von mindestens zwei der großen acht gewesen sind, nämlich in München und in Berlin. Das ist insofern lustig, als Sie heute noch gegen den Ausbau von Frankfurt sind. Das heißt, Sie sind nicht für die Großen oder gegen die Kleinen, Sie sind gegen alle Flughäfen.

(Beifall bei CDU und FDP sowie vereinzelt bei der SPD)

Wenn Sie das vertreten, dann mag das Ihre Ansicht sein, aber dann müssen Sie auch zu Ihrem Konzept stehen und nicht heute so und morgen so reden. Das erschüttert immer wieder Ihre Glaubwürdigkeit. Mich stört es nicht, aber Sie müssen schon wissen, was Sie hier vortragen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Lassen Sie das unser Problem sein!)

Die **Wirtschaftlichkeit** hat Sie jedenfalls noch nie interessiert, das weiß ich aus vielen Debatten.

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ganz im Gegenteil! Wir wollen unsinnige Subventionen verhindern!)

Das nun vorzuschieben ist äußerst fadenscheinig. Im Gegenteil: **Ryanair** weitet derzeit ihr Angebot aus, und die tun das, weil sie genau wissen, dass hier ein Bedarf vorhanden ist. Das **Angebot** ist wettbewerbsfähig, und deswegen sind wir sicher, dass auch auf Dauer der Ausbau in Lübeck-Blankensee einen profitablen Betrieb gewährleisten wird. Im übrigen brauchen Sie nur einmal auf die Situation in Hamburg zu gucken. Wir alle wissen, dass der **Hamburger Flughafen** in seinen Erweiterungen absolut begrenzt ist. In ein paar Jahren ist dort Schluss mit einer **Erhöhung des Fluggastaufkommens**. Da bietet Lübeck eine wirklich vernünftige Alternative. Auch das wird sicherlich in das Gesamtkalkül einbezogen werden müssen.

Für uns ist natürlich ärgerlich, dass eine solche Debatte ausgerechnet in die Schlussphase der **Planfeststellung** kommt. Das Verkehrsministerium arbeitet weiter darauf hin, diesen Planfeststellungsbeschluss noch im Februar dieses Jahres fertigstellen zu können. Es sind noch nicht alle Details geregelt und noch nicht alle Einwendungen geprüft, aber das Ministerium liegt im Zeitplan. Natürlich muss der Flughafenbetreiber FLG zur Finanzierung des Vorhabens Stellung nehmen. Das ist wichtig für die Planfeststellung. Aber ich möchte daran erinnern, dass es nicht erforderlich ist, dass ein Planfeststel-

(Minister Dr. Christian von Boetticher)

lungsbeschluss sofort in vollem Umfang vollzogen werden kann. Im Gegenteil: Hier ist es sogar voraussichtlich so, dass einzelne Teilmaßnahmen nach und nach verwirklicht werden. Das heißt, in einem solchen Bauzeitplan kann und muss auch auf **Finanzierungen** Rücksicht genommen werden.

Das Wirtschafts- und Verkehrsministerium ist deshalb zuversichtlich, dass es dem Flughafen Lübeck und seinen Gesellschaftern gelingen wird, für das aktuelle Problem Lösungen zu finden. Es ist angesprochen worden, dass durch Verhandlungen mit **Infratil** zunächst einmal die **Übergangszeit** bis Oktober diesen Jahres erreicht worden ist. Ich bin mir auch sicher, dass die **Bürgerschaft** der Hansestadt Lübeck morgen den damit verbundenen Regelungen zustimmen wird. Aber eindeutig ist auch - das haben die Lübecker erklärt -, dass sie nicht alleiniger Betreiber des Flughafens sein wollen. Ich sage aber auch, dass eine **Beteiligung des Landes** im Augenblick unter Berücksichtigung der derzeitigen finanziellen Lage eher unwahrscheinlich erscheint. Daher müssen wir zusammen mit den Lübeckern entweder nach einem neuen Investor suchen oder Infratil möglichst halten. Wir versuchen jedenfalls, gemeinsam mit den Lübeckern an einer so wichtigen Lösung für unser Land zu arbeiten. Dabei sind wir Teil der Lösung und nicht, wie die Grünen, Teil des Problems.

(Beifall bei CDU, SPD, FDP und SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 7 a auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Kindertagesstättengesetzes

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und SPD
[Drucksache 16/2430](#)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Grundsatzberatung und erteile für die Fraktion der CDU der Frau Abgeordneten Heike Franzen das Wort.

Heike Franzen [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Große Koalition in Kiel hat sich im vergangenen Jahr nach langer Diskussion darauf geeinigt, zusätzlich zu den 17.000 **Betreuungsplätzen** für die Kinder unter drei Jahren weitere Maßnahmen in den

Kindertagesstätten des Landes zu ergreifen, um die **Eltern** von **Bildungskosten** zu entlasten und die Bildungschancen für unsere Kinder im Vorschulalter zu erhöhen.

Kinder haben ein Recht auf Bildung und Erziehung, unabhängig vom Geldbeutel ihrer Eltern, und dazu steht die CDU-Fraktion. Darum haben wir einen Bildungsauftrag für die Kindertagesstätten ebenso gesetzlich verankert, wie die intensive Zusammenarbeit von Kindertagesstätten und Grundschulen. Wir haben die vorschulische Sprachförderung aufgebaut und verpflichtende Deutschkurse vor der Einschulung eingeführt.

Damit hat gerade das letzte Kindergartenjahr vor der Einschulung einen hohen bildungspolitischen Stellenwert erlangt. Deswegen haben wir uns in der Großen Koalition darauf verständigt, dass wir ab August 2009, also mit Beginn des neuen Kindergartenjahres, das **letzte Kindergartenjahr** für die Eltern **gebührenfrei** machen wollen, um möglichst allen Kindern das Rüstzeug für den Schulanfang mit auf den Weg zu geben.

Unser Ziel ist es nach wie vor, Eltern von den Gebühren für die Kindertagesstätten gänzlich zu befreien.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wann denn?)

Wir haben aber auch deutlich gemacht, dass wir das nicht zulasten der Kinder machen wollen, die heute die Kindertagesstätten besuchen. Nun ist in den Haushaltsanträgen der Regierung ein Fehler unterlaufen, der zugegebenermaßen nicht hätte passieren dürfen. Durch das Fehlen des Datums für das **Inkrafttreten des Gesetzes**, dem 1. August 2009, ist die neue Regelung versehentlich ab dem 1. Januar 2009 bereits in Kraft getreten.

Tatsache ist aber auch, dass bei den Haushaltsberatungen in diesem Haus niemandem - da schließe ich mich mit ein - das fehlende Datum aufgefallen ist. Nicht einmal der sonst so gründlich arbeitende Landesrechnungshof ist darüber gestolpert. Darum gibt es auch keinen Grund für das populistische Auftreten der Oppositionsparteien in den Medien der letzten Woche,

(Beifall der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU] und Jutta Schümann [SPD])

denn auch der Opposition ist das Fehlen des Datums nicht aufgefallen.

(Beifall bei CDU und SPD - Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Heike Franzen)

- Das hätten Sie dann sicherlich in den Haushaltsberatungen angebracht. Ich glaube schon, dass Sie das getan hätten.

Dieser Fehler hat nun zur Folge, dass die Eltern bereits jetzt von den Gebühren für das letzte Kindergartenjahr befreit sind.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Das Land wird dadurch allein für den Monat Januar mit rund 3 Millionen € belastet. Wenn wir den Forderungen der Grünen und der FDP folgen würden und die **gesetzliche Grundlage** nicht korrigieren, würde das eine **Mehrbelastung** für den laufenden Haushalt von rund 20 Millionen € bedeuten. Diese Entscheidung wäre sicherlich ein schönes Geschenk für manche Familien, sie hat allerdings auch einige Schönheitsfehler.

Das Ziel, über die Beitragsfreiheit alle Kinder in das so wichtige Kindergartenjahr zur Vorbereitung auf die Schule zu bekommen, wäre im Januar - also mitten im Kindergartenjahr, sicherlich verfehlt.

(Zurufe des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP] - Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie investieren lieber in den Flughafen Lübeck als in Kindertagesstätten!)

Zudem müssten für die fehlenden 20 Millionen € zusätzliche Schulden aufgenommen werden, und das vor dem Hintergrund der Haushaltsrisiken, die uns hier in diesem Hause allen bekannt sind.

Herr Kubicki, in der letzten Landtagstagung haben wir intensiv - mit Ihnen auch - über den Haushalt der Landesregierung und den Haushalt des Landtags diskutiert. Gerade Sie sind derjenige gewesen, der den dramatischen Anstieg der Ausgaben beklagt hat, insbesondere für die Schuldendienste. Den Pressemitteilungen der letzten Woche konnte man entnehmen - und wer gelegentlich durchs Haus geht, kann es auch sehen -, dass auf dem Flur der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine Schuldenuhr tickt.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Deshalb haben wir auch die Finanzierung mitgeliefert! - Zuruf von der FDP: Da gehe ich nicht hin!)

Mich würde interessieren, ob schon in Ihrer Regierungsverantwortung diese Schuldenuhr dort tickte.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie wurde euch angeboten, ihr wolltet sie nicht!)

Beide Fraktionen fordern uns jetzt aber auf, trotz der Kritik an der Neuverschuldung und der tickenden Schuldenuhr weitere Schulden zu machen, und das nur aufgrund eines Fehlers in den Haushaltsanträgen der Regierung. Wir in der Großen Koalition haben eine andere Auffassung von verantwortungsvoller Politik für dieses Land.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das wissen wir! - Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Unser Haushaltsentwurf war nachhaltiger, weil gegenfinanziert!)

Präsident Martin Kayenburg:

Frau Abgeordnete Birk, das Wort hat die Frau Abgeordnete Heike Franzen und nicht Sie.

Heike Franzen [CDU]:

Sie können sich ja zu Wort melden, Frau Birk.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Fehler gemacht werden, sollte man auch dazu stehen und sie so weit wie möglich korrigieren. Richtig ist auch, dass es keine Anträge - weder von den Grünen noch von der FDP - gegeben hat, die eine frühere Einführung der Beitragsfreiheit für das letzte Kindergartenjahr gefordert hätten.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das brauchten wir doch gar nicht! - Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Lassen Sie uns auch in der Opposition zu einer sachlichen Betrachtung der Lage kommen, auch wenn es noch so reizvoll ist, die Beitragsfreiheit in Kindertagesstätten populistisch mit anderen finanzpolitischen Sachverhalten zu verknüpfen. Objektiv gesehen ist die **Beitragsfreiheit** für das **letzte Kindergartenjahr** richtig, wenn sie nicht nur zu einer Entlastung der Eltern führt, sondern auch den Anreiz bietet, gerade allen Kindern über die vorschulische Förderung das Rüstzeug für die Schule mit auf den Weg zu geben. In Zeiten hoher Haushaltsrisiken müssen Fehler, die zu einer erheblichen Mehrbelastung des Haushalts führen und eigentlich von niemandem - nicht einmal von der Opposition - gewollt waren, auch korrigiert werden.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und SPD)

Ich beantrage daher für die CDU-Fraktion, den Gesetzentwurf an den heute tagenden Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen, damit wir noch in dieser Landtagstagung in zweiter Lesung über den Entwurf entscheiden können.

Präsident Martin Kayenburg:

Frau Franzen, Ihre Redezeit!

Heike Franzen [CDU]:

Ich gehe davon aus, dass die Landesregierung in der heutigen Ausschusssitzung insbesondere zu den Stellungnahmen der kommunalen Landesverbände und der Eltern Stellung beziehen wird.

Meine Damen und Herren, unser Ansinnen ist es, schnell und unbürokratisch eine Lösung für die **Rückzahlung der Elternbeiträge** für den Monat **Januar** zu finden und, wie geplant, mit der dauerhaften Beitragsfreiheit für das letzte Kindergartenjahr im August zu starten.

(Beifall bei CDU, SPD und SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Das Wort für die Fraktion der SPD hat die Frau Abgeordnete Jutta Schümann. - Die Herren an den Kameras bitte ich, sich an die Vereinbarung zu halten: Die letzten beiden Felder des Fensters sind von Ihnen nicht zu belegen.

Jutta Schümann [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wo Menschen arbeiten, passieren Fehler. Diese Fehler werden behoben, und das machen wir mit diesem Gesetz. Es ist schon erstaunlich, wer sich alles an diesem Fehler weidet. Häme, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, ist bei diesem Fehler schon mal gar nicht angebracht. Die Regierung hat den Fehler verursacht. Sie hat schlicht vergessen, ein Datum, über das wir uns einig waren, in das **Haushaltsstrukturgesetz** einzufügen. Das haben wir allesamt leider nicht gemerkt. Aber: Die Opposition, die jetzt so viel Getöse macht, hat es auch nicht gemerkt. Es ist Aufgabe der Opposition, die Regierung zu kontrollieren. Darauf legt sie sonst ja auch so viel Wert. Insofern hätten gerade Sie, Frau Kollegin Heinold, die Sie immer einen guten Zugang zu Zahlen haben, auch einen guten Zugang zu diesem Datum haben sollen.

(Beifall bei SPD und CDU)

„Kinder besuchen spätestens ab dem dritten Lebensjahr eine für die Eltern kostenlose Kindertageseinrichtung.“

So steht es im Wahlprogramm der SPD Schleswig-Holstein für die Legislaturperiode 2005 bis 2010. Die SPD hat sich für dieses Ziel starkgemacht, und wir haben uns mit der CDU geeinigt, dass das ab

1. August 2009 so sein wird. An diesem Termin haben wir keinen Zweifel gelassen. Die SPD hat auch keinen Zweifel daran gelassen, dass wir es für wichtig und richtig halten, den gesamten Kitabesuch gebührenfrei zu stellen. Wir haben uns mit der CDU im Koalitionsausschuss darauf verständigt, dass wir im Mai nach dem vereinbarten Stufenplan ein entsprechendes Gesetz beschließen werden. Dieses wird 2011 das zweite und 2013 das erste Kitajahr gebührenfrei stellen. Die SPD Schleswig-Holstein steht zu diesem Plan, und wir werden ihn umsetzen; darauf können Sie sich verlassen.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [FDP]: Wer soll das denn glauben?)

Denn er bedeutet eine enorme Entlastung für Familien und ist in der Wirkung stärker als jede Steuerensenkung. Der **gebührenfreie Kitabesuch** ist für uns einer der wichtigsten Schritte auf dem Weg des Aufstiegs durch Bildung. Dazu gehören auch längeres gemeinsames Lernen und Studium ohne Studiengebühren. So erreichen wir mehr Chancengerechtigkeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit dem vorliegenden Gesetzentwurf korrigieren wir den Fehler, den das Parlament bei der Verabschiedung des Haushaltsbegleitgesetzes übersehen hat. Wir können ihn nicht rückwirkend korrigieren. Das hat zur Folge, dass die Eltern, deren Kinder im letzten Jahr vor dem Schuleintritt eine Kindertagesstätte besuchen, für den Monat Januar keine Gebühren zahlen müssen. Das ist so, das ist in Ordnung; denn es kommt den Familien zugute.

Wir haben uns aber nicht leichtfertig dafür entschieden, diesen Fehler nun einfach umzudeuten, wie das die Opposition fordert. Sie möchte, dass nun einfach schnell rückwirkend ab Januar die Gebührenfreiheit eingeführt werden soll. Und damit möchte sie, dass nun einfach schnell, en passant, 20 Millionen € mehr ausgegeben werden sollen. Das ist unverantwortliche Politik.

(Beifall bei SPD und CDU- Wolfgang Kubicki [FDP]: Was machen Sie denn 2011?)

Wenn Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, nun mit den Milliarden für die Rettungspakete aufgrund der Finanzkrise argumentieren, dann vermischen Sie auf infame Weise zwei Dinge, die nichts miteinander zu tun haben. Das ist verantwortungslos und Populismus pur.

(Beifall bei SPD und CDU)

Die **Rettungspakete** werden gemacht, damit unser Wirtschafts- und in der Folge unser Staatssystem

(Jutta Schümann)

nicht zusammenbricht. Die gebührenfreie Kita ab dem 1. August kann man damit nicht unmittelbar in Verbindung bringen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Was macht die Kindergelderhöhung?)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen verlässliche Politik für Familien machen und gleichzeitig unseren Haushalt dabei nicht aus den Augen verlieren. Deshalb bleiben wir dabei: keine Kitagebühren für das letzte Jahr vor dem Schulbesuch, aber erst ab August. Bis dahin wird das Bildungsministerium mit den kommunalen Landesverbänden auch die verwaltungstechnische Umsetzung geklärt haben, die nicht so einfach ist, wie wir sie uns vielleicht vorgestellt und erhofft haben. Diese Zeit müssen wir den Partnern geben. Sie machen sich ans Werk. Dann werden wir **ab August** die neue Regelung umsetzen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der FDP erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor gut einem Monat hat der Landtag eine **Änderung des Kindertagesstättengesetzes** beschlossen. Danach sollen im letzten Jahr vor dem Schuleintritt eines Kindes keine Kitagebühren erhoben werden. Das **Haushaltsstrukturgesetz**, mit dem diese Neuregelung vor wenigen Wochen eingeführt wurde, legt in Artikel 12 fest: „Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2009 in Kraft.“ Daraus folgt klipp und klar: Seit Jahresbeginn brauchen Eltern, deren Kinder noch in diesem Jahr neu eingeschult werden, keine Kindergartengebühren mehr zu zahlen.

Zwei Wochen nach Inkrafttreten kamen der Landesregierung jedoch Bedenken: Man habe doch stets gemeint, die **Abschaffung der Kindergartengebühren** für das **letzte Kitajahr** solle erst **ab August 2009** gelten. Dummerweise hat man das aber nicht in das Gesetz geschrieben. Die Öffentlichkeit hat dazu auch eine klare Meinung: „Einfach nur peinlich“, lautete der Kommentar der „Dithmarscher Landeszeitung“. Als „eine peinliche Panne“ bezeichneten auch die „Lübecker Nachrichten“ den Vorgang. Der „sh:z“ kommentierte unter der Überschrift „Die Koalition kann es nicht“.

Kein Wunder, dass in der Koalition die Nerven blank liegen, sodass sich Regierungssprecher

Dr. Hauck sogar bemüht sieht zu dementieren, Ministerpräsident Carstensen habe inkognito an einem Roger-Whittaker-Konzert in Fulda teilgenommen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Als Roger Whittaker! - Wolfgang Kubicki [FDP]: Er war Roger Whittaker!)

Dank sei in diesem Zusammenhang der „taz“ für den investigativen Journalismus im Rahmen der Südwesterberichterstattung.

Meine Damen und Herren, das vor Weihnachten beschlossene Gesetz kostet rund 20 Millionen € mehr, als die Große Koalition ausgeben wollte. Es hat in Schleswig-Holstein eine gewisse Tradition, dass mehrstellige Millionenbeträge in einem Regierungs-Bermudadreieck verschwinden. Erstaunlicherweise sind immer dieselben Ministerien daran beteiligt.

Der Schleswig-Holsteinische Gemeindetag erklärte - „taz“ vom 21. Januar 2009 -, man habe mehrfach eine gründliche Prüfung des erst kurz vor der Verabschiedung des Doppelhaushaltes vorgelegten Gesetzestextes gefordert. Zitat von Herrn Bülow: „Pannen können passieren, aber diese war ein Produkt der Hektik.“

Gestern stellte übrigens auch noch die Landeselternvertretung der Kindertageseinrichtungen in einem Brief an die Landtagsabgeordneten fest:

„Zur Gesetzesänderung im Dezember 2008 wurde die Landeselternvertretung nicht angehört.“

Das ist, nebenbei bemerkt, auch ein Verstoß gegen die geltenden Bestimmungen zur Elternbeteiligung im Kindertagesstättengesetz.

In diesem Zusammenhang möchte ich daran erinnern, dass ich in der Landtagsdebatte am 13. November kritisiert habe, dass einen Monat vor der von der Regierungskoalition geplanten Verabschiedung des Gesetzes überhaupt noch kein Gesetzentwurf in den Landtag eingebracht worden war,

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sodass eine gründliche parlamentarische Beratung dieses Vorhabens im Schleswig-Holsteinischen Landtag aufgrund der Gestaltung des Zeitplans durch die Regierungskoalition überhaupt nicht möglich war. Insoweit müssen Sie sich den Schuh für alles, was da schiefgelaufen ist, wirklich selber anziehen.

(Dr. Ekkehard Klug)

(Beifall bei der FDP)

Jetzt soll ein Gesetz, das im Hauruckverfahren verabschiedet worden ist, auf gleiche Weise zulasten der Eltern wieder abgeändert werden. Wir halten das weder für sinnvoll noch für politisch vertretbar. Schleswig-Holstein hat bei den Kindergartenplätzen unter allen westdeutschen Bundesländern den höchsten Finanzierungsanteil zulasten der Eltern. Es wäre ein wirklich positives Signal zugunsten der Familien mit Kindern, wenn das Land nun auf eine Wiedereinführung der Kitagebühren verzichten würde.

(Beifall bei der FDP und bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Landeselternvertretung der Kindertageseinrichtungen weist darauf hin, dass viele Kindergartenträger bereits höhere Gebühren für die ja gebührenpflichtig verbleibenden beiden übrigen Kitajahre beschlossen haben beziehungsweise dies noch in diesem Jahr zu tun beabsichtigen.

Daraus ergibt sich die bizarre Situation, dass entgegen allen Versprechungen aus der Politik, gerade auch von Union und SPD, die frühkindliche Bildung solle bessergestellt werden, die **Kostenbelastung** für die große Mehrzahl **der Eltern** in Schleswig-Holstein in diesem Jahr im Bereich der Kindergartenbeiträge höher sein wird und dass nach dem Willen von CDU und SPD - erst recht, wenn Sie bei Ihrem Antrag von heute bleiben und das **Inkrafttreten der Gebührenbefreiung** für das letzte Kita-Jahr präzise auf den 1. August festlegen - nur eine kleine Minderheit der Eltern wirklich in den Genuss einer Gebührenbefreiung kommen wird. Auch dies, meine Damen und Herren, spricht dafür, die bestehende Gesetzeslage nachträglich nicht mehr zu ändern.

(Beifall bei der FDP und der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Von dem Verwaltungsaufwand, den das Hin und Her verursachen wird, will ich gar nicht reden. Die kommunalen Landesverbände haben dafür verständlicherweise einen Kostenausgleich verlangt. Statt Kinder zu fördern, steckt das Land Geld in Beschäftigungsprogramme für Verwaltungen. Zu einer Landesregierung mit einer derartigen politischen Inkompetenz kann man die Schleswig-Holsteiner wirklich nur beglückwünschen.

(Beifall bei der FDP und der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Schließlich, meine Damen und Herren, wirft der Vorgang einen Schatten auf eine Ankündigung, die noch im Raum steht: Im Mai - so hieß es Ende des letzten Jahres - soll ein weiterer Gesetzentwurf im Bereich der Kindertagesstätten eingebracht werden. Wir können jetzt im Monatsrhythmus mit neuen Regelungen und neuen Vorlagen von Ihrer Seite rechnen. Mit diesem für den Mai 2009 angekündigten Entwurf der Großen Koalition soll die Beitragsfreiheit für die nächsten Stufen, also für das erste und das zweite Kindergartenjahr, in den Jahren 2011 und 2013, also in der nächsten Wahlperiode, festgelegt werden.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wahrscheinlich 3011 und 3013!)

Das ist von Ihrer Seite so versprochen worden. Im Klartext bedeutet dies aber: Man will in einigen Wochen in diesem Landtag jährliche Mehrausgaben für die Kindergärten in Höhe von 70 Millionen € in Aussicht stellen, nimmt den schleswig-holsteinischen Eltern aber heute beziehungsweise morgen zunächst einmal 20 Millionen € für etwas, was erst im letzten Dezember beschlossen worden ist, wieder weg.

(Beifall bei der FDP und der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wer das als eine glaubwürdige Politik bezeichnen wollte, der hätte wirklich nicht alle Tassen im Schrank. Ich bin gespannt, wie Herr Stegner mit seinem ja schon fest eingeplanten Wahlkampfschlag, dem Versprechen auf eine komplette Beitragsfreiheit im Kindergarten, überhaupt nur irgendeinen Blumentopf, geschweige denn auch nur eine Wählerstimme, gewinnen will, wenn er morgen bei der zweiten Lesung zum vorliegenden Dringlichkeits-Gesetzentwurf die ab Januar 2009 geltende Beitragsfreiheit des letzten Kita-Jahres für ein halbes Jahr wieder einkassiert.

(Zurufe von der SPD)

Damit machen Sie das Versprechen, das Sie im Mai abgegeben haben - einen Gesetzentwurf mit weiteren tollen Fördermitteln und Landeszuschüssen zu beschließen -, zu einem leeren Versprechen.

(Jutta Schümann [SPD]: Augenwischerei!)

- Das wird Ihnen niemand in diesem Land mehr abnehmen, Frau Kollegin Schümann.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auf der Tribüne begrüßen wir herzlich Schülerinnen und Schüler des Friedrich-Schiller-Gymnasiums aus Preetz mit ihren Lehrkräften. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Frau Abgeordnete Monika Heinold das Wort.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Was haben wir das beitragsfreie Kindertagesstättenjahr alle gemeinsam gepriesen - als Chancengleichheit, als Bildungsgerechtigkeit, als Integrationsmaßnahme, als den Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf, als volkswirtschaftlich rentabel, als das A und O der Familienfreundlichkeit.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut! - Zurufe von der SPD)

Nun, da der Landtag genau diese Beitragsfreiheit versehentlich früher als geplant beschlossen hat, haben CDU und SPD nur ein Ziel: Schnell wieder weg damit! Das ist absurd.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Wenn die **beitragsfreie Kindertagesstätte** tatsächlich absolut notwendig ist, dann wäre es doch das Allerbeste, wenn schon jetzt **alle Vorschulkinder** von dieser guten Sache profitierten. Wenn wir glauben, dass es über die Beitragsfreiheit gelingen kann, auch die 7 % bis 8 % der Kinder, die jetzt vor der Schule nicht in die Kita gehen, in die Kita zu bekommen, so ist es wichtig, dass diese Kinder schon ab Januar/Februar von dieser guten Maßnahme profitieren, und es wäre geradezu fahrlässig, sie weiterhin außerhalb des Systems zu lassen und das Gesetz zu ändern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Zurufe von der SPD)

- Darauf komme ich noch zu sprechen, Frau Schümann.

Meine Damen und Herren, was ab Sommer 2009 unbedingt notwendig ist, kann doch im Februar und im März nicht falsch sein.

Im Oktober 2008 betonte die in diesem Hause zuständige SPD-Bildungsministerin - ich zitiere -:

„Jeder Euro, der in frühkindliche Bildung investiert wird, zahlt sich in jeder Hinsicht vielfach wieder aus; die OECD sagt: mindestens sechsfach . . . Wir“

- die Große Koalition -

„werden die Prioritäten noch klarer und noch stärker auf Bildung und Betreuung setzen müssen und auf anderes verzichten, wenn die Haushaltslage dies erfordert.“

Hier liegt der Hase im Pfeffer. Ihr Problem besteht darin, dass Sie für die beitragsfreie Kindertagesstätte nie ein **Finanzierungskonzept** hatten. Weil Sie sich vor der entscheidenden Finanzierungsfrage gedrückt haben, fehlt Ihnen jetzt der Spielraum, die Beitragsfreiheit schon ab Februar umzusetzen.

Grüne Politik zeichnet sich hingehen durch Nachhaltigkeit und Ehrlichkeit aus. Wir haben schon für den Doppelhaushalt 2007/2008 beantragt, das letzte Kita-Jahr beitragsfrei zu stellen - so viel zu der Frage, wann wir es wollten -, und wir haben ein Gesamtkonzept zur Finanzierung vorgelegt. Sie hatten für diesen Finanzierungsvorschlag kein offenes Ohr. Sie haben sich vor der Finanzierung gedrückt. Aber mit unserem Konzept hätte den Eltern das unverhoffte Neujahresgeschenk schon jetzt komplett zugute kommen können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Zurufe von der SPD)

20 Millionen € **Mehrausgaben** sind kein Pappentstiel, meine Damen und Herren, aber im Vergleich zu Rettungsschirmen und Konjunkturpaketen ist diese Summe eher bescheiden. Angesichts der **Finanzmarktkrise** werden wir im Land und im Bund Nachtragshaushalte bekommen, die sich gewaschen haben. Alle diese Maßnahmen und Mehrausgaben werden damit begründet, dass sie die Konjunktur ankurbeln sollen.

Meine Damen und Herren, die beitragsfreie Kindertagesstätte ist das **Konjunkturförderprogramm** par excellence.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Junge Familien befinden sich in einer Lebenssituation, in der kein Geld zurückgelegt werden kann. Das Einkommen wird komplett für den Familienunterhalt ausgegeben. Jeder Euro, der nicht für die Kinderbetreuung ausgegeben werden muss, wird von den Familien an anderer Stelle ausgegeben. Wenn Sie tatsächlich wollen, dass junge Familien in unserem Land sofort mehr Geld in der Tasche

(Monika Heinold)

haben, dann werfen Sie Ihren heute eingebrachten Gesetzentwurf ins Altpapier!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Nach Berechnungen des „Kindergartenmonitors“ geben Familien mit einem Kindergartenkind, die über ein Jahreseinkommen von 45.000 € verfügen, in Flensburg 1.500 € für eine Halbtagsbetreuung aus. Für die sechs Monate, über die wir heute streiten, sind es 750 €, die diese Familien mehr zur Verfügung hätten. Das ist Geld, das unmittelbar konsumiert werden würde und mit sofortiger Wirkung die Binnenkonjunktur in Schleswig-Holstein ankurbeln könnte. Ist das nichts, meine Damen und Herren von CDU und SPD?

Ihr jetziger Vorschlag, nur den **Januar** beitragsfrei zu stellen und ab Februar wieder Gebühren zu kassieren, löst in den Kommunalverwaltungen maximales Chaos aus.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Dr. Johann Wadehul [CDU]: Pififax!)

Bei den Eltern und in den Kindertagesstätten, bei den **Trägern**, bei den Kommunen stößt das Unterfangen auf Unverständnis. Soll der Fehler im Gesetz nun zulasten der Eltern korrigiert werden? Meine Fraktion sagt ganz klar: Nein, lassen wir das Gesetz, wie es ist! Entlasten wir die jungen Familien schon jetzt! Geben wir ab sofort jedem Vorschulkind die Chance, von einem Kindergartenbesuch zu profitieren, eine Chance auf frühkindliche Bildung und auf größtmögliche Chancengleichheit!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Günter Neugebauer [SPD]: Sie standen früher einmal für solide Finanzen!)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Abgeordneten des SSW hat ihre Vorsitzende, die Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk, das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Da beide Kolleginnen der Großen Koalition von „der“ Opposition sprachen, will ich sagen: Der SSW ist Opposition, aber es ist mir wichtig festzuhalten, dass wir als Opposition weder in dieser Sache noch in anderen Fragen unsere Meinung in den Fluren von FDP und Grünen abgeben.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das haben wir nie gefordert! - Weitere Zurufe von der FDP)

Es gehört zu meinem Politikverständnis, dass Menschen nicht unverhoffte Geschenke gemacht werden sollten.

(Beifall bei SSW, CDU und SPD)

Politik ist etwas anderes. Man muss hier deutlich sagen: Häme ist wirklich nicht angebracht.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sehr richtig!)

Wir alle haben den Entwurf für das Haushaltsbegleitgesetz in den Händen gehabt. Wir alle haben die Hand dafür oder dagegen gehoben.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dagegen! Sie haben dafür gestimmt!)

- Ja. Wir alle haben den Fehler nicht rechtzeitig gesehen. Deshalb gibt es keinen Grund, schadenfroh mit dem Finger auf andere zu zeigen.

(Beifall bei SSW, CDU und SPD)

Noch mehr denn je gilt, dass dabei drei Finger auf uns selbst zurückzeigen.

Das ändert natürlich nichts daran, dass offensichtlich irgendwo schlampig gearbeitet worden ist. Ich gehe davon aus, dass einige Menschen bei dieser Debatte zu Recht tiefrote Ohren bekommen. Denn irgendjemand hätte uns vor diesem Schlamassel bewahren können. Dann müsste der Landtag das Gesetz nicht im Hauruck-Verfahren wieder ändern. Dann wären vor allem die Eltern in Schleswig-Holstein vor den **falschen Erwartungen** bewahrt worden, die durch die öffentliche Debatte über den Fehler geweckt und leider von den Fraktionen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN geschürt wurden.

(Beifall bei SSW, CDU und SPD - Frauke Tengler [CDU]: Sehr richtig!)

Trotzdem: Der SSW steht zu dem, was wir im Dezember 2008 mitgetragen und damit auch mitbeschlossen haben. Niemand wird ernsthaft behaupten können, dass irgendjemand in diesem Raum bewusst die Beitragsfreiheit ab Januar 2009 beschlossen oder sich gegen eine Beitragsfreiheit ab Januar geäußert hat. Wenn wir uns selbst als Parlament ernst nehmen, müssen wir durchführen, was der Landtag wollte, und dürfen uns nicht von einem handwerklichen Fehler leiten lassen.

(Beifall bei SSW, CDU und SPD)

Es wäre vollkommen absurd, wenn wir akzeptieren würden, dass der Fehler eines unachtsamen Refe-

(Anke Spoorendonk)

renten oder einer anderen armen Seele wichtige politische Fragen in Schleswig-Holstein bestimmt.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sehr richtig!)

In der Sache kann es keine Zweifel daran geben, dass wir Eltern lieber früher als später von Kita-Gebühren befreien wollen. Wer sich aber gegen die vorliegende Lösung stellt, muss auch sagen, wo die knapp **17 Millionen €** dafür herkommen sollen. Wir können es nicht. Von der HSH Nordbank nehmen können wir es auch nicht, wie es die Grünen mit einem ebenso flotten wie platten Spruch unterstellt haben. Also bleiben nur Kredite.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben per Gesetzesänderung einen Vorschlag für Mehreinnahmen eingebracht!)

- Das ist etwas anderes, liebe Kollegin Heinold. Darüber können wir reden. Wir reden hier aber über etwas anderes. Sie vergleichen hier Äpfel mit Birnen.

(Beifall bei SSW und SPD)

Im Moment nimmt der Staat Schulden ohne Ende auf, um die **Konjunktur** zu retten. Es wäre einfach zu einfach, jetzt eine zweistellige Millionensumme zusätzlich aufzunehmen, um im ersten Halbjahr 2009 die Kita-Beiträge für die größten Kindergartenkinder zu bezahlen. Damit würden wir uns eine Menge Ärger und Unmut ersparen; das ist klar. Aber das Geld kommt nicht irgendwo her. Es wird den heutigen Kindergartenkindern irgendwann fehlen, zum Beispiel wenn es darum geht, Mängel in der Bildung zu beheben.

Vor diesem Hintergrund hat sich der SSW dafür entschieden, den Gesetzentwurf der Großen Koalition zu unterstützen. Um es ganz klar zu sagen: Es macht überhaupt keinen Spaß, die Beitragsfreiheit für fünf Monate wieder abzuschaffen. Wir sehen aber wirklich keinen anderen verantwortungsvollen Weg.

(Beifall bei SSW, CDU und SPD)

Wer jetzt einfach die Beibehaltung der Beitragsfreiheit ab dem 1. Januar 2009 fordert, nimmt den Landtag nicht ernst. Der muss auch klar benennen, wo die zusätzlichen Millionen herkommen sollen.

(Beifall bei SSW und SPD)

Ansonsten muss man sich den Vorwurf gefallen lassen, dass es hier und heute eigentlich nur um platten Wahlkampf geht. Es ist schäbig, bei den Menschen und den Familien bewusst falsche Er-

wartungen zu wecken, nur um im Superwahljahr 2009 billige Punkte machen zu können. Dafür ist dieses Thema zu ernst und zu wichtig.

(Beifall bei SSW, CDU und SPD - Wolfgang Kubicki [FDP]: Schauen wir mal!)

Eine letzte Bemerkung. Das Nachsitzen ist zwar morgen Abend beendet, aber für die Große Koalition gibt es immer noch reichlich Schulaufgaben zu machen. Sie muss endlich klipp und klar sagen, wie Sie sich die **Umsetzung der Gebührenbefreiung** in der Praxis vorstellt. Es ist immer noch nicht ersichtlich, wer wem wann wie viel zahlt. Bisher blickt kaum jemand durch, wie es nach dem 1. August 2009 wirklich laufen soll. Das zeigt auch die aktuelle Stellungnahme der kommunalen Landesverbände. Jetzt rätseln alle, wie sie den Eltern die Januar-Gebühren erstatten sollen. Es wird höchste Zeit, dass die Große Koalition diese chaotische Reform in den Griff bekommt. Das, was jetzt beschlossen worden ist, sollte eigentlich ein Grund zur Freude sein. Das ist es nicht. Es ist bitter, es ist ärgerlich, und es ist chaotisch.

(Beifall beim SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich dem Herrn Abgeordneten Wolfgang Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kollegin und Kollegen! Zunächst einmal muss bei den Redebeiträgen von CDU, SPD und SSW, die bei der Frage der **Schülerbeförderungskosten** diesen vehementen Appell an die Haushaltsdisziplin gerade nicht erhoben haben, festgestellt werden, dass die Beitragsfreiheit momentan Gesetzeslage ist. Was die Große Koalition machen will, ist eine Rücknahme dieser Beitragsfreiheit ab 1. Februar 2009. Wir reden hier nicht über 20 Millionen €, sondern über 17 Millionen €, weil 2,9 Millionen € für Januar bereits weg sind und nachfinanziert werden müssen.

Es gibt zwei Möglichkeiten, an das Problem heranzugehen, das wir jetzt haben. Die erste Vorgehensweise ist die, dass man sagt: Leute, es war alles ein Fehler, und wir drehen das jetzt wieder zurück, wir machen das zum 1. Februar 2009 so, wie wir das **ursprünglich geplant** haben. Die zweite Vorgehensweise wäre gewesen, in der jetzigen Situation, in der beispielsweise der Bund Kindern mit Familien mit der Kinderprämie zur Hilfe kommen will, zu

(Wolfgang Kubicki)

sagen: Lasst uns gemeinsam in dem 8-Milliarden-€-Haushalt sehen, ob wir 17 Millionen € herausschneiden können, um die **Beitragsfreiheit bis zum 31. Juli 2009** für die Eltern zu garantieren, die nach dem 1. August 2009 nichts mehr davon haben. Das wäre auch eine Möglichkeit gewesen.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Tatsache, dass die Große Koalition dies nicht macht und nicht will, ist ein Affront gegen die Eltern. Ich hätte mir gewünscht - ich jedenfalls hätte das gemacht -, dass man sich hinsetzt und guckt, wo wir 17 Millionen € herbekommen.

Ich bin sicher: Wenn es uns nicht mehr gelingt, aus einem 8-Milliarden-€-Haushalt 17 Millionen € her auszuschneiden, können wir nach Hause gehen.

Ich erinnere daran, dass der Finanzminister, als der **Haushaltsentwurf** eingebracht worden ist, mit den gleichen Argumenten vehement dafür gekämpft hat, dass daran keine Veränderungen vorgenommen werden, weil die Verschuldung so hoch ist und die nächsten Generationen belastet werden. Und dann kommen die regierungstragenden Fraktionen, weil sie sagen, das Parlament entscheidet, und hauen noch einmal locker und easy 150 Millionen € oben drauf. Wo war denn da die Verantwortung für die kommenden Generationen und für die Eltern, Frau Kollegin Spoorendonk?

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man kann also auch anders daran herangehen. Wir würden gern anders daran herangehen, als Sie das wollen. Denn jede Erklärung zugunsten der Eltern, zugunsten der frühkindlichen Förderung ist Makulatur. Frau Kollegin Schumann, jede Erklärung zu dem, was 2011 passieren soll, ist Makulatur, weil der Haushalt des Jahres 2011 mit Sicherheit nicht besser aussieht als der Haushalt des Jahres 2009. Das kann ich Ihnen sicher sagen.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wer soll Ihnen denn noch glauben, dass Sie Ihre Versprechen umsetzen wollen, außer dass Sie die immer schön auf Wahlplakate schreiben, wenn Sie, wenn es dann wirklich darauf ankommt, in der Praxis zu beweisen, dass Sie es ernst meinen, versagen und sich aus der Verantwortung stehlen?

(Beifall bei der FDP)

Ich bin gespannt, ob die selben Genossinnen und Genossen, die hier sitzen, die sozialdemokratischen

Volksvertreter, und die „christdemokratisch Unionierten“, im Februar oder im März 2009, wenn der Finanzminister kommt und sagt, wir müssen die **Eigenkapitalbasis** der **HSH Nordbank** als Anteilseigner stärken, dann ihre Hand heben und sagen: „Ja, das machen wir mit Steuermitteln oder einer neuen Verschuldung“, nachdem die HSH Nordbank zulasten des Anteilseigners Schleswig-Holstein ein Geschenk in Höhe von 64 Millionen € an institutionelle Großanleger ausgegeben hat. Diese Disparität der Politik müssen Sie Ihren Wählerinnen und Wählern erklären, nicht ich.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat der Fraktionsvorsitzende der CDU, der Herr Abgeordnete Dr. Johann Wadephul.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Herr Kubicki, Ihre Redezeit ist um.

Dr. Johann Wadephul [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Rede des Herrn Oppositionsführers veranlasst mich, doch noch einmal zum Rednerpult zu schreiten und der Kollegin Spoorendonk für den sehr verantwortungsvollen Beitrag sehr herzlich zu danken.

(Beifall bei CDU, SPD und SSW)

Sie hat das Haus gemahnt. Herr Kollege Kubicki, Sie wären gut beraten gewesen, der Kollegin Spoorendonk einmal zuzuhören und diese Debatte nicht für eine billige parteipolitische Attacke zu nutzen und eine Debatte zu führen, die nicht zur Ehre des Hohen Hauses gereicht.

(Beifall bei CDU, SPD und SSW - Wolfgang Kubicki [FDP]: Oh!)

Wir haben vorher öffentlich erklärt, dazu gehören eigentlich alle, die in der Regierung diesen Gesetzentwurf vorbereitet haben, die ihn in den Ministerien verantworten, aber auch alle Abgeordneten des Schleswig-Holsteinischen Landtages: Dies ist eine ärgerliche und eine peinliche Panne. Daran geht kein Weg vorbei. Nur, Herr Kollege Kubicki - das gilt auch für die Grünen -, sich hier hinzustellen und quasi den Eindruck zu erwecken, dass FDP und Grüne bewusst gegen den Haushalt gestimmt hätten, sozusagen wissend, dass man den Eltern für ein

(Dr. Johann Wadehul)

halbes Jahr Geld vorenthält, macht die Sache wirklich peinlich, und zwar für diejenigen Oppositionsvertreter, die sich jetzt hier so hinstellen.

(Beifall bei CDU, SPD und SSW)

Ich kenne niemanden in diesem Hause, der nicht der Auffassung ist, dass Geld, das Kindergartenerkennern zur Verfügung gestellt wird, gut angelegtes Geld ist.

Nur am Rande mache ich darauf aufmerksam, dass die sozial Schwächsten davon gar nicht betroffen wären; denn diese sind wegen der **Sozialstaffel** ohnehin schon befreit. Das heißt, wenn wir über Betroffene reden, reden wir nicht über die ärmsten Familien in Schleswig-Holstein.

(Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- In Lübeck möglicherweise nicht. In den Kommunen aber, die ich kenne, sind sie befreit. Das heißt, wir reden über die Eltern, die nicht zu den Schwächsten gehören.

Dass die Freie Demokratische Partei, die sich in diesem Bereich stark verortet, an dieser Stelle politisch eine besondere Betonung setzt, kann ich natürlich nachvollziehen. Ob das aber dauerhaft 16 % garantiert, werden wir abzuwarten haben, Herr Kollege Kubicki. Wir als Volkspartei CDU sehen das jedenfalls anders.

Ich möchte letzten Endes Folgendes sagen: Wenn Sie sagen, die 17 Millionen € hätten wir ja, dann erwecken wir in einer bekanntermaßen außerordentlich kritischen **Situation des Landeshaushalts** Schleswig-Holstein - der übrigens einen Abstand zur Verfassungswidrigkeit nach dem Gesetzentwurf, den wir gemeinsam beschlossen haben, von weniger als 17 Millionen € hat - den Eindruck: Da ist eine Panne passiert. Es sind nur 17 Millionen €. Wir haben es ja.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist keine seriöse Finanz- und Haushaltspolitik in Schleswig-Holstein. Deshalb sind wir alle gut beraten, unsere Hausaufgaben zu machen und einen Fehler, der nun einmal geschehen ist, in einer sachlichen Debatte zu korrigieren, zu dem Fehler zu stehen und es in Zukunft besser zu machen, nämlich die Gesetze zu lesen, die wir beschließen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Landesregierung hat die Ministerin für Bildung und Frauen, Ute Erdsiek-Rave, das Wort.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung und Frauen:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist ein Fehler passiert, der nicht hätte passieren dürfen. Es hilft auch nicht, und es tröstet auch nicht darüber hinweg, dass dieser Fehler über Wochen niemandem aufgefallen ist.

Man muss sich aber fragen, warum dieser Fehler im Parlament niemandem aufgefallen ist, übrigens auch der Opposition nicht. Das hätten Sie ruhig eingestehen können. Der Fehler ist offenbar deswegen nicht aufgefallen, weil es bis dahin völlig unstrittig war, dass diese Regelung zum 1. August 2009 vorgesehen war.

(Beifall bei SPD und CDU)

Lesen Sie die Reden nach. Lesen Sie die Pressemitteilungen nach. Lesen Sie die Artikel nach. In jedem Artikel ist vom **Kita-Jahr 2009/2010** die Rede, auch in Ihren Reden und Ihren Beiträgen. Das soll keine Entschuldigung für diesen Fehler sein, aber dies erklärt vielleicht, warum dieser Fehler niemandem aufgefallen ist.

Übrigens hat auch die Opposition dieses Datum nie infrage gestellt. Ich kann mich nicht daran erinnern, dass Sie in der Debatte gefordert hätten, dass wir am 1. Januar 2009, also mitten im Kita-Jahr, damit anfangen sollten. Jetzt tun Sie so, als hätten Sie das schon immer so gewollt. Das macht Ihr sehr vehementes Eintreten für eine sofortige Beitragsbefreiung für das ganze Jahr etwas unglaublich.

Zur **Finanzierung** ist schon einiges gesagt worden. Ich kann mich nicht daran erinnern, in der heutigen Debatte von Ihnen gehört zu haben, woher die erforderlichen knapp 20 Millionen € kommen sollen. Das soll wohl eher nach dem Motto gehen: Jetzt kommt es auch nicht mehr darauf an. Dann machen wir aus dem Fehler eine gute Tat, und man hofft auf den Beifall des Publikums. Nichts anderes ist es doch. Wir machen aus einem Fehler spontan ein **Konjunkturprogramm**. Was ist das denn für eine Politik, meine Damen und Herren?

(Beifall bei SPD und CDU)

Ich habe sehr genau zugehört, und ich werde nachlesen, was hier gesagt und dazwischengerufen worden ist. Bei der Ausführung bezogen darauf, Erwartungen zu schüren, von denen man genau weiß, dass sie nicht erfüllt werden, hat Wolfgang Kubicki dazwischengerufen: Genau das ist doch unsere Aufgabe. - Dies ist auch noch verknüpft worden mit dem Hinweis auf das große Problem, das wir mit

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

der HSH Nordbank haben. Ich muss schon sagen, das ist schon „Lafontaine-mäßig“.

(Beifall bei SPD und CDU - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Herr Dr. Klug, was Sie eigentlich wollen, das hat sich mir aus Ihrem Beitrag überhaupt nicht erschlossen. Sie tun jetzt so, als ob das beitragsfreie Kita-Jahr 2009/2010 die Kommunen dazu animiert, die Beiträge für das erste und zweite Jahr zu erhöhen. Das haben Sie so gesagt. Wir seien also daran schuld, dass die Kommunen jetzt die **Beiträge erhöhten**.

Dazu kann ich nur sagen: Wer ist eigentlich für die Daseinsfürsorge und für Kindergärten zuständig? Das sind die Kreise und Gemeinden. Bitte kritisieren Sie diese dafür, dass sie die Beiträge erhöhen. Ich halte das auch für kritikwürdig. Das aber in den Kontext dieser Debatte zu setzen, das ist doch nun wirklich abwegig.

(Beifall bei der SPD - Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Sie haben doch den allgemeinen Zuschuss auf 60 Millionen € gedeckelt! Seit fünf Jahren!)

- Jetzt kommt das auch noch. Was wollen Sie denn eigentlich? Ich muss Ihren Beitrag so verstehen, dass Sie für eine Beitragsfreiheit für alle ab dem 1. Januar 2009 plädieren. Herzlichen Glückwunsch! Wie wollen Sie das denn finanzieren?

Ich sage aber auch klipp und klar namens der Landesregierung, dass wir diesen Fehler bedauern und uns bei allen dafür entschuldigen, die dadurch in Mitleidenschaft gezogen worden sind und bei denen er zu Irritationen geführt hat. Wenn wir in diesem Zusammenhang von einem **Schaden** sprechen, dann gilt das in erster Linie für den **Landeshaushalt**. Für den Monat Januar 2009 erstatten wir nun den Elternbeitrag für eine maximal fünfstündige Betreuungszeit im letzten Jahr Kita vor Schuleintritt.

Ich sage eines ganz klipp und klar, weil das hier eine Rolle gespielt hat und vielleicht später auch in den Ausschussberatungen angesprochen werden wird: Schon nach den jetzigen Regelungen des FAG sind die Kreise und kreisfreien Städte berechtigt, bis zu 1 % des Betrags zur Abwicklung des **Verwaltungsaufwandes** einzusetzen. Das bedeutet, dass dies berücksichtigt werden kann. Sofern höhere Kosten belegt werden, wird das Land sicherstellen, dass diese ausgeglichen werden. Sofern für die Träger ein zusätzlicher Verwaltungsaufwand entsteht, muss dies geklärt und gegebenenfalls ein

Ausgleich dafür vorgesehen werden. Es sollen nicht die Träger und auch nicht die Kommunen und Kreise sein, die für diesen Fehler geradestehen müssen. Das sind wir ihnen schuldig.

Eine Änderung des **Finanzausgleichs** in einem Zug ist allerdings nicht erforderlich. Für den Monat Januar 2009 können die Mittel zunächst aus den veranschlagten 14,6 Millionen € bezahlt werden. Diese Mittel können den Kreisen und kreisfreien Städten bereits im Februar 2009 zugewiesen werden.

Auf der anderen Seite ist es natürlich auch so - das ist gar keine Frage -, dass dieses Versäumnis den Familien in Schleswig-Holstein zugute kommt. Es gibt in dieser Welt aber sicherlich eine Menge anderer Fehler, Schäden und Versäumnisse, mit denen man weniger gut leben kann.

Trotzdem haben wir dafür zu sorgen, dass die Auswirkungen auf den Landeshaushalt begrenzt bleiben. Deshalb haben wir unverzüglich und eingehend die rechtlichen Möglichkeiten geprüft. Wir gehen nun den Weg über die Änderung des Kita-Gesetzes. Damit verbinden wir intensive Bemühungen, die **Gebührenrückzahlung** für den Monat Januar 2009 so reibungslos, so unkompliziert und zügig wie möglich zu gestalten. Darüber befinden wir uns in intensiven Gesprächen mit den Trägern und den kommunalen Landesverbänden.

Das tun wir übrigens seit Verabschiedung des Haushaltsgesetzes, liebe Kollegin Spoorendonk. Dass dieses Gesetz und die damit verbundene Beitragsfreiheit in der Praxis schwierig umzusetzen ist, das hat mit Chaos nichts zu tun, sondern mit der Komplexität des gesamten Verfahrens. Dass wir seit Dezember 2008 intensiv daran arbeiten, das können Sie voraussetzen.

Für diesen Monat zu viel gezahlte Beiträge werden den Eltern erstattet. Dabei bitte ich zu bedenken, dass natürlich auch die Träger der Kindertageseinrichtungen mit einer Beitragsfreiheit ab Januar 2009 nicht gerechnet haben und sich nicht darauf vorbereitet haben und dass deswegen auch dort die Erwartung herrscht, dass ihnen geholfen wird und sie dabei unterstützt werden. Die Träger informieren die Eltern baldmöglichst über das vorgesehene Verfahren. Dazu ist ein **Musterbrief** gemeinsam entwickelt und auf den Weg gebracht worden.

Wir müssen uns mit dieser Gesetzeslösung in dieser einmaligen Situation behelfen, um den rechtlich zweifelsfreien Weg zu gehen. Dieser orientiert sich an dem, was wir im vergangenen Jahr beschlossen haben für die Familien in unserem Land. Für diesen ersten Schritt zum beitragsfreien Kita-Jahr ab Au-

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

gust 2009 sind erhebliche zusätzliche Ausgaben im Haushalt vorgesehen. Das ist bekannt. Deswegen bin ich mir ziemlich sicher, dass die Familien in Schleswig-Holstein Verständnis für unseren Umgang mit diesem Versäumnis haben. Wir gestehen den Fehler ein und beheben ihn, so gut es geht.

(Beifall bei SPD und CDU)

Präsident Martin Kayenburg:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf Drucksache 16/2430 dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 11 auf:

Finanzierung von Verkehrsprojekten in Schleswig-Holstein

Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 16/2184

Antwort der Landesregierung

Drucksache 16/2399

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann erteile ich zur Beantwortung der Großen Anfrage das Wort dem Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Dr. Christian von Boetticher, der in Vertretung von Herrn Dr. Marnette spricht.

Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich danke zunächst BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ihre Große Anfrage. Dadurch haben wir als Landesregierung wieder einmal die Möglichkeit, die wichtigsten Verkehrsprojekte in Schleswig-Holstein zusammenfassend darzustellen. Hier hat die Landesregierung in einem Bereich, den es galt aufzuarbeiten, in den letzten Jahren sicherlich große Erfolge zu verzeichnen gehabt.

Meine Damen und Herren von den Grünen, wenn Sie den Grund für dieses umfangreiche Aufarbeiten sehen wollen, müssen Sie morgens einmal in den Spiegel sehen. Wir haben beim Aufbau der Verkehrsinfrastruktur Schlüsselprojekte, die wichtige Meilensteine sind. Ich nenne an dieser Stelle den

Bau der A 20 mit der **westlichen Elbquerung** bei Glückstadt. Der Abschnitt ist im Bau. Weitere Abschnitte sind in Planung, und bis 2010 sollen alle Planfeststellungsbeschlüsse erreicht werden. Der Bau einer festen Fehmarnbelt-Querung mit dem Ausbau der Schienen- und Straßenhinterlandanbindung sei hier genannt. Sie wissen, dass am 3. September 2008 der Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik und dem Königreich Dänemark unterzeichnet wurde. Derzeit läuft das Gesetzgebungsverfahren, sodass die Ratifizierung bis zum Sommer erfolgen wird.

Der Ausbau der **Bahnstrecke** zwischen **Hamburg** und **Lübeck-Travemünde** läuft nach Plan. Ende 2008 wurden die Elektrifizierungsarbeiten abgeschlossen. Manches Mal, wenn ich in Deutschland erzählte, dass wir hier noch mit der **Elektrifizierung** der Bahn zu tun hatten, waren schon manche darüber erstaunt. Wir konnten dieses Projekt abschließen. Bis Ende des Jahres wird der zweigleisige Ausbau eines Schienenengpasses ebenfalls abgeschlossen sein.

Auch für andere bedeutende Ausbauprojekte konnten Fortschritte erreicht werden. Hier will ich nur die B 404 nennen, die sukzessive zur A 21 ausgebaut wird, die A 23 und die B 5, die entsprechend ihrer verkehrlichen Bedeutung ausgebaut werden, den Nord-Ostsee-Kanal - das haben Sie mitbekommen -, auf den ein gewaltiges Ausbauprogramm wartet. Das ist auch wichtig, wenn man sich die Schiffsverkehre und die Entwicklung, gerade des Ostseeraums, vor Augen hält, im Übrigen auch mit einer engen Verknüpfung zu dem, was im Hafen Hamburg geschieht. Demnächst beginnt die Ertüchtigung der Schienenstrecke Kiel-Lübeck, und die AKN-Strecke zwischen Hamburg-Eidelstedt und Kaltenkirchen wird sukzessive ausgebaut.

Last, but not least unterstützen wir nach Kräften die **Infrastrukturvorhaben** der **Kommunen**. Das gilt insbesondere für den kommunalen Straßenbau, den Ausbau der Häfen, insbesondere der überregionalen Häfen von Kiel und Lübeck, die wir als Land finanziell unterstützten und wo kräftig investiert wird. Es gibt natürlich noch Ausbaubedürfnisse, für deren Erfüllung wir uns alle kräftig ins Zeug legen müssen. Ich denke hierbei an den Ausbau der Schienenstrecke in der Metropolregion Hamburg.

(Beifall des Abgeordneten Manfred Ritzek [CDU])

- Ich freue mich, Herr Abgeordneter Ritzek weiß, wovon ich rede. - Hierfür hat die Landesregierung ein **Dreiaxsenkonzept** entworfen, das den zusätz-

(Minister Dr. Christian von Boetticher)

lichen Bau von S-Bahn-Gleisen auf der einen Seite nach Elmshorn und auf der anderen Seite nach Ahrensburg vorsieht.

Insgesamt können wir also feststellen, dass erhebliche Fortschritte erreicht werden konnten, sowohl in der baulichen Umsetzung als auch in der konkreten und belastbaren Planung. Gleichwohl werden die Herausforderungen der nächsten Jahre in diesem Bereich gigantisch sein. Nach groben Schätzungen beträgt der aufsummierte **Investitionsbedarf** im nächsten Jahrzehnt rund 5,3 Milliarden €.

Die Finanzierung dieser Investitionen wird auch künftig größtenteils durch Bundesmittel erfolgen müssen. Wir müssen auch neue Finanzierungswege aufzeigen. Um beispielsweise bei der A 20 eine zügige Umsetzung zu erreichen, setzt sich mein Kollege, Minister Marnette, für eine **Schwerpunktfinanzierung** durch den Bund ein, ähnlich wie bei den Verkehrsprojekten Deutsche Einheit. Auch die **Konjunkturprogramme** der Bundesregierung und die **Mautmehreinnahmen** werden uns helfen, einige Verkehrsprojekte, wie die A 20, schneller als ursprünglich erwartet realisieren zu können.

Der Bund stellt im aktuellen **Konjunkturpaket II** für den Ausbau und die Erneuerung der Bundesverkehrswege, also der Straßen, Schienen und Wasserstraßen, 2 Milliarden € bereit, an denen natürlich auch Schleswig-Holstein partizipieren wird. Daneben ist der Einsatz von privatwirtschaftlichen Finanzierungsformen, ÖPP-Modellen, insbesondere im Straßenbau sinnvoll, natürlich nur, soweit der Projektzuschnitt eine insgesamt wirtschaftliche Realisierung erwarten lässt. Konkret geplant ist der sechsstreifige Ausbau der A 7 von Hamburg-Schnelsen bis zum Bordscholmer Dreieck mit einer privatwirtschaftlichen Finanzierung in Form des sogenannten A-Modells.

Meine Damen und Herren, Sie sehen also, in diesem Bereich bewegt sich einiges. In den letzten vier Jahren hat sich eine ganze Menge getan, und das ist wichtig, weil unser Land hier nach vielen Jahren einen starken Aufholbedarf hatte. Es ist für unsere wirtschaftliche Entwicklung wichtig. Denn seit über 3.000 Jahren gilt die Weisheit: Wirtschaft, Infrastruktur, Menschen und Arbeitsplätze entstehen immer nur dort, wo Verkehrswege sind. Früher waren es die Wasserstraßen, und heute sind es unsere Verkehrswege für Autos, Schienen für die Bahn, aber - an dieser Stelle mit einer Verknüpfung zur Debatte von eben erwähnt - natürlich auch unsere Flughäfen. Hier hat Schleswig-Holstein in den letzten vier Jahren Großes geleistet, und wir werden diesen Weg weitergehen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Meine Damen und Herren, in Anbetracht des Zeitablaufs und der Redezeiten von zehn Minuten gehe ich davon aus, dass Tagesordnungspunkt 16 erst um 15 Uhr aufgerufen wird und damit Tagesordnungspunkt 14 morgen auf 12:50 Uhr verschoben wird.

Nunmehr eröffne ich die Aussprache und erteile für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Herrn Abgeordneten Detlef Matthiessen das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielen Dank erst einmal an das Ministerium, an die Landesregierung für die Beantwortung der Fragen. Ich finde es allerdings sehr ärgerlich, dass sich die **Deutsche Bahn AG** und auch das **Bundesverkehrsministerium** geweigert haben, an der Beantwortung dieser Fragen mitzuwirken. Ich ging bisher davon aus, dass es hier eine enge Kooperation gibt. Das heißt doch im Umkehrschluss, dass die Landesregierung selber keine detaillierten Informationen über die Schieneninfrastruktur des Landes und darüber hat, was dort investiert wurde und wird beziehungsweise werden soll. Ist das nun ein Desinteresse am Schienenverkehr, oder macht das einfach nur zu viel Arbeit? Ich finde diesen Sachverhalt jedenfalls ziemlich beschämend.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Meine Damen und Herren, zur **Elbquerung** gibt es eine triumphierende Presseerklärung des Wirtschaftsministers. Der Wortlaut war:

„Das Verkehrsministerium Schleswig-Holstein hat vom Bundesverkehrsministerium am 9. Januar 2009 grünes Licht für die Planungsunterlagen zum Elbtunnel/A 20 erhalten.“

Verkehrsminister Marnette stellte das als einen riesengroßen Schritt für den Weiterbau der A 20 dar. Allerdings ist das überhaupt nicht sensationell, im Gegenteil. Tatsache ist nach wie vor, dass seit der Verabschiedung des Bundesverkehrswegeplans im Jahre 2003 der gesetzliche Planungsrahmen für den Elbtunnel besteht. Also: Im Westen nichts Neues.

Dass der Bundesverkehrsminister nach sechs Jahren dieses Gesetz bestätigt, wird jetzt von der Elbtunnel-Lobby als Quantensprung bezeichnet - als hät-

(Detlef Matthiessen)

ten die kein Vertrauen in bestehende Gesetze. Bestätigt haben sich allerdings in diesem Zusammenhang zwei Positionen der Kritiker des Projektes, zu denen ja auch wir zählen.

Erstens. Der Elbtunnel wird wesentlich **teurer** als ursprünglich geplant. 2003 waren Kosten von 384 Millionen € geplant, sie stiegen 2009 dann auf nunmehr geschätzte 920 Millionen €. Das ist fast eine Verdreifachung.

Zweitens. Die ursprüngliche **Privatfinanzierung** ist Unfug. Das hat jetzt nach sechs Jahren auch die Bundesregierung erkannt. Neu ist nur, dass es im Augenblick überhaupt kein Finanzierungskonzept gibt.

Weiterhin gilt, dass die Elbquerung in Niedersachsen an einer Kreisstraße endet. Wir brauchen keine Autobahn nach nirgendwo, wo die Weiterführung und Finanzierung nach dem Sprung über die Elbe nicht geklärt ist. Statt einer **Ost-West-Verbindung** müssen die **Nord-Süd-Verbindungen** durch Schleswig-Holstein gestärkt werden.

Es liegt auf der Hand, dass ein Bauprojekt, das frühestens 2011 - wenn überhaupt - starten kann, keine Beiträge zur Überwindung der augenblicklichen Wirtschaftskrise leisten kann.

Es gibt sicher effizientere, billigere und schnellere Lösungen für die Verkehrsprobleme in unserem Land als die **westliche Elbquerung**. Die Landesregierung geht in ihrer Antwort noch von 324,7 Millionen € an Kosten für die Elbquerung aus. Das ist nun wirklich lange überholt - wie ich ausgeführt habe und wie überhaupt die Große Koalition das Thema **Baukostensteigerung** schlicht ignoriert. Nicht sehen, nicht hören und schon gar nicht darüber reden. Diese Landesregierung rechnet sich ihre Lieblingsverkehrsprojekte schön. Das wird zusätzlich mit blumigen Worten garniert wie „Jahrhundertbauwerke“ oder „Magistrale des Nordens“. Das hat schon etwas vom Tanzen um goldene Kälber.

In Nord-Süd-Richtung liegen die eigentlichen Probleme im Bereich Schiene und Straße. Diese Landesregierung gibt aber den Großteil für Verkehrsinvestitionen für zwei **Prestigegroßobjekte** aus: Das ist erstens die **A 20**, die im mittleren Bereich eine Belastung von 20.000 Fahrzeugen pro Tag aufweist. Das rechtfertigt einen Autobahnausbau nicht. - Zum Vergleich: Bei der A 7 sind es 100.000 Fahrzeuge pro Tag. Zweitens ist es das Großprojekt der **festen Fehmarnbelt-Querung**, obwohl dort die Belastung unter 10.000 Fahrzeugen pro Tag liegt und jede Kreisstraße mehr Verkehr tragen muss.

Investitionen in die Infrastruktur sollten nicht für solche Prestigeprojekte verschleudert werden. Wir brauchen den Ausbau des Straßennetzes in **Nord-Süd-Richtung**, und vor allem brauchen wir den Ausbau neuer **Schienenwege**, insbesondere für den Güterverkehr. Eine zukunftsfähige Verkehrsinfrastrukturpolitik muss aus unserer Sicht eine radikale Ressourceneffizienz zum Ziel haben: Nur der Verkehrsträger mit dem geringsten Energieaufwand für den Personenkilometer und den Tonnenkilometer ist nachhaltig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hier ist der Schienenverkehr gegenüber dem Straßenverkehr klar im Vorteil.

Konkret geht es um die Schienengüterumgehung östlich um Hamburg, die bessere Schienenanbindung an den Hamburger Norden und die Beseitigung des Engpasses Elmshorn.

Zum **Schienenausbau Lübeck-Puttgarden** führt die Landesregierung aus, dass vorgesehen sei, dass diese Schienenhinterlandanbindung bis spätestens 2018 elektrifiziert und bis spätestens 2025 zweispurig ausgebaut werden solle. Es ist schon interessant, dass diese zentrale und von Ihnen als „Magistrale“ und „Jahrhundertbauwerk“ gekennzeichnete Maßnahme mit solch einem kleinen Kapitel versehen ist. Die genauen Kosten dafür werden von der DB AG noch zu ermitteln sein. Von der **Finanzierung** ist hier wohlweislich nicht die Rede. Hier gibt es nämlich kein frisches Geld von der Bundesregierung, das muss aus dem Plafonds des Landes bezahlt werden.

Es gibt viele Verkehrsprognosen; bei den meisten geht es immer linear nach oben, zum Beispiel um 5 % pro Jahr. Das ergibt enorme Steigerungen über zehn oder 15 Jahre. Diese Prognosen haben einen Systemfehler: Sie blenden die zu erwartende weitere **Verknappung der Energierohstoffe** aus. Der Treibriemen des Verkehrs ist Erdöl. Seine Verfügbarkeit wird in den standardisierten Verkehrswirtschaftlichkeitsberechnungen vorausgesetzt. Das ist ein grundsätzlicher und folgenschwerer Fehler mit einer gigantischen Fehlallokation knapper Mittel. Die heute mit Schulden finanzierten Investitionen werden den erwarteten Nutzen nicht erbringen.

Wir brauchen dringend eine **ökologische Verkehrswende**. Die aktuelle Wirtschaftsgeschichte macht es deutlich: In diesen Zeiten sinkt das Verkehrsaufkommen. Das erleben wir ganz aktuell bei den Umschlagverlusten unserer Häfen. Es gibt aber auch ganz andere Prognosen, die in der Regel immer durch die Realität übertroffen werden. Das sind

(Detlef Matthiessen)

leider die Prognosen über die Entwicklung des Klimawandels. Die globale Erwärmung schreitet immer schneller voran als vorhergesehen. Das ist eine dramatische Entwicklung. Der Klimawandel ist weiterhin das größte Problem der Menschheit. Hier hat der Individualverkehr seinen Anteil.

Der Verkehr ist Teil des Problems. Dicke Autos, dicke Straßen, dickes Wirtschaftswachstum: Diese Formel wird mehr und mehr Vergangenheit.

Ganz aktuell sind die Diskussionen über Investitionen in die **Flughäfen des Landes**. Der einstimmige Beschluss der Kieler Ratsversammlung, alle Planungen auch für die Verlängerung der Startbahn des Flughafens Holtenau einzustellen, war völlig richtig. Das wird noch deutlicher - das hat die Aktuelle Stunde soeben gezeigt -, wenn wir nach Lübeck schauen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieses und viele andere Beispiele zeigen: Es wird viel versprochen, was sich als unhaltbar erweist, es wird sehr viel Geld an falscher Stelle ausgegeben. Wir brauchen dringend eine ökologische Verkehrswende. Wir brauchen ein gesellschaftliches Umdenken. Wir haben nicht viel Zeit, einen anderen Weg einzuschlagen.

Wenn es in Amerika heißt: „We can!“, dann sollten wir, die wir uns bislang immer auf der besseren Seite der Geschichte wähnten, nicht voller Staunen über den Teich gucken. Wir könnten sonst eventuell mit angucken, wie wir abgehängt werden. Wir brauchen die ökologische Verkehrswende jetzt: Yes, we can, too!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Matthiessen. - Das Wort für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Hans-Jörn Arp.

Während der unterwegs ist, nehme ich Gelegenheit, die Mitglieder der Bürgerinitiative Haseldorfer Marsch zu begrüßen. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal ein Dank an das Ministerium für den Be-

richt, aber auch ein Dank an die Grünen, dass sie den Berichtsantrag gestellt haben.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Gern!)

Denn eines ist doch klar: Dies ist eine Erfolgsgeschichte dieser Regierung und der sie tragenden Parteien.

Was sagt dieser Bericht? - Schleswig-Holstein bewegt sich, Schleswig-Holstein wird modernisiert, Schleswig-Holstein holt auf - und wir haben eine Menge Nachholbedarf. Schleswig-Holstein ist und bleibt zusammen mit Hamburg bei uns in Norddeutschland Logistikstandort Nummer 1. Dieser Fakt wurde insbesondere von den Grünen wissentlich ignoriert, ja sogar verhindert, und Detlef Matthiessen hat eben noch einmal in eindrucksvoller Weise bestätigt, dass das kein Zufall war.

Daher ist es nicht verwunderlich, dass in den letzten Jahrzehnten ein **Investitionsstau** entstanden ist, der ein Wirtschaftswachstumshindernis nicht nur für Schleswig-Holstein, sondern sogar für ganz Norddeutschland war. In den vergangenen Jahren wurden mehr Mittel für den Straßenbau ausgegeben als jemals zuvor. Insgesamt über 310 Millionen € wurden für Verkehrsprojekte bereitgestellt.

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Herr Matthiessen, ich komme noch dazu. Hören Sie einfach zu, das entspannt Sie auch einmal.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Damit wurde der Rekord aus dem Jahr 2007 noch einmal deutlich gesteigert, und es kam dazu, dass erstmalig die Mittel für **Planfeststellungsverfahren** bei der **Elbquerung** bereitgestellt wurden. Das darf man nicht unterschätzen. Das ist erstmalig ein Bekenntnis der Bundesregierung für die Elbquerung, das wir bislang nicht hatten. Das ist für uns von großer Bedeutung.

(Beifall bei der CDU)

Allein beim Bundesfernstraßennetz stand am Jahresende ein Plus von über 11 %. Ich verweise darauf, dass wir trotz dieser Anstrengungen die Neuverschuldung des Landes auf ein beachtliches Tief senken konnten. Das ist eine solide Haushaltsführung, wie wir sie uns vorstellen: Abbau von Schulden auf der einen Seite und höhere Investitionen in die Infrastruktur auf der anderen Seite.

(Hans-Jörn Arp)

Durch das Konjunkturpaket der Bundesregierung und die eigenen Anstrengungen in unserem Haushalt werden wir auch 2009 nochmals die **Investitionen** in die **Infrastruktur** deutlich steigern können. Dabei soll man nicht außer Acht lassen, dass die zusätzlichen Investitionen die Anzahl der Verkehrsstaus verringern und wir damit einen großen Beitrag zum Umweltschutz leisten.

Gleiches gilt für die Seeschifffahrt. Durch die Investitionen der CDU-geführten Bundes- und Landesregierungen wird der **Nord-Ostsee-Kanal** den Anforderungen künftiger Frachtschiffgenerationen angepasst. Es bedarf der Modernisierung der Schleusen und der Vertiefung der Fahrrinne, damit wir noch mehr Verkehr von der Straße auf den effizienteren und umweltfreundlicheren Wasserweg bringen können. Das ist unser Beitrag zum Umweltschutz.

Osteuropa und Skandinavien hoffen auf unsere Entscheidungen. Wir haben uns davon bei unserem Besuch in St. Petersburg überzeugen können.

Darüber hinaus ist es uns gelungen, auf einem ganz anderen Gebiet die Infrastruktur unseres Landes zu modernisieren. Bei den **Geh- und Radwegen** wurden von 1998 bis 2005 im Schnitt 4,3 Millionen € jährlich ausgegeben. Unter dem ehemaligen Wirtschaftsminister Dietrich Austermann schnellte dieser Wert auf 7,4 Millionen € im Jahr 2007 hoch. Das bedeutet ein Plus von 72 %.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Und unter Dr. Werner Marnette - dem ich von hier aus die besten Genesungswünsche ausrichte - wird diese richtige und erfolgreiche Strukturpolitik selbstverständlich fortgesetzt.

Denn auf diese Weise sorgen wir nicht nur dafür, dass Touristen unser Land auf vielfältigeren Wegen entdecken können, sondern wir kommen auch der Verpflichtung nach, unsere Kinder im Straßenverkehr zu schützen. Neue Radwege bedeuten schließlich auch mehr Sicherheit. Überhaupt ist das vorrangige Ziel der Investitionen in Neu-, Aus- und Umbau von Landesstraßen, die **Verkehrssicherheit** zu erhöhen, Unfallschwerpunkte zu beseitigen und Eisenbahnkreuzungsmaßnahmen zu modernisieren.

Nun habe ich am vergangenen Freitag gelesen, dass der verehrte Kollege Martin Hentschel - der nicht da ist; aber vielleicht können Sie ihm das ja übermitteln - meint, dass das **Konjunkturprogramm** an der schleswig-holsteinischen Wirtschaft vorbeigehe. Sehr geehrter Herr Kollege oder sehr geehrte Frau Kollegin Heinold, fragen Sie ihn bitte: Haben

Sie überhaupt einmal mit der Wirtschaft darüber gesprochen, haben Sie sie gefragt, wie sie das empfindet?

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Die wissen doch gar nicht, was Wirtschaft ist!)

Ich möchte zum einen festhalten, dass über die Investitionsprogramme des Konjunkturpaketes und das landeseigene Investitionsprogramm viele Aufträge im Bereich Gebäudesanierung und Straßenbau an unsere **heimischen Handwerksbetriebe** und **Bauunternehmen** vergeben werden. Darüber hinaus betone ich zum anderen, dass die Verkehrsprojekte, die durch das Paket beschleunigt werden, von höchster Bedeutung für die **Hinterlandanbindung** unserer **Häfen** sind. Ungefähr 90 % des Welthandels wird über die Meere abgewickelt. Hier entscheidet sich, ob Deutschland Exportweltmeister bleibt oder nicht. Hier entscheidet sich, ob wir die Anbindung der gewerblichen Wirtschaft an die Wasserstraßen gewährleisten können. Hier entscheidet sich, ob wir die Staus auf den großen Verkehrswegen vor unseren Häfen abbauen können.

Dieses erfordert natürlich eine entsprechende leistungsfähige Infrastruktur. Schleswig-Holstein kommt dabei eine tragende Rolle zu. Durch seine geografische Lage werden die Verkehrsprojekte, die diese Landesregierung beschlossen hat, Schleswig-Holstein zu einer **Logistikdrehscheibe** im Norden Europas machen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

In naher Zukunft wird man von unserem Land aus **vier wichtige Regionen** und Handelsmärkte in Europa in nur **drei Stunden** erreichen können: auf der einen Seite Skandinavien und den Öresund in drei Stunden über die Fehmarnbelt-Brücke - deshalb sind wir dafür -, auf der anderen Seite die Benelux-Länder in drei Stunden über die A 20 beziehungsweise in Niedersachsen über die A 22 - so nennt man die Landstraße, von der der Kollege Matthiessen redet -,

(Heiterkeit)

Nordrhein-Westfalen erreicht man in drei Stunden mit der neuen Elbquerung bei Glücksstadt, und über den offenen Teil der A 20 ist man in drei Stunden in Polen. In drei Stunden zu den wichtigsten Märkten Europas, das ist die Leistung dieser Regierung. Ohne Fehmarnbelt und ohne die A 20 hätten wir nicht den Vorteil eines Logistikstandortes, den wir jetzt haben.

(Hans-Jörn Arp)

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP - Zuruf des Abgeordneten Manfred Ritzek [CDU])

- Lieber Manfred Ritzek, wenn ich die Rede bei dir im Wahlkreis halte, werde ich das Ganze mit fünf Stunden sagen.

Diese Brückenfunktion in der Ostseeregion eröffnet unseren jungen Menschen im Land eine zusätzliche **berufliche Perspektive** - etwas, was den Grünen doch eigentlich sehr am Herzen liegen sollte. Hier werden die Fehler der Vergangenheit ausgemerzt, Herr Kollege - oder in diesem Fall besser Frau Kollegin -, zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger dieses Landes, zum Wohle der Wirtschaft und zum Wohle der Jugend. Eigentlich sollten Sie uns dankbar sein, dass wir gemeinsam mit der SPD regieren.

Die größten Projekte der nahen Zukunft sind in erster Linie die **Fehmarnbelt-Querung** und der Weiterbau der **A 20**. Darauf hat der Minister eben schon hingewiesen. Dazu kommen verschiedene andere Infrastrukturmaßnahmen wie das **Dreieisenkonzept**, das die Schienenanbindung an Hamburg verbessern wird, oder die **Elektrifizierung der Bahnstrecke Hamburg-Lübeck-Travemünde**, ein Beitrag, um den Schienenverkehr voranzubringen und die Umwelt zu entlasten.

Bis 2020 - so schätzt das Ministerium - werden circa 5,3 Milliarden € für alle diese Maßnahmen benötigt. Ein großer Anteil wird durch Bundes- und EU-Mittel finanziert. Durch die Einnahmen aus der Mauterhöhung und der Bahnprivatisierung ist mit weiter steigenden Mittelzuflüssen zu rechnen. Das ist erst kürzlich wieder deutlich geworden, als Bundesverkehrsminister Tiefensee am 16. Dezember vergangenen Jahres unseren Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen - den ich an dieser Stelle auch sehr herzlich grüße und ihm eine gute Genesung wünsche - -

(Zurufe)

- Eigentlich geht es doch um das Wesentliche. Hören Sie doch bitte einmal zu, über den Gesundheitszustand haben wir heute schon genug gesagt.

Bundesverkehrsminister Tiefensee hat unseren Ministerpräsidenten darüber informiert, dass aus zusätzlichen Einnahmen aus der LKW-Maut 153 Millionen € für den Bau der A 20 bereitgestellt werden. So sieht die Situation aus, und das war das schönste Weihnachtsgeschenk schon vor Weihnachten.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und FDP)

Entsprechende Schwerpunktfinanzierungen werden weiterhin eine wichtige Rolle spielen. Wir fordern den Bund diesbezüglich auf, seiner Verantwortung bei den anstehenden Projekten wie bisher nachzukommen. Das alles darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass wir in Zukunft nicht auf andere Möglichkeiten zur Finanzierung von Infrastrukturprojekten verzichten können. Schließlich ist ein erheblicher Teil der im Bundesverkehrswegeplan vorgesehenen Ausbaumaßnahmen noch umzusetzen. Die Bedeutung **privater Investoren** im Rahmen der PPP und der ÖPP - der Minister wies auch darauf hin - wird daher stark zunehmen. Am Beispiel der Fehmarnbelt-Querung wird dies schon heute sichtbar. Es hilft auch nicht, wenn schleswig-holsteinische Bundestagsabgeordnete von Rot und Grün in Berlin ständig solche Projekte torpedieren

(Beifall des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

und damit das Vertrauen und die Zuverlässigkeit in den Standort Bundesrepublik Deutschland durch private Investoren nicht ernst nehmen, sondern eher gefährden. Deshalb ist es wichtig, dass wir auch hier ein klares Signal aus der Landes-SPD gegenüber ihren Mitgliedern in der Bundestagsfraktion bekommen, dass sie hier uneingeschränkt zu den Projekten stehen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Auch beim Thema **westliche Elbquerung** werden wir Gespräche mit privaten Investoren führen müssen, um dieses Megaprojekt so schnell wie möglich zu realisieren. Bei diesem Projekt sind wir auf alle möglichen Geldquellen angewiesen, ohne die Verkehrsteilnehmer weiter zu belasten. Wir müssen uns darüber unterhalten, auch kleinere Bundesstraßen privat finanzieren zu lassen, die dann von den entsprechenden Investoren beispielsweise 30 Jahre lang betrieben werden können. Das alles machen wir zum Wohle des Steuerzahlers und der Generationen von morgen. Denn die Bürgerinnen und Bürger müssen steuerlich entlastet werden und weiterhin mobil bleiben. Wir leben in einer Zeit, in der die Geschäfte nicht alle über die Internetautobahn abgewickelt werden können. Wir brauchen weiterhin Autostraßen, und wir wollen weiterhin mobil bleiben. Ich freue mich auf eine ernsthafte Beratung im Verkehrsausschuss.

(Beifall bei CDU, FDP und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Arp. - Das Wort für die SPD-Fraktion hat jetzt Herr Abgeordneter Bernd Schröder.

Bernd Schröder [SPD]:

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Arp, das war wieder ein Rundumschlag in Ihrer Rede. Ich möchte eine Bemerkung dazu machen: Auch wenn Einzelne bei uns eine andere Meinung haben, es gelten die Landesparteitagsbeschlüsse, und wir können damit leben, wenn Einzelne eine andere Auffassung vertreten.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Kohlekraftwerke!)

- Dass bei Ihnen jeder etwas dazu sagen kann, das wissen wir auch, Herr Kollege Matthiessen. Das ist überhaupt keine Frage.

(Heiterkeit bei SPD und CDU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte mich zunächst auch im Namen der SPD-Fraktion bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Wirtschaftsministeriums für diesen ausführlichen und informativen Bericht bedanken. In dem Bericht wird belegt - wenn man das richtig liest -, dass es in den vergangenen zehn Jahren nicht durch eine Bevorzugung bestimmter Verkehrsprojekte zu einer Benachteiligung anderer Verkehrsprojekte gekommen ist.

Wenn wir hier eben gehört haben, dass zum Beispiel dem Kollegen Matthiessen der Bereich der Bahn zu wenig beschrieben ist, erinnere ich nur kurz daran, dass wir in Schleswig-Holstein es gewesen sind, die ein bundesweit begrüßenswertes **Ausschreibungs- und Vergabeverfahren** auf den Weg gebracht haben. Wir haben die Kosten für das Land gesenkt. Wir haben die Qualität im **SPNV** erheblich verbessert. Das sind Erfolge, die wir gemeinsam errungen haben. Wir haben in diesem Land einen SPNV, der beispielhaft ist. Wir haben einen landesweiten Nahverkehrsplan, der gerade neu aufgelegt wird, wir haben das Taktsystem im Bahnbereich eingeführt, wir haben die Anschlüsse im Stundentakt erreicht, und wir haben einen Fahr-schein für das ganze Land. Das sollte man nun beim besten Willen nicht kleiner reden. Das haben wir nicht nötig. Wir haben hier ein funktionierendes, erfolgreiches System.

(Beifall bei SPD und CDU)

Das sollten wir unterstützen und auch nach vorn bringen.

Angesichts eines nicht zu leugnenden Investitionsstaus, insbesondere im Norden der Republik, kommen wir aber nicht umhin, klare Prioritäten zu setzen. Wir folgen da der Landesregierung, die folgende Rangfolge aufgestellt hat: Zunächst die **A 20** mit **westlicher Elbquerung** als wichtigste Ost-West-Verbindung. Da unterscheiden wir uns. Ihr Redebeitrag, Herr Matthiessen - ich will gar nicht auf Ihren Beitrag zum Flughafen heute Morgen eingehen; den haben wir eindrucksvoll genießen können -, jetzt auch noch zu sagen, wir bräuchten keinerlei Ost-West-Verbindung, wir bräuchten nur Nord-Süd-Verbindungen, macht deutlich, dass bei Ihnen null Interesse für die wirtschaftliche Entwicklung Schleswig-Holsteins besteht.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

An zweiter Stelle steht die **festе Fehmarnbelt-Querung** mit Straßen- und Schienenhinterlandanbindung unter Wahrung der Chancen der Region und unter Mitnahme der Menschen vor Ort, für sichere und zukunftsfähige Arbeitsplätze und für einen florierenden Tourismus. Das ist ein weiterer wichtiger Schwerpunkt der Infrastrukturmaßnahmen in diesem Land.

Der Ausbau der **Nord-Süd-Achsen A 7** und **A 21**, der Ausbau der Schienenstrecken nach Skandinavien mit der Elektrifizierung der Strecke Hamburg-Lübeck-Travemünde, der Ausbau der S-Bahn nach Ahrensburg und am liebsten nach Bad Oldesloe und der dreigleisige Ausbau des Streckenabschnitts Pinneberg-Elmshorn sind ganz wichtige Projekte für dieses Land, die vehement weiter verfolgt werden müssen.

Zur **A 20** gibt es zwei erfreuliche Meldungen: Im Dezember vergangenen Jahres hat sich herausgestellt, dass der Bund weiteres Geld für den Ausbau bereitgestellt hat. Mit einem Betrag von zusätzlichen 153 Millionen € soll ein etwa 10 km langes Teilstück im Kreis Segeberg ermöglicht werden. Mit dem Geld, das aus Mauteinnahmen des Bundes stammt, kann die letzte Lücke bis zur A 21 geschlossen werden.

Bekanntermaßen hat der Bund kurz danach - Anfang dieses Jahres - grünes Licht für die Planung der Elbquerung westlich von Hamburg gegeben. Bis 2010 soll auch die Finanzierung des neuen Elbtunnels geklärt sein. Das Planfeststellungsverfahren soll voraussichtlich im zweiten Quartal dieses Jahres eingeleitet werden und bis 2011 dauern. Alle übrigen Planfeststellungsverfahren sollen bis späte-

(Bernd Schröder)

stens Ende nächsten Jahres abgeschlossen sein. Die Fertigstellung aller Straßenabschnitte soll planmäßig bis 2015 erfolgen. Das macht noch einmal deutlich, wie wichtig die **Ost-West-Anbindung** ist. Das macht deutlich, wie wichtig es ist, den Standort Brunsbüttel anzuschließen und auch dort für die Zukunftsfähigkeit der Arbeitsplätze zu sorgen.

Der sechsspurige Ausbau der **A 7** von der Landesgrenze bis zum Bordesholmer Dreieck befindet sich als vordringlicher Bedarf im Bundesverkehrswegeplan und soll im Rahmen eines PPP-Modells durch einen Privaten erfolgen. Im September vergangenen Jahres ist ein Dienstleistungsvertrag mit der DEGES abgeschlossen worden. Wir haben dies sehr kritisch diskutiert. Dies ist vor dem Hintergrund beschlossen worden, dass das A-Modell nur so verwirklicht werden kann. Nur so bestehen die Kapazitäten im Landesbetrieb, um die anderen wichtigen Infrastrukturmaßnahmen voranzubringen.

Beim weiteren Ausbau der **A 21** sowie beim Lückenschluss der **A 23** zwischen Itzehoe-Süd und Itzehoe-Nord befinden wir uns jetzt wieder im Plan. Beim **Schienausbau Lübeck-Puttgarden** soll die Elektrifizierung bis spätestens 2018 abgeschlossen sein. Der Finanzierungsanteil des Landes wird bei 60 Millionen € liegen. Eines ist vollkommen klar: Über die Zusage des ehemaligen Wirtschaftsministers, einen Anteil des Landes von 60 Millionen € zu leisten, wird auch im Parlament noch zu reden sein. Es ist noch zu klären, wie das in den Haushalt eingestellt wird. Es ist Aufgabe des Parlaments, diesen Haushalt auf den Weg zu bringen.

Mobilität ist eine wesentliche Voraussetzung für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung. Deshalb ist für uns als SPD die Sicherung eines ökonomisch effizienten, sozial angemessenen und ökologisch verträglichen Mobilitätsangebots das zentrale verkehrspolitische Ziel für Schleswig-Holstein. Es gilt, diese Grundsätze bei allen Verkehrsprojekten im Auge zu behalten. Ich habe diese für einige Bereiche ansatzweise hier aufgezählt.

Die **Finanzierung** der relevanten Verkehrsprojekte in unserem Land erfolgt zu einem Großteil über Mittel des Bundes, und der Mittelbedarf ist bekanntermaßen steigend. Ich habe die Hoffnung, dass durch steigende Einnahmen des Bundes aus der LKW-Maut einerseits und durch eingeleitete Maßnahmen aus den Konjunkturprogrammen andererseits die erforderlichen Mittel aus Berlin auch tatsächlich fließen werden.

Ich mache noch einmal darauf aufmerksam: Wir müssen die politischen Kräfte im Norden in den

Bundesländern vereinigen. Wir müssen beim Bund gemeinsam vorgehen. Wir müssen Kräfte dagegen setzen, damit nicht weiter geschieht, was seit Gründung der Bundesrepublik nachweislich geschehen ist. Ein hoher Anteil der Investitionen ist in den Süden geflossen. Darunter hatten wir zu leiden. Hier gilt es, sich mit den Nachbarn vor Ort auf wichtige Projekte zu verständigen und auch gemeinsam Projekte nach vorn zu tragen. Das sollten wir weiter berücksichtigen. Ansonsten müssen wir auf eine Schwerpunktförderung unserer Schlüsselprojekte - an erster Stelle der A 20 - drängen.

Es ist auch darauf hinzuweisen, dass in dem **Konjunkturpaket II** ein kommunaler Investitionsfonds mit einer Gesamtsumme von 13,3 Milliarden € enthalten ist. Davon entfallen auf Schleswig-Holstein 430 Millionen €. Davon wiederum können 35 % in die Infrastruktur, zum Beispiel in den Verkehr, investiert werden. Wir alle wissen, wie wichtig diese Gelder für **kommunale Infrastrukturmaßnahmen** sind. Auch hier gilt es zu prüfen, welche Beträge für die Verkehrsinfrastruktur des Landes schnell und effizient eingesetzt werden sollten.

Wir müssen die **Schienerverkehre** ausbauen und optimieren. Wir müssen die **Wasserstraßen** - den Nord-Ostsee-Kanal, aber auch den Elbe-Lübeck-Kanal - ausbauen. Wir alle sind uns wohl darin einig, dass wir den Elbe-Lübeck-Kanal schneller ausbauen müssen, wenn es tatsächlich zu einer wirkungsvollen Kooperation zwischen Hamburg und den möglichen Märkten im Ostseeraum - darunter auch Lübeck und Lübeck-Travemünde - kommt. Das ist ein wichtiger Wirtschaftsbereich für dieses Land.

Wie im Bericht der Landesregierung aufgeführt, werden wir den Ausbau von **Fahrradwegen** an Landes- und Bundesstraßen fortsetzen. Ich sage dies, damit es nicht heißt, wir hätten darüber nicht gesprochen und wollten dies nicht. In unsere Verkehrsinfrastruktur muss kräftig investiert werden. Dabei geben wir den **ökologisch günstigen** Verkehrsträgern und dem **kombinierten Verkehr** Vorrang. Dies ist ein Teil des Programms der SPD aus dem Jahr 2007. Es wurde auf dem Hamburger Parteitag beschlossen. Daran halten wir uns. Schienennetz, Wasserwege und Straßen sollten so gebaut und geplant werden, dass sie diesen Anforderungen genügen. Um Schleswig-Holstein mit einer zukunftssicheren und zukunftsfähigen Infrastruktur auszustatten, bedarf es gewaltiger Anstrengungen. Wir stellen uns dieser Herausforderung.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Bernd Schröder. - Für die FDP hat Herr Abgeordneter Dr. Heiner Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Schröder, ich kann Ihre Empörung und Ihre Verwunderung über die wirtschaftspolitische Kompetenz der Grünen nachvollziehen, die ich im Übrigen auch teile, aber das wundert mich nicht mehr wirklich. Allerdings amüsiert mich, wofür jetzt der neue amerikanische Präsident herhalten muss. Ich denke dabei an das Ende der Rede des Kollegen Matthiessen. Herr Kollege Astrup, vielleicht können Sie mir hier weiterhelfen. Mir ist keine Rede von Obama bekannt und auch kein Programmpunkt in Erinnerung, Straßen zurückzubauen, Flughäfen zu schließen oder sonstige Verkehre zu unterbinden.

(Beifall bei der FDP)

Das ist der Punkt. Bei allem Scherzen, das meine ich ernst. Das Gegenteil ist der Fall. Es werden Millionenbeträge in die Erforschung emissionsärmerer oder emissionsfreier Antriebe investiert. Es werden in Zukunft unendlich hohe Millionenbeträge - -

(Günther Hildebrand [FDP]: Milliarden!)

- Entschuldigung, Milliardenbeträge fließen, um Mobilität zu sichern und um **Mobilität** als Fundament von **Wirtschaftswachstum** und **Wohlstand** auszubauen. Das hat mit Ihrem Programm wirklich nicht das Geringste zu tun, das darauf abzielt, Mobilität einzuschränken und Straßen am besten nicht mehr zu bauen oder sie irgendwo in der Landschaft stehen zu lassen. Ich finde es nur amüsant, wie Sie sich auf Barack Obama berufen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Mobilität ist die Grundlage unserer arbeitsteiligen Gesellschaft, und sie ist daher von größter Bedeutung für den Standort Schleswig-Holstein sowie für die Lebensqualität der Menschen hier im Land. Dass es damit nicht immer zum Besten steht, zeigt die **Zustandsbewertung der Landesstraßen** des ADAC aus dem Jahr 2006. Hier sind noch viele Wünsche offen, das ist gar keine Frage. Wir müssen einen zum Teil katastrophalen Zustand der Verkehrswege beklagen. Das schädigt die Wirtschaft und auch den Tourismus, der letztlich in Schleswig-Holstein zur Wirtschaft gehört. Der ADAC stellt in seiner Analyse einen Finanzbedarf von 100 Millionen € fest, um allein die schleswig-holsteinischen Landesstraßen

in ihrem derzeitigen Zustand zu belassen, sie also zu erhalten. Ein Blick in den Bericht der Landesregierung zeigt, dass der Betrag von 100 Millionen € - gemessen an dem, was jährlich in die schleswig-holsteinischen Landesstraßen investiert wird - ein ganz erheblicher Betrag ist.

In den letzten zehn Jahren - zwischen 1998 und 2007 - sind 133 Millionen € in die Sanierung der Landesstraßen geflossen. Es ist also im Bereich der Straßenunterhaltung noch viel zu tun, um insbesondere den von Ihnen in Ihrer Mitregierungszeit angelaufenen **Investitionsstau** abzubauen, Herr Kollege Matthiessen. Das muss man Ihnen lassen: Sie waren recht erfolgreich darin, vieles, was wichtig gewesen wäre, nicht zu verhindern, aber zumindest zu verzögern. Damit haben im Zweifel auch die Kolleginnen und Kollegen der Großen Koalition heute noch zu kämpfen.

Die verkehrliche Belastung wird in Zukunft zweifelsohne eher zunehmen als abnehmen. Auch hier nennen Sie eine falsche Grundvoraussetzung, die Sie ständig wiederholen. Allein durch ständiges Wiederholen wird das auch nicht richtig.

Durch die EU-Osterweiterung und durch die Realisierung der festen Fehmarnbelt-Querung wird **Schleswig-Holstein** noch mehr zum **Transitland**. Das sieht im Übrigen die Landesregierung auch ähnlich, denn sie rechnet ausweislich der Beantwortung der Großen Anfrage selbst mit einem steigenden Mittelbedarf für den Ausbau und den Erhalt der Verkehrsinfrastruktur.

Angesichts der desolaten Finanzlage des Bundes, des Landes und der Gemeinden werden also marktwirtschaftliche und insbesondere wettbewerbliche Elemente für Konzeption, Planung, Finanzierung, Bau und Betrieb dieser verkehrlichen Infrastruktur immer wichtiger werden. Schaut man sich die Beantwortung der Fragen durch die Landesregierung an, wird offensichtlich, dass Lösungen dringend erforderlich sind, die mit den gegebenen **finanziellen Rahmenbedingungen** ein **Maximum an Nutzen** generieren können. Das ist derzeit, lieber Kollege Arp, offensichtlich noch nicht ganz der Fall.

Ich bin der Auffassung, dass wir nur mit einem **Gesamtverkehrskonzept** unter Abwägung der verkehrspolitischen Erfordernisse und der finanziellen Möglichkeiten genau diese Maßgaben erfüllen können. Die Beantwortung der Großen Anfrage lässt zumindest erahnen, dass die Landesregierung allmählich auf dem Weg zu einem solchen Gesamtverkehrskonzept ist. Zumindest - und das findet unsere ausdrückliche Zustimmung - findet mittlerwei-

(Dr. Heiner Garg)

le eine **Prioritätensetzung** statt: Realisierung der A 20 mit westlicher Elbquerung vor Fehmarnbelt-Querung und vor Ausbau der A 7.

Diese Prioritäten - das will ich ganz deutlich sagen - sind richtig und finden unsere volle Unterstützung.

Lassen Sie mich kurz auf die für uns wichtigsten Verkehrsprojekte der Zukunft eingehen, denn ich denke, letzten Endes ist es ziemlich müßig, über die Erfolge und Misserfolge der Vergangenheit zu reden, wenn ganz erhebliche Investitionserfordernisse vor uns liegen.

Das für Schleswig-Holstein nach wie vor wichtigste Verkehrsprojekt ist zweifelsohne der Ausbau der Autobahn **A 20** - die entscheidende Ost-West-Verbindung im Norden Deutschlands.

(Beifall bei FDP, CDU, SSW und des Abgeordneten Bernd Schröder [SPD])

Nachdem die A 20 zwischen der A 1 bei Lübeck und der A 11 an der polnischen Grenze mittlerweile durchgängig befahrbar ist, wird es höchste Zeit, dass genau dieses Projekt auch in Schleswig-Holstein weitergeht. Durch die **westliche Elbquerung** und die Anbindung an die in Niedersachsen geplante A 22 - das ist kein Landweg und keine Feldstraße, das ist die geplante A 22 - werden bedeutende wirtschaftliche Impulse für ganz Norddeutschland gesetzt, die Schleswig-Holstein dringend benötigt.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Niedersachsen hat sie nicht angemeldet!)

- Herr Kollege Hentschel, wenn Sie dort regieren würden, würden wir sie nie kriegen, das weiß ich auch.

(Beifall bei FDP und CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Niedersachsen wollen sie nicht!)

- Nein, Sie regieren in Niedersachsen Gott sei Dank nicht, und das wird auch noch eine ganze Weile so bleiben.

Vor diesem Hintergrund unterstützen wir das Verkehrsministerium eindeutig

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- ich sage das noch einmal: ich bin jetzt dran, und Sie können sich zu einem Dreiminutenbeitrag melden -, bis 2010 alle Planfeststellungsbeschlüsse zu erlangen und bis 2015 alle Straßenbauabschnitte fertiggestellt zu haben. Ein Ausbau der B 404 zur

A 21 sowie der Ausbau der A 7 müssen aber genauso zügig und konsequent erfolgen.

Ein weiteres entscheidendes Projekt für die zukünftige verkehrliche Entwicklung Schleswig-Holsteins ist und bleibt aus unserer Sicht die **festen Fehmarnbelt-Querung**. Für die FDP-Fraktion steht fest, dass das zu entwickelnde Konzept mehr beinhalten muss als den vierspurigen Ausbau der B 207 und den zweigleisigen Ausbau der Bahnstrecke Bad Schwartau-Puttgarden. Denn durch diese Maßnahmen ist das **Hinterland** noch nicht ausreichend an die Fehmarnbelt-Brücke **angebunden**. Was nützt eine vierspurige Belt-Querung, wenn sich vor der weiterhin zweispurigen Fehmarnsund-Brücke lange Staus bilden werden? Es ist völlig absurd anzunehmen, dass das prognostizierte Verkehrsaufkommen über die derzeitige Brücke abgewickelt werden kann. Was bringt eine zweigleisige Querung des Fehmarnbelts, wenn die Fehmarnsund-Brücke weiterhin nur eingleisig zu befahren ist? Verstopfte Schienen und eine dadurch entstehende mangelhafte Taktung der Züge kann nicht wirklich sinnvoll sein.

Was nützt die Investition, wenn nicht gleichzeitig die Anbindung der Westküste und der Region Kiel an die Fehmarnbelt-Brücke in einem Gesamtzusammenhang entwickelt werden? - Gesamtzusammenhang heißt: Die Entwicklung muss parallel, also zeitgleich, laufen.

(Beifall des Abgeordneten Günther Hildebrand [FDP])

Es darf schlicht nicht sein, dass die positiven wirtschaftlichen Effekte der festen Fehmarnbelt-Querung allein auf die Region entlang der A 1 beschränkt werden. Es ist notwendig, eine leistungsfähige Verkehrsanbindung zu schaffen, die die Wachstumsimpulse auch in den nordöstlichen und zentralen Teil Schleswig-Holsteins ausstrahlt. Ich glaube, hier ist noch eine ganze Menge Arbeit zu leisten.

Was sicherlich nicht ausreicht - das will ich auch deutlich sagen, Herr von Boetticher -, ist mittlerweile die Haltung der Landesregierung bei der Anbindung der **K.E.R.N.-Region** an den **Hamburger Flughafen**. Seit Jahrzehnten wird diskutiert, wird vorgeplant und wieder verworfen.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Am 26. April 2006 präsentierte der Wirtschaftsminister dem Wirtschaftsausschuss **zwei Gutachten**, eines von der LVS und ein weiteres von der Intra-

(Dr. Heiner Garg)

plan Consult GmbH. Beide Gutachten kommen durchaus zu dem Ergebnis, dass das Vorhaben einer Anbindung aus dem bestehenden Schienennetz an den Hamburger Flughafen nicht aussichtslos, sondern zumindest prüfenswert sei. Dieses Ergebnis hat aber offensichtlich einigen in der Regierung nicht in den Kram gepasst, woraufhin ein zweites Gutachten bei der Intraplan in Auftrag gegeben wurde. Nur wurde jetzt der Auftrag ein wenig abgeändert - und zwar ein wenig perfide abgeändert -, indem man schlicht den Streckenverlauf bereits vorgegeben hat.

Und prompt lautete das Ergebnis, es rechne sich nicht mehr. Es wird also erneut umgeplant. Und nun soll der Ausbau der AKN-Strecke Eidelstedt-Kaltenkirchen weiter forciert werden. Außerdem - so die Argumentation hinter vorgehaltener Hand - gebe es ohnehin mittlerweile die S-Bahn-Anbindung vom Hamburger Hauptbahnhof.

Ich sage, an der Stelle ist wirklich noch Nacharbeit zu leisten. Ich bin fest davon überzeugt, dass wir die **Schieneanbindung** an den **Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel** brauchen, und ich bin auch davon überzeugt, dass, wenn man den Willen hat, diese Schieneanbindung von Kiel über Hamburg-Hauptbahnhof bis Hamburg-Fuhlsbüttel möglich sein müsste.

(Beifall der Abgeordneten Detlef Matthiesen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Lassen Sie mich noch kurz auf das sogenannte **Konjunkturpaket II** zu sprechen kommen, auch wenn wir uns morgen ausführlich darüber unterhalten.

Nach den Aussagen des Wirtschaftsministers in den vergangenen Sitzungen des Wirtschaftsausschusses werden Schleswig-Holstein ungefähr Mittel in Höhe von 144 Millionen € zur Verfügung stehen, die in die Verkehrsinfrastruktur fließen.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Herr Kollege, die Zeit!

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin, das ist mein letzter Satz! - Der Kollege Schröder hat recht. Die Frage ist nur, warum die süddeutschen Bundesländer immer zuerst da waren. Die waren mit ihren Planungen fertig, die hatten die Projekte schon immer in der Schublade und brauchten sie bloß herauszuziehen. Unsere Kunst wird jetzt darin bestehen, wirklich

schon fertig geplante Projekte möglichst schnell herauszuziehen, damit die Gelder dafür abgerufen werden können,

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

damit wir den Nachteil, den unsere Verkehrsinfrastruktur nach wie vor hat, möglichst schnell aufholen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Dr. Garg. - Das Wort für den SSW im Landtag hat nun Herr Abgeordneter Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vorweg möchte ich feststellen, dass die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Grünen insofern sehr zufriedenstellend ausgefallen ist, als sie zu den Fragestellungen 1 und 2 einen guten Überblick verschafft - sofern es in der Hand der Landesregierung lag, dies überhaupt zu beantworten -, wie viele Mittel im nachgefragten Zeitraum in den Neubau, den Ausbau beziehungsweise die Sanierung von Verkehrsinfrastruktur geflossen sind. Das sind sehr wichtige statistische Angaben, die wir sicherlich auch noch in den folgenden Debatten in den nächsten Jahren nutzen können. Hierfür möchte ich mich ausdrücklich beim Wirtschaftsministerium bedanken.

Dass der Bund und auch die Deutsche Bahn AG sich nicht in der Lage sahen, diese Fragen zu beantworten, ist bedauerlich.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auf jeden Fall bleibt festzuhalten, dass die Landesregierung hier Fleißarbeit geleistet hat.

Die weitaus interessanteren Antworten finden wir aber in den anderen Teilen der Großen Anfrage. Sie stellen zwar keine Neuigkeiten dar, bestätigen aber in weiten Bereichen die Kritik des SSW an den Verkehrsprojekten des Landes und insbesondere die **Prioritätenliste der Landesregierung**. Demnach sind die Schlüsselprojekte die A 20 mit westlicher Elbquerung, die feste Fehmarnbelt-Querung mit Straßen- und Schienenhinterlandanbindung, der Ausbau der Nord-Süd-Achsen A 7 und A 21 und der Ausbau der Schienenstrecken nach Skandinavien.

(Lars Harms)

Die A 20 mit der westlichen Elbquerung sowie die feste Fehmarnbelt-Querung mit Straßen- und Schienenhinterlandanbindung sind nur zwei Großprojekte, die in erheblichem Maß die Gelder für die Zukunft binden werden. Nichtsdestotrotz halten wir natürlich daran fest, dass die A 20 mit der **westlichen Elbquerung vorrangig umgesetzt** werden muss. Dass die feste Elbquerung demnach erst für 2017 angestrebt wird, stellt uns wenig zufrieden, wenn man bedenkt, wie schnell im Vergleich die feste Fehmarnbelt-Querung umgesetzt werden soll. Da redet man von 2018. Ich hätte mir für die A 20 und die westliche Elbquerung das gleiche Engagement vonseiten der Landesregierung gewünscht, wie sie sie für die feste Fehmarnbelt-Querung zeigten. Es ist daher auch bedauerlich, dass die Landesregierung in ihrer Aussage nicht konkreter wird, sondern das Ganze nur als Ziel festlegt, jedenfalls wenn wir über den Termin der Fertigstellung der Elbquerung reden. Ich möchte dazu noch anfügen: Als Herr Minister Austermann hier als Minister im Jahr 2005 anfang, sprach er noch von 2015. Jetzt reden wir schon von 2017. Ich glaube, zu Beginn der Diskussion sollte die schöne Elbquerung schon 2005 fertiggestellt werden, und es passiert nichts.

(Zuruf von der CDU: Weshalb denn?)

Das liegt auch daran, dass falsche Prioritäten gesetzt werden.

(Beifall beim SSW)

Ich komme auf das andere Großprojekt zurück. Ich kann nur sagen, dass die Antwort der Landesregierung wieder einmal deutlich macht, dass die **festen Fehmarnbelt-Querung** auf deutscher Seite von vorne bis hinten nicht vernünftig durchdacht ist. Der Antwort ist zu entnehmen, dass eine zusätzliche Brücke über den Fehmarnsund nach derzeitigem Planungsstand nicht vorgesehen ist. Daher bleibt es bei meiner Kritik: Entweder die prognostizierten enormen Verkehrszuwächse entstehen durch die Fehmarnbelt-Querung - dann ist der Ausbau der Hinterlandanbindung und hierbei insbesondere eine **zusätzliche Sundquerung** unabdingbar -, oder das Verkehrsaufkommen bleibt, wie es ist, mit einem geringen Zuwachs - dann brauchen wir keine zusätzliche Sundquerung und erst recht keine Fehmarnbelt-Querung.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn die Landesregierung sich aber dahin gehend äußert, dass keine zusätzliche Brücke über den Fehmarnsund benötigt wird, kann ich nur schlussfol-

gern, dass sie selbst nicht an das prognostizierte Verkehrsaufkommen glaubt.

(Beifall beim SSW - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Welches denn?)

Ein Straßenverkehrsprojekt, das nach Auffassung des SSW im wahrsten Sinne des Wortes zu kurz kommt, ist der **sechsstreifige Ausbau** der **A 7**. Der Ausbau muss nach Auffassung des SSW bis zur dänischen Grenze durchgeführt werden. Nicht umsonst gibt es auf dänischer Seite Überlegungen, die Jütland-Autobahn auszubauen. Denn das dänische Institut für Transportstudien in Padborg geht in einem Gutachten davon aus, dass sich allein das Transportaufkommen Dänemarks bis 2025 auf etwa 120 Millionen t verdoppeln wird. Dieser dramatische Verkehrsanstieg sagt etwas darüber aus, vor welchen Herausforderungen wir beim Thema Infrastruktur stehen. Nach Angaben des Instituts wird der weitaus größte Teil dieses Anstiegs, auch wenn die feste Fehmarnbelt-Querung stehen sollte, über die Jütland-Route verlaufen.

Auch was den **Ausbau der B 5** angeht, sind wir als SSW mit der Antwort der Landesregierung nicht zufrieden. Denn der Antwort ist zu entnehmen, dass der Ausbau von Tönning bis Husum dreistreifig erfolgen soll. Doch die B 5 geht natürlich weit über Husum hinaus. Hier sieht die Landesregierung anscheinend keinen Bedarf, etwas an der schlechten Situation zu verbessern.

Wer es mit der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ernst meint, der muss auch dafür Sorge tragen, dass die notwendige Infrastruktur vorgehalten wird. Insbesondere muss man, wenn man von zwei Achsen in Nord-Süd-Richtung spricht, diese Achsen auch entsprechend ausbauen.

(Beifall beim SSW)

Aber auf diesen Aspekt werden wir heute Nachmittag in der nächsten Debatte zurückkommen.

Für den **Schieneverkehr in Nord-Süd-Richtung** gilt das Gleiche. Auch hier hat Schleswig-Holstein Projekte, die von großer Bedeutung für das Land sind. Da wären zum Beispiel die Eisenbahnbrücken über den Nord-Ostsee-Kanal, die den Schienenverkehr nicht mehr reibungslos fließen lassen. Da kann die Sanierung der Brücke in Rendsburg nur ein Anfang sein. Damit halten wir zwar den Status quo, schaffen es aber nicht, den Engpass über dem Nord-Ostsee-Kanal wirklich zu beseitigen. Verbesserungen brauchen wir auch beim Schienenengpass Pinneberg-Elmshorn. Doch für den Schienenausbau

(Lars Harms)

gibt es vonseiten des Bundesverkehrsministeriums und der DB AG laut Antwort auf die Große Anfrage keine konkrete Planung.

Eine weitere wichtige Verbindung, die das Land beziehungsweise Pendler schnell voranbringen würde, wäre die zügige Schienenverbindung zwischen **Kiel** und **Hamburg**. Der **Schienenflieger** hätte den Reiz, bestehende Verkehrsströme besser abzuleiten und neuen Schienenverkehr zu schaffen, um so mehr Pendler in die Bahn zu bringen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zwar soll nach dem Ausbau der Strecke Hamburg-Quickborn-Norderstedt-Kaltenkirchen die K.E.R.N.-Region besser angebunden werden. Aber dies ist eben nur eine Notlösung. Wir wollen lieber den großen Schritt machen und tatsächlich den Schienenflieger auf die Schiene setzen.

Generell möchte ich für den SSW klarstellen, dass wir zwar der Auffassung sind, dass mit den Schienenverkehrsprojekten im Großen und Ganzen wichtige Projekte vorangebracht werden; doch wir sehen auch, dass an der Westküste noch mehr getan werden müsste, so zum Beispiel beim Ausbau der Bahnhöfe oder auch wenn es um die durchgehende Zweigleisigkeit geht. Diese Probleme müssen nach unserer Ansicht mindestens den gleichen Stellenwert haben wie die Umsetzung anderer Projekte.

Unter dem Strich bleibt für uns festzuhalten, dass das **Ambitionsniveau** der Landesregierung sehr hoch ist, was im Prinzip auch gut ist, aber die **Prioritätensetzung** bei der derzeitigen Haushaltslage absolut falsch ist. Durch Großprojekte wie die feste Fehmarnbelt-Querung versperren wir uns für lange Zeit die Möglichkeit, die wirklich wichtigen Verkehrsprojekte voranzubringen. Das bestätigt die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage sehr deutlich.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Abgeordneten Harms. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Es ist Ausschussüberweisung beantragt worden. Die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage, Drucksache 16/2399, soll zur abschließenden Beratung federführend dem Wirtschaftsausschuss und mitberatend dem Finanzausschuss überwiesen werden. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist so beschlossen.

Ich folge gern dem Hinweis des Landtagspräsidenten. Wir setzen die Tagung um 15 Uhr mit Tagesordnungspunkt 16 fort.

(Unterbrechung: 12:44 bis 15:02 Uhr)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte, Platz zu nehmen. Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich unsere Besucher herzlich begrüßen. Es sind Justizsekretärinwärterinnen und -anwärter beim Landgericht Lübeck sowie Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Kaltenkirchen und eine Seniorengruppe der Volkshochschule Norderstedt. - Ich darf Sie alle herzlich begrüßen!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

Bildung einer grenzüberschreitenden Arbeitsgruppe zum Ausbau der Infrastruktur im deutsch-dänischen Grenzland

Antrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/2379

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Gruppe des SSW im Landtag dem Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor etwas mehr als einem Monat haben sich Vertreter der Wirtschaft und von Verbänden aus der deutsch-dänischen Grenzregion in Flensburg zu einer Konferenz getroffen und mit deutschen und dänischen Politikern und Wirtschaftsfachleuten diskutiert. Herausgekommen ist der Wunsch, formuliert durch die IHK Flensburg, eine **Infrastrukturkommission** für die **grenzüberschreitenden Verkehrsprojekte** an der deutsch-dänischen Grenze zu bilden.

(Unruhe)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Einen Moment, bitte. Es redet Herr Harms und sonst niemand, bitte!

Lars Harms [SSW]:

Hiermit verbunden ist eine Feststellung, die immer wieder zutage tritt: Im Norden unseres Landes bewegt sich im Hinblick auf den Ausbau der Verkehrsverbindungen immer noch herzlich wenig.

Nun ist klar, dass wir kurzfristig auch nicht mehr erwarten können. Bis zum Jahr 2015 ist im Bundesverkehrswegeplan alles festgezurr. Was wir aber erwarten können, ist, dass sich mittelfristig endlich etwas bewegt. Das setzt voraus, dass jetzt schon die Initiative ergriffen wird, um endlich nach Jahren des Stillstands einen Schritt voranzukommen. Dabei hat der Gedanke der IHK Flensburg und des Udviklingsråd Sønderjylland, die Projekte auch als internationales, quasi transeuropäisches Projekt zu sehen, einen gewissen Charme.

Betrachtet man nämlich die Bedeutung der **Jütlandroute** für den Güterverkehr, so wird deutlich, dass dieses der richtige Ansatz ist. 6.000 Lkw kreuzen täglich die Grenze bei Flensburg. Beim TEN-Projekt Fehmarnbelt-Querung sind es nach den maximalen Schätzungen höchstens 1.300 Lkw, wenn überhaupt. Wir haben also auf unserer A 7 im Norden schon jetzt ein fast fünfmal so hohes Verkehrsaufkommen als vielleicht in einigen Jahren beim Prestigeobjekt der Landesregierung, ohne dass die A 7 allerdings im Norden bedarfsgerecht ausgebaut wäre. Betrachtet man die Pkw, so ist die Relation wohl ungleich mehr zugunsten der Bedeutung der A 7 verschoben.

Die Landesregierung hat deshalb jetzt die Verpflichtung, gerade die Landbrücken nach Skandinavien auf Vordermann zu bringen. Dabei wird eine enge Zusammenarbeit in einer Infrastrukturkommission nur von Vorteil sein.

Völlig außen vor habe ich aber bisher die **B 5** an der **Westküste** gelassen. Auch insoweit wird mehr und mehr sichtbar, dass diese Route auf beiden Seiten der Grenze eine immer größere Bedeutung erhält. Auch hier muss jetzt schon an den Stellschrauben gedreht werden, damit sich nach 2015 etwas bewegen kann, und auch hier wäre es angebracht, gemeinsam mit der dänischen Seite Ausbauprojekte zu planen und zu beantragen. Das würde die Wahrscheinlichkeit für ein erfolgreiches Durchsetzen der so wichtigen Projekte um ein Vielfaches erhöhen.

Eine Infrastrukturkommission brauchte sich aber darüber hinaus nicht nur um Straßenprojekte zu kümmern, sondern sollte natürlich auch den **grenzüberschreitenden Bahnverkehr** im Auge haben.

Deshalb ist der Vorschlag der **IHK Flensburg** und des **Udviklingsråd in Sønderjylland**, eine Infrastrukturkommission einzurichten, richtig. Die Landesregierung muss nur diesen Vorschlag aufgreifen und eine Initiative zur Bildung einer solchen Kommission ergreifen. Nach unserer Auffassung müssen von deutscher Seite aus politische Vertreter und Fachleute von Bund, Land und den betroffenen Kreisen beziehungsweise aus Flensburg dabei sein, des Weiteren muss auch die Wirtschaft entsprechend vertreten sein, das heißt sowohl das produzierende Gewerbe als auch zum Beispiel der Tourismus dort oben im Norden.

Aufgabe des Landes ist es weiterhin, den offiziellen Kontakt nach Dänemark zu suchen, um auch dort für die Infrastrukturkommission zu werben. Laut Pressemitteilung der IHK Flensburg will der dänische Transportminister den Vorschlag für eine Infrastrukturkommission fördern. Die Türen stehen also offen, und die Landesregierung muss nur noch hindurchgehen.

Eine Infrastrukturkommission könnte relativ schnell Arbeitsergebnisse und gemeinsame Planungen vorlegen, die dann auch in die übergeordneten Planungen der beiden Länder Dänemark und Deutschland einfließen könnten. Wenn es also die Landesregierung mit dem Versprechen, auch den Norden weiterentwickeln zu wollen, ernst meint, dann greift sie diese basisnahe Initiative aus der Wirtschaft und aus den nördlichen Landesteilen auf.

Hierzu soll unser Antrag einen Anstoß geben. Deshalb bitte ich um Zustimmung.

(Beifall beim SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Lars Harms. - Für die CDU-Fraktion hat nun der Herr Abgeordnete Johannes Callsen das Wort. - Ich sage noch einmal: Sie sind unverhältnismäßig laut, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Johannes Callsen [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Dänemark hat für die CDU-Fraktion einen hohen Stellenwert, weil Erfolge dieser Kooperation nicht nur den Landesteil Schleswig voranbringen, sondern auf das ganze Land und seine Brückenfunktion im gesamten Ostseeraum ausstrahlen. Gerade dem Infrastrukturausbau im

(Johannes Callsen)

deutsch-dänischen Grenzgebiet hat die CDU-geführte Landesregierung daher seit 2005 besondere Aufmerksamkeit gewidmet. - Wir haben schon im vergangenen Jahr hier in diesem Haus sehr ausführlich über die Fortschritte bei den einzelnen Verkehrsprojekten diskutiert. - Dabei hat für uns konkretes Handeln in Abstimmung mit allen Beteiligten Vorrang vor möglicherweise endlosen Sitzungen in Arbeitsgruppen.

(Beifall der Abgeordneten Frauke Tengler
[CDU])

Ich erinnere daran, dass Ministerpräsident Peter Harry Carstensen und der Regionsratsvorsitzende von Syddanmark, Carl Holst, am 20. Mai vergangenen Jahres das „Gemeinsame Papier zum grenzüberschreitenden Verkehr und zur Mobilität von Schleswig-Holstein und der Region Syddanmark“ unterzeichnet haben. Es wäre gut, lieber Herr Kollege Harms, wenn auch der SSW dieses Papier erwähnt und entsprechend anerkannt hätte.

Noch einmal zur Erinnerung: In der **Vereinbarung** wird genau festgehalten, welche Infrastrukturprojekte im Jütlandkorridor erforderlich sind, nämlich im Wesentlichen der Bau der A 20 mit fester Elbquerung, der sechsspurige Ausbau der A 7 zwischen Hamburg und Bordsesholm, der weitere Ausbau der A 23 und der B 5, der Ausbau der B 199 im Bereich Handewitt, die Sanierung der Eisenbahnhochbrücke in Rendsburg sowie der Ausbau der Bahnstrecken Pinneberg-Elmshorn und Niebüll-Westerland und natürlich Verbesserungen auf der Bahnstrecke Niebüll-Tondern. Diese Projekte wurden gemeinsam beschlossen und werden nun umgesetzt, um die Transitmöglichkeiten über die Jütlandlinie zu verbessern. Damit steht also die Kernforderung der eben erwähnten Flensburger Konferenz, die überregionale Erreichbarkeit des **deutsch-dänischen Wirtschaftsraums** zu sichern, ganz oben auf der Agenda dieser Landesregierung und wird umgesetzt.

Dafür danke ich insbesondere unserem Verkehrsminister Dr. Werner Marnette und seinem Vorgänger Dietrich Austermann, die Schleswig-Holstein durch ihre Arbeit exzellente Infrastrukturanbindungen an umliegende Regionen und Länder in alle Himmelsrichtungen ermöglichen.

(Beifall bei der CDU)

Es ist gut - das sage ich nach entsprechender Presseberichterstattung, gerade in Dänemark -, dass mittlerweile auch der dänische Verkehrsminister noch Nachbesserungsmöglichkeiten für den Ausbau der dänischen Infrastruktur in Nordschleswig sieht.

Weitere Maßnahmen auf deutscher Seite müssen sich immer auch an den **verkehrswirtschaftlichen Notwendigkeiten** messen lassen. Für mich ist es selbstverständlich, dass bei der Bewertung einzelner Infrastrukturprojekte - die Vorschläge der Grenzregion liegen ja vollständig auf dem Tisch - Dänemark und Deutschland eng zusammenarbeiten und Lösungen suchen, auch mit Blick auf den nächsten Bundesverkehrswegeplan. Wir haben bereits bei der Debatte im vergangenen Jahr betont, dass die Grenzregion und ihre Interessen in die Verkehrsplanung einbezogen werden. Das gilt für die Kreise im Norden ebenso wie für die Region Schleswig-Sønderjylland und natürlich auch für die Institutionen aus der Wirtschaft in Schleswig-Holstein und in Dänemark. Deshalb freut es mich - ich wiederhole mich ein Stück weit -, dass alle wesentlichen Verkehrsprojekte, die die Region Schleswig-Sønderjylland in einer Resolution im November 2008 und die die Kreistage Nordfriesland und Schleswig-Flensburg sowie die Ratsversammlung der Stadt Flensburg im Frühjahr 2008 gefordert haben, bereits von der Landesregierung in Angriff genommen und bearbeitet wurden.

Lieber Herr Kollege Harms, von Stillstand kann an dieser Stelle keine Rede sein. Für uns als CDU bleibt es eine politische Forderung, dass die A 7 langfristig bis zur dänischen Grenze ausgebaut wird, so wie wir es im Übrigen auch im Koalitionsvertrag festgelegt haben.

Denkbar ist in diesem Gesamtzusammenhang die weitere Intensivierung der bereits bestehenden **deutsch-dänischen Konferenzen**, in denen in regelmäßigen Abständen über die Projekte beraten wird, die dann auf nationaler Ebene gemeinsam abgestimmt und vorgebracht werden. Der **Wirtschaftsausschuss** des Landtages und der der Region Süddänemark sind ebenso über die Infrastrukturverbesserungen im Gespräch. Nachdenken kann man auch über eine **deutsch-dänische Verkehrskommission**.

Für die deutsch-dänische Grenzregion allerdings ist es vorrangig, dass unabhängig von irgendwelchen Gremien die bereits geforderten Projekte von den Regierungen zügig umgesetzt werden und auch in Zukunft geprüft wird, ob Nachbesserungen oder der Ausbau der Infrastruktur im Norden notwendig sind. Es besteht daher keinerlei Anlass für die Befürchtung, dass Regierung und Parlament den Landesteil Schleswig vernachlässigen würden. Das Verkehrsministerium bindet bei der Planung der Verkehrsinfrastruktur im Norden die deutsch-dänische Region eng mit ein und wird dies auch weiter-

(Johannes Callsen)

hin tun - im Interesse der Region und des ganzen Landes. Darüber, wie wir das am besten organisieren, sollten wir im Wirtschaftsausschuss gemeinsam miteinander beraten.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Callsen. - Für die SPD-Fraktion hat nun der Herr Abgeordnete Bernd Schröder das Wort.

Bernd Schröder [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Callsen, bei allem Respekt - es hat auch schon vor 2005 Straßenverkehrsverbindungen im nördlichen Bereich und gute Kontakte und Zusammenarbeit zwischen Dänemark und Schleswig-Holstein gegeben. Das fängt nicht erst 2005 mit den christdemokratischen Verkehrsministern an. Bei allem Wohlwollen darf ich in aller Bescheidenheit daran erinnern, dass wir schon eine Menge daran gearbeitet haben.

Zum SSW-Antrag. Ich rufe in Erinnerung, dass sich - wie Kollege Callsen völlig richtig gesagt hat - Ministerpräsident Carstensen und Carl Holst am 20. Mai vergangenen Jahres in Padborg getroffen und vereinbart haben, die Nord-Süd-Verkehrsverbindungen intensiver aufeinander abzustimmen und gemeinsam zu planen. Das „**Gemeinsame Papier zum grenzüberschreitenden Verkehr** und zur Mobilität von Schleswig-Holstein und der Region Syddanmark“ wurde unterzeichnet. Es definiert Ausbauerfordernisse im Jütlandkorridor, die sowohl für den Landesteil Schleswig als auch für die südwestliche Region Dänemarks bedeutsam sind.

Nur zehn Tage später, am 30. Mai 2008, hat dieses Hohe Haus einen gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU und SPD beschlossen, mit dem die Initiativen der Landesregierung zur Verbesserung der Infrastruktur im Landesteil Schleswig und der deutsch-dänischen Verkehrswege unterstützt werden. Ich nenne in Schlagworten: Bau der A 20 mit westlicher Elbquerung, Ortsumgehung Hattstedt-Bredstedt, Neubau der Schleibrücke Lindaunis, Ausbau der A 7 zwischen Hamburg und Bordschholm, der Bahnstrecke Niebüll-Tondern-Esbjerg und der B 199 bei Handewitt, Grundinstandsetzung der L 192 und Modernisierung der Bahnstrecke Hamburg-Westerland, Planung der dreistreifigen Verkehrsführung der B 5, Ersatzbauwerk für die Rendsburger Hochbrücke, Einsatz für die tideunabhängige Anbindung der Inseln.

Ich wiederhole, was Herr Kollege Hölek - er ist im Moment nicht da - bereits am 30. Mai 2008 als Redner gesagt hat und was nach wie vor Bestand für uns alle hat:

„Kein Landesteil darf aus verkehrstechnischer Sicht benachteiligt werden. Leistungsfähige Verkehrsverbindungen auf beiden Seiten der Grenze sind ein wesentlicher Baustein für das Zusammenwachsen der Region.“

Das hat nach wie vor Aussagekraft.

Es bleibt jedoch dabei: Die **festen Fehmarnbelt-Querung** mit ihren Hinterlandanbindungen hat für uns nach der A 20 allerhöchste Priorität. Das wird aber nicht dazu führen, dass der Landesteil Schleswig - Kollege Callsen hat das völlig richtig gesagt - abgehängt wird. Im Übrigen wird die Fehmarnbelt-Querung zu einer Entlastung der A 7 in unserem nördlichen Landesteil sowie im südlichen Jütland führen, denn sie erspart 160 km Fahrstrecke.

Mit dem erst vor acht Monaten beschlossenen gemeinsamen Papier haben sich Schleswig-Holstein und Dänemark ausreichend abgestimmt. Die SPD-Fraktion ist davon überzeugt, dass auch künftig **deutsch-dänische Konferenzen** in regelmäßigen Abständen durchgeführt werden.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ich erinnere daran, dass eine ganze Reihe von Veranstaltungen genau zu diesem Zweck durchgeführt werden und dazu dienen. In den letzten Jahren sind Veranstaltungen in der Regel zum Beispiel von der IHK durchgeführt worden, und zwar mit vielen Teilnehmern von beiden Seiten. Es sind Konferenzen, es sind **gemeinsame Wirtschaftsausschusssitzungen** durchgeführt worden. Die dänischen Kollegen sind hier in Kiel gewesen. Es gibt Kontakte und Konferenzen der verschiedenen Parteien. Aktuell läuft eine ganze Menge zwischen Schleswig-Holstein und Dänemark.

Vor diesem Hintergrund und den hier aufgezeigten Aktivitäten erkenne ich genauso wie der Herr Kollege Callsen überhaupt keine Notwendigkeit, dass es zusätzlich eine Arbeitsgruppe geben muss, die diesen ganzen Bereich auch noch beackert. Lieber Lars Harms, wer bei der Veranstaltung der IHK war,

(Lars Harms [SSW]: War ich!)

dort kein Wort gesagt hat und jetzt hier eine große gemeinsame neue Kommission fordert - -

(Bernd Schröder)

(Lars Harms [SSW]: Sie haben auch kein Wort gesagt!)

- Ich bin auch gar nicht dort gewesen.

(Heiterkeit)

- Ich bin aber bei allen anderen Veranstaltungen gewesen und habe keine Anträge gestellt, sondern versucht, das hier mit zu bewegen und zu bearbeiten. Vor diesem Hintergrund und vor dem Hintergrund der Tatsache, dass wir hier **Bürokratie abbauen** wollen, glaube ich, brauchen wir keine Kommission. Wir sollten sehr ernsthaft mit unserem dänischen Nachbarn zusammenarbeiten und die Verkehrsinfrastruktur zum gemeinsamen Wohl ausbauen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Schröder. - Für die FDP-Fraktion hat nun der Herr Abgeordnete Dr. Heiner Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Lieber Kollege Schröder, jetzt muss ich mich aber doch wundern, wie Sie von einer Konferenz, an der Sie gar nicht teilgenommen haben, wissen, dass der Kollege Harms, der an dieser Konferenz teilgenommen hat, dort nicht das Wort ergriffen haben soll.

(Zuruf des Abgeordneten Bernd Schröder [SPD])

- Flurfunk.

(Zurufe von der SPD)

- Und die hat Ihnen berichtet, dass der Kollege Harms das Wort nicht ergriffen hat.

Lieber Kollege Callsen, lieber Kollege Schröder, ich wäre mit dem Anliegen des SSW nicht so hart ins Gericht gegangen, denn aus unserer Sicht ist das eine sinnvolle Forderung, die der SSW hier gestellt hat. Es geht darum, die Infrastruktur im deutsch-dänischen Grenzgebiet auszubauen. Das Anliegen ist völlig legitim. Auch wenn es berechtigte grundsätzliche Zweifel an Erfolgen von Arbeitsgruppen gibt, das gebe ich gerne zu, habe ich Sympathie für den SSW-Antrag. Am 15. Dezember 2008 gab es eine **Konferenz** - ich nehme an, diese meinen Sie - mit dem passenden Titel „Die **Zukunft der Verkehrsinfrastruktur** in der deutsch-dänischen Grenzregion“, an der neben dem Kollegen Harms und der

Kollegin Schlosser-Keichel, der IHK Flensburg und dem Entwicklungsrat Sønderjylland auch der Chef der Staatskanzlei, Heinz Maurus, als Redner teilgenommen hat. Diese Konferenz kam zu dem Ergebnis, die Landesregierung sollte sich nicht verschließen, eine solche Arbeitsgruppe ins Leben zu rufen.

Wenn ich mir die verkehrlichen Empfehlungen ansehe, die auf dieser Konferenz angesprochen wurden, der dreispurige Ausbau der A 7 von Bordsøholm bis zur dänischen Grenze, die Erweiterung der Bahnstrecke Hamburg-Fredericia, der kreuzungsfreie Ausbau der B 5 von Heide bis Esbjerg und die Sanierung der Rendsburger Eisenbahnhochbrücke, dann ist dieses Vorhaben wirklich unterstützenswert. Mit Ausnahme möglicherweise der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die bei dem einen oder anderen Verkehrsprojekt grundsätzlich eine andere Auffassung hat, gibt es hier im Haus doch überhaupt keine Differenzen über die angesprochenen Verkehrsprojekte.

(Beifall bei der FDP)

Wer die Mobilität der Bürger und eine funktionsfähige Wirtschaft sichern will, muss den Erhalt und den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur gewährleisten. Ich glaube, auch das ist heute Morgen bei der Antwort auf die Große Anfrage zu den Verkehrsprojekten in Schleswig-Holstein deutlich geworden. Selbstverständlich müssen auch die entsprechenden Maßnahmen getroffen werden. Dies gilt insbesondere für grenzüberschreitende Verkehre, die durch das zusammenwachsende Europa immer wichtiger werden.

Aus Sicht unserer Fraktion sind die grenzüberschreitenden Abstimmungen der Infrastrukturplanungen unterstützungswürdig. Wir halten es für sinnvoll, die Kompetenzen und Interessen auf beiden Seiten der Grenze zu bündeln und eine **abgestimmte Verkehrspolitik** für die Region Sønderjylland-Schleswig zu entwickeln.

Die Verkehrsinfrastrukturen in Deutschland und Dänemark sind so eng miteinander verknüpft und erfolgen zum Teil ganz erheblich über die **Jütland-Route** und damit durch die Region Sønderjylland-Schleswig. Insbesondere die Jütland-Route ist und bleibt für die dänischen Unternehmen das Tor nach Europa und für die deutschen Unternehmen das Tor nach Skandinavien. Lieber Herr Kollege Harms, das wird sicher auch nach dem Bau der festen Fehmarnbelt-Querung so bleiben.

Infrastrukturprobleme in Schleswig-Holstein betreffen folglich auch die dänischen Spediteure, Autofahrer und Bahnreisenden. Das Gleiche gilt natür-

(Dr. Heiner Garg)

lich auch umgekehrt: Infrastrukturprobleme in Dänemark haben nachteilige Auswirkungen für deutsche Unternehmen und Verkehrsteilnehmer.

Stimmen die Aussagen des dänischen Transportministers Lars Barfoed auch nur annähernd, dass Dänemark bis zum Jahr 2020 rund 20 Milliarden € in Straßen und Schienen investieren will, dann ist eine entsprechende Kooperation seitens der Landesregierung sicherlich nicht von Nachteil für die verkehrliche und wirtschaftliche Entwicklung Schleswig-Holsteins.

(Beifall bei der FDP)

Eine stärkere Koordination und Kooperation verbessert die Straßen- und Schienenverbindungen und damit die Erreichbarkeit beider Seiten der Grenze langfristig. Dies wird ohne Zweifel zur Zukunftsfähigkeit der gesamten Region beitragen. Dass eine solche Kooperation funktioniert, zeigt die Region bereits auf ganz hervorragende Weise im Bereich der Wirtschafts- und Standortpolitik. Seit 2007 arbeitet das deutsch-dänische Regionalmanagement bei der IHK Flensburg an der Umsetzung einer **grenzüberschreitenden Wirtschaftsentwicklungsstrategie**, und dies mit zunehmendem Erfolg.

Lieber Herr Kollege Harms, wenn Sie Ihren Antrag in der Sache zur Abstimmung stellen würden, dann würden wir Ihrem Antrag zustimmen. Selbstverständlich können wir ihn auch im Ausschuss beraten. Ich denke, hier geht es um eine Sache, die Sie schnell beschließen wollen. Unsere Zustimmung haben Sie.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Detlef Matthiessen.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir unterstützen den SSW-Antrag. Der Ausbau der Infrastruktur im Grenzland ist ein wichtiges Thema. Wir begrüßen die Einrichtung einer entsprechenden Arbeitsgruppe. Allerdings bedeutet Infrastruktur einiges mehr als lediglich Straßenbau.

Einerseits auf die feste Fehmarnbelt-Querung zu setzen und andererseits den Ausbau der Jütland-Route und eine Westküsten-Autobahn zu fordern, wie es unsere Landesregierung tut, halten wir für

Verschwendung von Steuergeldern. Was für die D-Mark galt, gilt für den Euro auch: Man kann ihn nicht zweimal, sondern nur einmal ausgeben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies zeigt einmal mehr die Einseitigkeit der Landesregierung, der bei Investitionen und Infrastrukturmaßnahmen einzig und allein der **Straßenbau** einfällt. Investitionen in die Infrastruktur sollten eben nicht überwiegend in den Ausbau des Straßennetzes gesteckt werden, sondern in den Ausbau neuer **Schiene**wege, insbesondere für den Güterverkehr.

Eine zukunftsfähige Verkehrsinfrastrukturpolitik kann aus unserer Sicht nur das Ziel haben, gewissenhaft und effizient mit unseren Ressourcen umzugehen. Nur der Verkehrsträger mit dem geringsten Energieaufwand für den Personenkilometer und den Tonnenkilometer ist nachhaltig. Dabei ist der Schienenverkehr gegenüber dem Straßenverkehr klar im Vorteil.

Im Schienenverkehr - egal ob für Güter oder für Personen - bleibt im Grenzland eine Menge zu tun. So ist die **Gütertrasse** von Flensburg über Rendsburg-Neumünster-Oldesloe und dann östlich an Hamburg vorbei eine schon lange erhobene grüne Forderung, die dem Grenzland und dem dänischen Nachbarn sehr wohl nutzen würde. Leider wurde nur vom dänischen Transportminister Lars Barfoed auf der Konferenz gesagt, dass zur Verkehrsinfrastruktur auch **Radwege, Fußwege und nicht-schienegebundener ÖPNV** zählen. Auch hier bleibt viel zu tun.

Der Schnellbus von Husum über Flensburg nach Sonderburg und die North Sea Cycle Route stellen einen Anfang dar. Vorstellbar ist jedoch sehr viel mehr.

Die Landesregierung sollte endlich aufhören, zum Klimaschutz nur Lippenbekenntnisse abzulegen. Sie sollte insbesondere auch in der **Infrastrukturpolitik** erkennen, dass dies ein wichtiger Bestandteil der **ökologischen Klima- und Energiewende** ist. Dieser Erkenntnis sollte sie Taten folgen lassen und radikal umdenken.

Der Ausbau der Infrastruktur im Grenzland beschränkt sich nicht nur auf die Verkehrsinfrastruktur. Dieser ist auch für den Austausch der Schulen im Grenzland wichtig, so zum Beispiel bezogen auf die Kooperation der Gymnasien in Niebüll und Tondern.

Wir wünschen, dass sich die einzurichtende Arbeitsgruppe auch mit solchen Themen befasst.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Als nächste Rednerin hat Frau Abgeordnete Anna Schlosser-Keichel das Wort.

Anna Schlosser-Keichel [SPD]:

Ich habe mich zu Wort gemeldet, um aufzuklären, wer denn nun da war und wer was gesagt hat oder auch nicht. Ich habe für die SPD-Fraktion an dieser Veranstaltung teilgenommen und habe natürlich Herrn Kollegen Schröder unterrichtet über die Diskussion, die nicht wir Landtagsabgeordnete geführt haben. Weder ich noch Herr Harms haben sich in die Diskussion eingemischt. Die Diskussion ist vielmehr von den Kommunalpolitikern, insbesondere aus Schleswig-Flensburg und Nordfriesland geführt worden,

(Beifall bei SPD und SSW)

von den Wirtschaftsvertretern und von den Personen des Podiums, insbesondere von Herrn Maurus und vom dänischen Transportminister, dessen Namen ich momentan nicht parat habe. Die Idee der Einrichtung einer Arbeitsgruppe, die die anstehenden Maßnahmen koordinieren könnte, ist rundum positiv aufgenommen worden, von Herrn Maurus vielleicht sogar noch positiver als vom dänischen Transportminister, der dieser Idee letztlich auch nähergetreten ist. Allerdings war man sich einig - so habe ich das zumindest wahrgenommen -, dass es kein bürokratisches und unbewegliches Konstrukt werden darf.

(Beifall bei SPD und SSW)

Ich denke, im Ausschuss zu beraten, wie man das schnell bewerkstelligen kann, ist eine gute Idee.

(Beifall bei SPD und SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Das Wort für einen weiteren Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter Lars Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich mich für das bedanken, was meine Banknachbarin Anna Schlosser-Keichel vorhin gesagt hat. Nichts anderes als das, was sie gesagt hat, wollen wir als SSW.

(Beifall beim SSW)

Es freut mich sehr, dass sie dargestellt hat, das Landtagsabgeordnete aus verschiedenen Fraktionen anwesend waren, um zu hören, was die Wirtschaft

von uns erwartet. Das ist uns sehr deutlich mitgeteilt worden. Es ist eine Podiumsdiskussion mit führenden Politikern geführt worden. Bei dieser Podiumsdiskussion, an der sowohl Vertreter der Politik als auch der Wirtschaft teilgenommen haben, ist man auf die Idee gekommen, dass es Sinn macht, eine **Infrastrukturkommission** zu gründen. Deshalb ist darum gebeten worden, diesen politischen Prozess zu befördern, damit es endlich etwas wird mit dieser Kommission.

Deshalb haben wir diesen Antrag gestellt. So habe ich das in meiner Rede vorhin dargestellt. Alle anderen haben das auch so verstanden, außer Herr Kollege Schröder. Es geht also nicht darum, dass wir uns gegenseitig katholisch machen werden, wer nun einen wie viel streifigen Ausbau einer Autobahn befürwortet. Vielmehr geht es darum, dass wir diesen Ausbau durchsetzen und letztlich umsetzen. Dabei sind wir der Konkurrenz mit vielen anderen Projekten auf beiden Seiten der Grenze ausgesetzt. Wir sind der Meinung, gemeinsam zu schlagen ist besser als vereinzelt zu kämpfen. Diese Auffassung vertritt auch die Wirtschaft. Deshalb ist die Wirtschaft mit dieser Veranstaltung an uns herangetreten. Ich denke, es sollte kein Problem für den wirtschaftspolitischen Sprecher der SPD sein, einem Wunsch der IHK nachzukommen, der so einfach zu erfüllen ist. Wir sollten diesen Weg gehen.

Um die Schärfe herauszunehmen macht es Sinn, das Ganze an den Ausschuss zu überweisen. Dann können wir die IHK und den Udviklingsråd Sønderjylland anhören. Dann werden wir hören, was diese uns zu sagen haben. Wenn sie es dann immer noch wollen, dann machen wir es.

(Beifall beim SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Für die Landesregierung spricht nun Herr Minister Dr. Christian von Boetticher, der erneut den erkrankten Wirtschaftsminister Dr. Marnette vertritt.

Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sie wissen, dass die Landesregierung nachweislich ein sehr gutes Verhältnis zum Nachbarn, dem Königreich Dänemark, hat. Vor dem Hintergrund zusammenwachsender Märkte, des immer stärker werdenden Güterverkehrs, aber auch vor dem Hintergrund des Ausbaus der Verkehrsinfrastruktur ist das auch notwendig. Wir brauchen heute mehr Abstimmung als früher. Herr Kollege Harms, das ist zweifelsoh-

(Minister Dr. Christian von Boetticher)

ne richtig, aber wir haben heute auch mehr Abstimmung als früher, und das betrifft insbesondere die Zusammenarbeit im Verkehrsbereich.

(Beifall bei CDU, SPD und SSW)

Ich erinnere an den sicherlich herausragenden **Grenzlandkongress** am 8. Dezember 2008 in diesem Hause. Es gibt weitere Gremien, in denen in Infrastrukturfragen intensiv zusammengearbeitet wird, beispielsweise beim Bau der festen Fehmarnbelt-Querung.

Ich verstehe aber auch, dass der Kollege Harms jetzt fragt: Was machen wir für den Landesteil Schleswig zusammen mit der Region Syddanmark? Auch da gibt es schon festgestellte und festgelegte Richtschnuren für die Verkehrspolitik. Grundlage ist ein gemeinsames Papier zum grenzüberschreitenden Verkehr und zur Mobilität von **Schleswig-Holstein** und der **Region Syddanmark**. Dieses **gemeinsame Papier** ist von Ministerpräsident Carstensen und dem Regionalratsvorsitzenden von Syddanmark, Carl Holst, am 20. Mai 2008 unterzeichnet worden. Darin sind schon sehr konkret die Ausbauerfordernisse für den Jütland-Korridor festgelegt worden. Darin enthalten sind unter anderem der Bau der A 20 mit einer festen Elbquerung bei Glückstadt, der sechsstreifige Ausbau der A 7 zwischen Hamburg und Bordsesø, der Ausbau der A 23 und B 5 entsprechend ihrer verkehrlichen Belastung und der Ausbau der Schienenstrecke im stark belasteten Streckenabschnitt zwischen Pinneberg und Elmshorn. Insofern ist einer Menge Anliegen, die Sie mit Ihrem Antrag vertreten, hier ein Stück weit Rechnung getragen worden.

Die Sorge, dass dieser Bereich durch den Bau einer **Fehmarnbelt-Querung** abgeschnitten werden könnte, teilt die Landesregierung ausdrücklich nicht. Das hat auch damit zu tun, dass künftige Verkehre in einem Maße prognostiziert werden, wie sie die **Jütland-Route** langfristig gar nicht bewältigen könnte. Außerdem definiert das gemeinsame Papier die Ausbauvorhaben auch für diesen Bereich unseres Landes.

Der Ministerpräsident wird demnächst zu weiteren Gesprächen noch einmal in Kopenhagen weilen, und da wird auch dieses Thema wieder oben an stehen. Natürlich wird man sich bei der Gelegenheit auch darüber unterhalten, in welchen Formen diese Zusammenarbeit weitergeht. Ob das am Ende eine Arbeitsgruppe wird, die man zu dieser Frage einrichtet, oder ob das wie im vergangenen Jahr mehrere deutsch-dänische Konferenzen sind, die in regelmäßigem Abstand wahrgenommen werden, wird

dann auch die Absprache mit der dänischen Regierung zeigen. Es gehören zu solch einer Absprache ja immer zwei Partner. Eine **regelmäßige Zusammenarbeit** in dem Bereich der **Verkehrsinfrastrukturpolitik** findet auf jeden Fall statt, in welcher Form auch immer.

(Beifall bei CDU, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Minister. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratungen. Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 16/2379 dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Dann ist das so beschlossen.

Bevor ich den nächsten Tagesordnungspunkt aufrufe, eine Mitteilung zur Geschäftsordnung: Die Parlamentarischen Geschäftsführer haben sich darauf geeinigt, dass wir Tagesordnungspunkt 7, Rundfunkänderungsstaatsvertrag, auf Februar verschieben. Dann ist auch der erkrankte Ministerpräsident hoffentlich wieder da.

Bevor ich Tagesordnungspunkt 21 aufrufe, möchte ich zu den Abkürzungen „Carbon Capture and Storage“ oder zu Deutsch „Carbon abspalten und zwischenlagern“ eine selbstkritische Anmerkung, auch für den Ältestenrat, machen. Wir sollten reinschreiben, was darauf steht.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 21 auf:

CCS-Versuchsprojekt in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2396

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 16/2436

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache und erteile der antragstellenden FDP-Fraktion, Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg, das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Zunächst zwei Worte zum Änderungsantrag der Grünen. Es empfiehlt sich, den ganz genau zu lesen, dann wird man sehen, dass die Grünen die weitere Erforschung von CCS ablehnen, weil CCS noch nicht ausreichend erforscht ist. Das nenne ich Logik, das nenne ich außerordentlich konsequent,

(Dr. Heiner Garg)

das nenne ich Technikfreundlichkeit. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall bei der FDP - Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie wollen den Antrag bewusst falsch verstehen!)

Im Übrigen verstehe ich die übrigen Spiegelstriche Ihres Antrages so, dass die Grünen in Zukunft **Kohlekraftwerke** ohne **CCS-Technologie** bauen wollen. Das gibt Ihr Antrag jedenfalls sprachlich her. In Hamburg machen Sie das ja auch gerade.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich und unterstütze ausdrücklich die Aussage des SPD-Europaabgeordneten Norbert Glante, der sich freute, dass mit dem Beschluss des EU-Parlaments der Weg für die CCS-Technologie frei sei.

Die FDP-Fraktion ist der Auffassung, dass Technologien zur **Abtrennung** und **Ablagerung von CO₂** in absehbarer Zukunft von zentraler Bedeutung sein werden, um die bei der Stromerzeugung aus fossilen Energieträgern entstehenden klimaschädlichen **CO₂-Emissionen** zu verringern. Dies wurde beispielsweise auch im Rahmen einer Expertenanhörung durch den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit des Deutschen Bundestages am 7. März 2007 von der weit überwiegenden Mehrzahl der geladenen Sachverständigen bestätigt.

Zu vergleichbaren Ergebnissen gelangt eine vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit vorgelegte Studie, die einen Vergleich „Fossile Kraftwerke mit CO₂-Abscheidung und erneuerbare Energien“ zum Gegenstand hat. Auch dieses Gutachten betont, CCS könne im Sinne einer Brückenfunktion einen befristeten, aber wichtigen Beitrag zum **Klimaschutz** leisten.

Eine aktuelle Studie der Boston Consulting Group aus dem August 2008 kommt zu dem Schluss, dass der Einsatz von CCS-Technologie allein bei den schmutzigsten 1.000 Kohlekraftwerken zu einer weltweiten Reduzierung der CO₂-Emissionen um ein Drittel führen kann.

Zusammengefasst kann man heute sagen: Die Chancen einer Weiterentwicklung und Nutzung von CCS-Techniken liegen in einer deutlichen Verringerung der mit der Stromerzeugung aus Kohle und Gas verbundenen Klimabelastung. Gelingt die kommerzielle Nutzung von CCS, könnte sie einen deutlichen Klimaschutzbeitrag erbringen und damit gleichzeitig ein ganz erheblicher Baustein auf dem Weg zum **Ausstieg aus der Atomenergie** sein. CCS kann den zur Verfügung stehenden Zeitrahmen für einen Umbau des Energiesystems bei

gleichzeitigem Erreichen ambitionierter Klimaschutzziele verlängern helfen. Diese erheblichen Chancen müssen unverzüglich und mit allem Engagement genutzt werden.

Vor diesem Hintergrund begrüße ich aus ausdrücklich, dass das EU-Parlament beschlossen hat, bis zu zwölf **Versuchsprojekte** zur Kohlendioxidabscheidung und -lagerung in der EU zu fördern.

Schleswig-Holstein als **Klimaschutz-Bundesland** sollte mit gutem Beispiel vorangehen und so schnell wie möglich **Projektland** für eines dieser Versuchsprojekte werden. Die Voraussetzungen sind hervorragend.

In Brunsbüttel läuft das Genehmigungsverfahren für den Bau neuer Kohlekraftkapazitäten. Der Betreiber hat bereits angekündigt, das Werk für die CCS-Technologie auszurüsten. Der Beantragung von **EU-Fördergeldern** stünde damit also nichts im Wege. Parallel dazu müsste die Landesregierung die **Eignungsprüfungen** der geologischen Lagerstätten positiv begleiten und möglichst schnell für die notwendigen Genehmigungen sorgen. Zudem muss sehr schnell für eine entsprechende **Rechtsklarheit** gesorgt werden. Die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Einlagerung des Kohlendioxids in den geeigneten Lagerstätten müssen vorhanden sein.

Am 25. September 2008 gab die SPD-Bundestagsfraktion im Bundestagsausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zu Protokoll:

„Nach Auffassung der Fraktion der SPD sei CCS eine Technologie, die gerade beim Klimaschutz weiterhelfen könne, um CO₂ zu vermeiden beziehungsweise einzusparen.“

Liebe Kolleginnen und Kollegen gerade von der SPD-Fraktion, ich teile diese Ansicht ausdrücklich.

Lassen Sie uns gemeinsam diesen Antrag beschließen und den Weg für ein mit EU-Geldern gefördertes **CCS-Versuchsprojekt** in Schleswig-Holstein freimachen, damit dieses auf den Weg gebracht werden kann! Lassen Sie uns gemeinsam einen Beitrag leisten, die zukünftige Energiepolitik in Schleswig-Holstein bezahlbar, sicher, verfügbar und nachhaltig zu machen! CCS kann ein Baustein auf dem Weg dazu werden.

Noch ein Wort zum Ergänzungsantrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wenn Sie schon versuchen, mit einem so schnell nachgeschobenen Antrag unseren Antrag zu ersetzen, dann würde ich ihn wenigstens so formulieren, wie Sie ihn möglicherweise gemeint haben könnten, nämlich dass Sie den

(Dr. Heiner Garg)

Bau von Kohlekraftwerken grundsätzlich ablehnen und diese Technologie nicht weiter voranbringen und erforschen wollen. So ist das, was Sie hier abgeliefert haben, eher von kabarettistischer Natur.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Garg. - Für die CDU hat nun Herr Abgeordneter Manfred Ritzek das Wort.

Manfred Ritzek [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Europäische Parlament hat am 17. Dezember 2008 mit überwältigender Mehrheit dem **EU-Klimapaket** zugestimmt. 635 Ja-Stimmen, 25 Nein-Stimmen und 25 Enthaltungen. Jetzt kann sich jeder ausrechnen, wie wohl seine eigene Fraktion im Europäischen Parlament abgestimmt hat. Ich denke hier besonders an einen Kollegen unseres Koalitionspartners, der sicherlich mit seinen Kollegen im Europäischen Parlament darüber gesprochen hat, dass dort die SPD-Fraktion mit überwältigender Mehrheit dem CCS-Klimapaket zugestimmt hat.

Bevor ich zu dem Thema Stellung nehme, möchte ich grundsätzlich etwas sagen. Von großer Bedeutung ist nach Überzeugung der CDU-Fraktion, die Menschen in den Regionen mit möglichen Speicherstätten zeitgerecht und umfassend in die Forschungsvorhaben und die mögliche Realisierung von Projekten einzubeziehen.

(Werner Kalinka [CDU]: Sehr gut!)

Zukunftsprojekte solcher Größenordnung erfordern einen möglichst breiten Konsens.

Wir begrüßen ausdrücklich den Antrag der FDP-Fraktion. Er demonstriert einerseits die Bedeutung einer verantwortlichen Energie- und Klimaschutzpolitik und andererseits auch die Herausforderung an Schleswig-Holstein, uns im Rahmen unserer Energiepolitik an **modernen und zukunftsweisen den Forschungsprojekten** zur Lösung des **Klimaschutzproblems** zu beteiligen. Es ist doch schön, wenn wir so eine Übereinstimmung haben bezüglich eines Antrages.

Eine der Alternativen zur sicheren Versorgung mit Strom und Wärme ist der Einsatz von **Kohlekraftwerken** mit modernsten Technologien zur Einsparung beziehungsweise zur möglichst hohen Vermei-

dung des CO₂-Ausstoßes und der Speicherung des CO₂.

Mit den bisher bekannten und als technisch machbar angesehenen Emissionen der CO₂-Abscheidungstechniken ist eine Reduzierung um 70 bis 80 % keine Utopie mehr. 130 internationale Fachleute haben auf der **Messe „enertec“** in Leipzig im Frühjahr 2007 von einer nahezu CO₂-freien Technologie gesprochen. Professor Kather von der Technischen Universität Harburg hält eine 90-prozentige Reduzierung der CO₂-Emissionen für möglich.

Die CDU-Fraktion bekennt sich zu einem verantwortbaren, umfassenden **Energiemix**, der auch modernsten Kohlekraftwerken mit höchstmöglicher Senkung des CO₂-Ausstoßes einen bedeutenden Platz zuweist, und zwar so lange, bis regenerative Energien diese Rolle einnehmen können. Das wird nach Expertenmeinung weltweit noch mindestens 30 Jahre dauern.

Die weltweite Energienachfrage und der weltweite CO₂-Ausstoß werden bis zum Jahre 2030 voraussichtlich dramatisch um rund 60 % steigen, so ein Zitat aus dem Grünbuch der Europäischen Union vom Frühjahr 2006. Diese Zahlen sind schockierend. Gerade deshalb müssen alle Maßnahmen unternommen werden, um es zu dieser Entwicklung nicht kommen zu lassen.

Deshalb ist die Richtlinie zur Abtrennung und geologischen Speicherung von CO₂ wesentlicher Bestandteil des **EU-Klimapaketes** vom 17. Dezember 2008, wie im Antrag der FDP beschrieben.

Vier Zwanziger-Zahlen müssen wir uns merken und danach handeln: Die EU hat sich zum Ziel gesetzt, bis zum Jahre 2020 den Ausstoß von Treibhausgasen in der Union um 20 % zu reduzieren, den Anteil erneuerbarer Energiequellen auf 20 % zu steigern und die Energieeffizienz um 20 % zu erhöhen - so der Wortlaut der Überschrift zum EU-Klimapaket.

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union hatten sich bereits auf dem Gipfel 2007 dafür ausgesprochenen, bis zum Jahre 2015 **zwölf Demonstrationsprojekte** zu realisieren, und das kostet Geld. Nach einer ersten Abschätzung der CO₂-Erträge für etwa 300 Millionen € für frei handelbare Emissionszertifikate ab 2013 ist bis zum Jahre 2015 mit einem Ertrag von 6 Milliarden bis 9 Milliarden € zu rechnen, was ausreichen würde, neun oder zehn Demonstrationsprojekte zu finanzieren. An solche Größenordnungen von Investitionskosten müssen wir uns gewöhnen. Die Nabucco-Pipeline

(Manfred Ritzek)

soll circa 8 Milliarden € kosten, die Ostsee-Pipeline circa 6 Milliarden €.

Die umfangreichen erforderlichen Forschungsprojekte beinhalten die Sequestrierungstechnologie, die Erkundung und Bewertung von Lagerstätten, die Verdichtung des CO₂-Gases zu Flüssig-CO₂ und so weiter.

Unser Land sollte sich an solchen zukunftsweisen den Forschungsprojekten beteiligen. Sie dienen dem Ziel der verantwortlichen regionalen, nationalen und internationalen Energiepolitik und damit der Erfüllung der EU-Klimaschutzziele.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Ritzek. - Das Wort für die SPD-Fraktion hat nun Herr Abgeordneter Olaf Schulze.

Olaf Schulze [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Ritzek, noch eine Zwanziger-Zahl: Auch CCS braucht noch gut 20 Jahre. Wenn Sie davon ausgehen, dass wir in 30 Jahren schon die erneuerbaren Energien haben, dann diskutieren wir noch einmal darüber, ob CCS wirklich so sinnvoll ist.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

In Politik und Bevölkerung wird zurzeit intensiv über die sichere und günstige Energieversorgung der Zukunft, auch aus Klimaschutzgesichtspunkten, diskutiert. Vielfach werden dabei „CO₂-freie“ **Kraftwerke** - wobei der Begriff „CO₂-frei“ sicher unzutreffend ist - als Lösung angepriesen, und dies, obwohl die Kohlenstoffabscheidungstechnologie noch sehr lange nicht marktreif angeboten werden kann.

Nach intensiven Beratungen innerhalb meiner Partei kommen wir zu folgendem Fazit: Die **CCS-Technologie** ist insgesamt abzulehnen. Diesem Fazit schließe ich mich an; das gilt auch für die von der FDP vorgeschlagene Aufnahme eines EU-Forschungsprojektes am Standort Brunsbüttel und die Eignungsprüfungen geologischer Lagerstätten in Schleswig-Holstein. Schleswig-Holstein darf nicht zur CO₂-Mülldeponie Deutschlands werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Bau neuer **Kohlekraftwerke** kann nicht mit dem Hinweis auf die spätere Einführung der CCS-Technologie zur Kompensation der CO₂-Emissionen legitimiert werden. Die CCS-Technologie ist teuer, verschlechtert die Energieeffizienz und wird - wenn überhaupt - viel zu spät zum Einsatz kommen.

Ich darf hier das Umweltgutachten des Deutschen Bundestages zitieren:

„Aufgrund der Altersstruktur des deutschen Kraftwerksparks erscheint die CCS-Technologie als Übergangslösung gerade für die deutsche Klimaschutzstrategie besonders problematisch ... Da die Technologie zu spät kommt, käme nur eine Nachrüstung infrage, die die Kosten noch einmal zusätzlich erhöht. Angesichts der ohnehin fraglichen Wettbewerbsfähigkeit erscheint neben der generellen Machbarkeit im großtechnischen Maßstab gerade die Strategie der Nachrüstung besonders fragwürdig.“

Ich habe den Eindruck, dass die CCS-Technologie zurzeit eher als Feigenblatt missbraucht wird, um weiter an großen Kohlekraftwerken festzuhalten und neue zu bauen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dabei wird der Schutzschild der Forschungsfreiheit auch zu CCS hochgehalten. Hier muss aber die Politik rechtzeitig und klar sagen, wohin sie **staatliche Forschungsgelder** lenken will, um keine Forschungssackgassen zu unterstützen. **Professor Hohmeyer** hat hier in Kiel dazu angemerkt, dass es ihn nicht verwundert, wenn Wissenschaftler heute Blankoschecks zu Forschungsergebnissen in 20 Jahren abgeben. Die Einlösung dieser Checks in 20 Jahren ist dann voraussichtlich die Aufgabe der nächsten Generation von Wissenschaftlern. Die gegenwärtig untersuchten Verfahren verursachten relativ hohe Kosten, hohe energetische Verluste. Bei der CCS-Technik würden bis zu 15 % **Wirkungsgrad** verloren gehen. Das würde bedeuten, dass die Effekte der neuen Kraftwerke gegenüber den alten gleich null wären. Außerdem steckten Sie noch in einem frühen Forschungsstadium.

Auch die **Transporte** von CO₂ von den Kraftwerken zu den vorgesehenen Endlagern und die geologische Eignung solcher **Endlagerstätten** sind fragwürdig. Der Transport auf langen Strecken mit Lkw, Pipelines oder Schiffen ist unwirtschaftlich. Die gedachte Lagerung in entleerten Öl- und Gasfeldern setzt erhebliche und kostspielige geologi-

(Olaf Schulze)

sche Untersuchungen voraus, wenn sie sicher sein soll.

Die Frage nach ausreichend geeigneten **Lagerungskapazitäten** ist darüber hinaus weltweit nicht geklärt. Deshalb gibt es auch keine verlässliche Einschätzung der möglichen Bedeutung von CCS für den globalen Klimaschutz. Die wirtschaftliche Erschließbarkeit und Nutzungsmöglichkeit von Lagerstätten hängt jedoch von einer Reihe geologischer Details, ökonomischer, rechtlicher und politischer Rahmenbedingungen sowie der gesellschaftlichen Akzeptanz ab. Die Reaktionen der Landräte der betroffenen Kreise sollten wir uns hier noch einmal vor Augen halten. Sie waren nicht gerade positiv; die Bedenken und Ängste in der Region, gerade in Ostholstein und Nordfriesland, sind extrem groß.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Faktisch ist nur eine wesentlich geringere Kapazität nutzbar, weil es Konkurrenz durch **alternative Nutzungsformen** wie Geothermie, saisonale Erdgasspeicher oder Druckluftspeicher als Energiespeicher gibt und weiter geben wird. Gerade hierfür brauchen wir diese Speicherformen und nicht für die ewige Lagerung von CO₂.

Außerdem bestehen vor allem bei einer angedachten Lagerung für 1.000 bis 10.000 Jahre **Sicherheitsrisiken**. Wir wollen keine Kraftwerksdinosaurier, sondern wir setzen auf kleinere, dezentrale Kraftwerke. Sie bieten größere Flexibilität, geringere Leitungsverluste und leichtere Wärmenutzung. Deshalb sollten sich Forschung und Entwicklung auf diese Energieträger konzentrieren.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

In diesem Zusammenhang ist es geradezu ein Hohn, wenn die Energieriesen nun staatliches Engagement in Höhe von 6,5 Milliarden € für den Aufbau einer Infrastruktur zur CO₂-Abtrennung und -speicherung fordern. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel, dessen Haltung zu CCS ich ansonsten nicht teile, hat die Forderungen zu Recht rüdos zurückgewiesen.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Herr Kollege, achten Sie bitte auf die Zeit!

Olaf Schulze [SPD]:

Das bisher angepeilte Zieljahr 2020 für die **kommerzielle Verfügbarkeit** im Kraftwerksmaßstab gilt in Fachkreisen als äußerst ambitioniert und kommt ohnehin für den Großteil der deutschen Kraftwerkneubauten zu spät. Wegen der vielen geplanten neuen Kraftwerkneubauten müsste die Einführung von CCS so schnell wie möglich erfolgen, da sich sonst das Zeitfenster hierfür schließt und für viele Dekaden verschlossen bleibt. Schon aus der zeitlichen Betrachtung heraus kann CCS deshalb kein Argument für neue Kohlekraftwerke sein.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich bitte um einen letzten Satz!

Olaf Schulze [SPD]:

Ich warne deshalb vor einem Irrweg, der - ähnlich wie die Atomenergie - gewaltige Finanzen verschlingen wird und am Ende ergebnislos abgebrochen werden muss. Da zwei gegensätzliche Anträge von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorliegen, beantrage ich, beide Anträge an den Umwelt- und Agrarausschuss und an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Olaf Schulze. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat nun Herr Abgeordneter Detlef Matthiessen das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die FDP setzt auf **neue Kohlekraftwerke in Brunsbüttel**. Widersprüche im eigenen Handeln interessieren Herrn Dr. Garg offenbar nicht, der nebenbei auch Kreisvorsitzender der FDP in **Kiel** ist. In der Kieler Ratsversammlung agiert die FDP zusammen mit der CDU pro Kohlekraft und vergisst völlig ihre Aussagen im eigenen Wahlprogramm.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das ist ja Lüge!)

Dort steht unmissverständlich in Anlehnung an grüne Forderungen: Wir lehnen den Neubau eines Kohlegroßkraftwerks ab. Wir wollen auf dem Ostufer ein Gas- und Turbinenkraftwerk errichten, das zunächst mit Erdgas, später mit Biogas betrieben

(Detlef Matthiessen)

wird. Ansonsten wollen wir dezentrale BHKWs und erneuerbare Energien.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Was aber folgt in der Praxis? - Bei der Abstimmung in der Ratsversammlung über das Aus für das geplante 800-MW-Kohlekraftwerk stimmt die FDP dagegen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Nein, nein! Sie lügen!)

- Herr Dr. Garg, das mache ich mit Genuss, weil Sie immer derjenige sind, der Widersprüche im politischen Handeln moniert.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Herr Dr. Garg, Sie haben nachher drei Minuten Redezeit. Das ist schon notiert.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Mit der **CCS-Technologie** wird die Machbarkeit der sogenannten **clean coal** - der sauberen Kohle - suggeriert. Das ist die letzte Trumpfkarte der Kohleindustrie. In der McKinsey-Studie „Carbon Capture and Storage: Assessing the Economics“ geht man davon aus, dass die CO₂-Abscheidung und -speicherung ab 2030 wirtschaftlich nutzbar sein kann. Sie wird dann nicht wirtschaftlich sein, aber sie kann wirtschaftlich werden. Im Landeshaushalt sind beim Umweltministerium für das Projekt zur Modellierung und Parametrierung von CO₂-Speicherung in salinen Formationen für das Jahr 2009 über 170.000 € eingestellt. Für 2010 belaufen sich diese Mittel auf fast 160.000 €. Das lehnen wir ab, weil wir eine **Subventionierung** dieser Steinzeittechnik der Kohleverbrennung mit öffentlichen Mitteln nicht wollen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind als Landtag von Schleswig-Holstein immerhin eine gesetzgebende Körperschaft. Ich möchte feststellen, dass wir zurzeit keine **gesetzliche Grundlage** für die CCS-Technologie haben.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- Herr Kollege Kayenburg, zum Beispiel ist die rechtliche Frage, ob es sich um Abfall oder nicht um Abfall handelt, zu klären. Das ist eine bedeutende Festlegung, denn dies würde festlegen, ob das Umweltministerium oder ob das Wirtschaftsminis-

terium zuständig wäre, ob das Bergrecht oder ob das Abfallrecht gelten würde. Alle diese Fragen sind nicht geklärt. Auch die Pflichten der zukünftigen Betreiber sind keineswegs eindeutig geklärt. Dafür brauchen wir eine rechtliche Grundlage. Mindestens die sollte man abwarten, bevor man einen Einstieg in diese Technologie fordert, wie die FDP es hier tut.

Wir haben viele Gründe gegen die CCS-Technik genannt. Die CCS-Technik ist **technisch nicht ausgereift**. Das ist eine eindeutige und von niemandem bestrittene Feststellung. Die **Wirkungsgrade** der Kraftwerke würden deutlich sinken, weil die Technik Energie in Anspruch nimmt, Herr Kollege Garg. Statt 100 t Kohle müssten 120 t Kohle eingesetzt werden. Bei einer **Abscheidungsrate** von 80 %, die auch die Befürworter dieser Technik vorhersagen, haben wir also einen Reinigungsgrad von etwa drei Viertel. Das heißt, ein Viertel der Kohle wird nicht von CO₂ gereinigt. Insofern kann man sagen, dass allein die Begrifflichkeit von CO₂-freier Stromproduktion aus Kohle schlicht falsch ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt eine Reduzierung in einer Größenordnung, die wir in etwa bei der Stromerzeugung aus Erdgas kennen. Selbst wenn diese Technik käme; der zusätzliche Aufwand hat auch etwas mit der Wirtschaftlichkeitsseite zu tun. Die **Wirtschaftlichkeit** der Kraftwerke würde sehr deutlich sinken.

Die CCS-Technologie kommt auch zu spät. Erinnern wir uns an die Mahnungen des Weltklimarates. Der sagte, wir müssten heute, bis 2013, handeln. Wir sollten heute keineswegs eine Technologie nach vorn schieben, die erst ab 2030 greift. Das ist etwas, was uns im Rahmen der Klimapolitik unter Berücksichtigung der **Zeitschiene** als Instrument verboten sein muss. Wir haben ganz andere und viel größeren Erfolg versprechende Instrumente zur Hand. Die CCS-Technologie verteuert die Erzeugung von Strom und Wärme.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Herr Kollege, die Zeit!

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich komme zu meinem letzten Satz: Neue Kraftwerke verhindern die Energiewende hin zu erneuerbaren Energien. CO₂-Senken werden für zukünftige Generationen verstopft. Wir erzeugen wieder neue „Ewigkeitskosten“. Deshalb lehnen wir die CCS-

(Detlef Matthiessen)

Technik ab. Saubere Kohle ist und bleibt eine dreckige Lüge.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Detlef Matthiessen. - Für den SSW im Landtag hat Herr Abgeordneter Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein CCS-Versuchsprojekt in Schleswig-Holstein - eine nicht ausgereifte Technologie mit unüberschaubaren Konsequenzen. Das ist die Antwort der FDP auf die Frage, wie die Energie- und Klimaprobleme der Zukunft gelöst werden sollen.

Ein Teil des EU-Klimapaktes - der durchaus auch ambitionierte Ziele formuliert - ist die Förderung von bis zu **zwölf Versuchsprojekten** zur Kohlendioxidabscheidung beziehungsweise -lagerung. Damit werden Tür und Tor für eine Energieform geöffnet, von der wir bereits heute wissen, dass sie der Vergangenheit angehören muss. Der Bau neuer Kohlekraftwerke zum dauerhaften Betrieb ist nicht die Antwort darauf, wie unsere langfristige Energieversorgung nach dem Atomausstieg aussehen soll. Die CO₂-Schleudern - und nichts anderes sind Kohlekraftwerke - sind erst recht nicht die Antwort auf die Frage, wie die Klimaprobleme zu lösen sind. Das wissen wir.

Das vermeintliche Zauberwort zur Lösung der Probleme heißt nun angeblich CCS-Technologie. Das ist eine Technologie, die auf dem Papier hervorragend funktioniert, aber in der Realität mehr Fragen als Antworten aufwirft. Nach einer Studie der Unternehmensberatung McKinsey benötigt die CCS-Technologie eine **Anschubfinanzierung** von 0,5 bis 1,1 Milliarden € aus der Staatskasse. Angesichts der Tatsache, dass die CCS-Technologie noch in den Kinderschuhen steckt, ist es fraglich, wie hoch die Forderung letztendlich wirklich ausfallen wird.

Wir wissen, dass es bereits Pilotprojekte bei der CO₂-Abtrennung gibt. Die beiden gängigsten Verfahren hierbei sind die CO₂-Abtrennung nach der Verbrennung und die CO₂-Abtrennung vor der Verbrennung. Für beide Verfahren gilt aber, dass die Abtrennung Kosten verursacht. Vorsichtigen Schätzungen zufolge belaufen sich diese auf eine Höhe von 60 bis 110 € pro Tonne CO₂. Darüber hinaus sinkt die Energieeffizienz, und der Rohstoffver-

brauch steigt an. Das soll heißen, dass sich die Kosten entsprechend auf den Strompreis niederschlagen, den wir alle zu tragen haben.

Ein viel größeres Problem entsteht jedoch, nachdem die Abtrennung stattgefunden hat. Wohin mit dem Klima-Killer? Neben der Frage, wie der Transport von mehreren Millionen Tonnen CO₂ geregelt werden soll, stellt sich insbesondere die Frage, wo es gelagert werden soll. Auch hier sind sich die Experten nicht gänzlich sicher. Dazu gibt es mehrere Vorschläge. Leere Öl- und Gasfelder, mit Salzwasser gefüllte geologische Schichten und Kohleflöze kommen nach Einschätzung von Experten dafür in Deutschland in Frage. Die Wirtschaftlichkeit der genannten **Lagerkapazitäten** ist ebenfalls nicht geklärt, aber sicher ist, dass sich der Transport und die Lagerung auch auf den Strompreis niederschlagen werden, den wir alle - wie gesagt - zu zahlen haben.

Im Zusammenhang mit der Lagerung ist der **Sicherheitsaspekt** hierbei noch unberücksichtigt geblieben. Neben der aufwendigen Lagerung müssen die Hinterlassenschaften auch noch langfristig überwacht werden. Denn niemand kann mit hundertprozentiger Sicherheit garantieren, dass die Lagerstätten auch wirklich dicht halten. Die Risiken, die damit verbunden sind, sind nicht abschätzbar.

Dass das CCS-Verfahren auch zu **Kosteneinsparungen** für den **Verbraucher** führen wird, ist also eher zu bezweifeln. Wir haben somit nichts gewonnen - außer der Erkenntnis, dass dies nicht der richtige Weg ist.

Anstatt Kohlekraftwerke nur als notwendige Übergangslösung zu sehen, wird mit der fragwürdigen CCS-Technologie einer Technologie Vorschub geleistet, von der wir heute noch nicht wissen, ob sie funktioniert und wie sie sich auswirken wird. Eines wissen wir aber bereits heute: Wenn wir erst mit dem Einstieg in diese Technologie beginnen, dann wird es schwer werden, dies wieder rückgängig zu machen. Dann haben wir die gleiche Diskussion wie heute bei den Atomkraftwerken, nämlich dass sie als klima-saubere Energieerzeuger dargestellt werden, was sie definitiv nicht sind.

Anstatt also auf eine Energieform zu setzen, die nur eine Übergangsform sein darf, und anstatt Milliarden in diese Technologie zu pumpen, müssen wir auf Energieeinsparung, verbesserte Energieeffizienz und erneuerbare Energien setzen, deren Ausbaupotenzial auch hier bei uns im Land noch lange nicht erschöpft sind. Hier müssen wir in die Forschung investieren, nur so leisten wir wirklich einen Beitrag zum Klimaschutz.

(Lars Harms)

(Beifall des Abgeordneten Konrad Nabel
[SPD])

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke Herrn Abgeordneten Lars Harms und er-
teile für einen Dreiminutenbeitrag Herrn Abgeord-
neten Dr. Heiner Garg das Wort

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kolle-
gen! Lieber Kollege Matthiessen, man muss schon
sehr verzweifelt sein, wenn man das Instrument der
Unwahrheit als politisches Stilelement in diese De-
batte einbringt. Ich weiß nicht, ob es möglicherwei-
se mit der neuen Kreisvorsitzenden der Grünen in
Kiel zu tun hat, dass Falschbehauptungen zuneh-
mend zum Instrument der Politik bei den Grünen in
Kiel wird. Das kann ich nicht sagen. Aber ich will
richtigstellen, dass die FDP in der Kieler Ratsver-
sammlung nie dem Bau eines 800-Megawatt-Koh-
lekraftwerks zugestimmt hat. Die FDP hat gegen
die Aufkündigung des **Moratoriums** gestimmt, ei-
nes Moratoriums, das Ihre Partei vor der Kommu-
nalswahl mitbeschlossen hat, Herr Matthiessen.

(Beifall bei der FDP - Torsten Geerdt
[CDU]: Stimmt!)

Das ärgert übrigens die Union, dass wir in Kiel kein
Kohlekraftwerk wollen und auch weiterhin für ein
Gas- und Dampfturbinenkraftwerk werben. Aber
dass Sie sich wirklich hinstellen und behaupten,
wir hätten in der Kieler Ratsversammlung für den
Bau eines Kohlekraftwerks gestimmt, das sucht
schon seinesgleichen. Sie haben ja selber in
Ihrem abschließenden Satz den Begriff „dreckige
Lüge“ geprägt. Ich wäre an Ihrer Stelle ein
bisschen vorsichtig.

Ich lasse die Redebeiträge der beiden energiepoli-
tischen Sprecher der Großen Koalition Revue pas-
sieren: Herr Ritzek, Sie haben unserem Antrag
große Sympathie und Beifall bekundet, und Herr
Schulze, ich nehme Ihnen das nicht übel, dass
Sie eine ganz andere Position als Ihre Europa-
und Bundestagsfraktion haben. Wir haben auch
eine andere Auffassung als unsere Bundespartei,
was die Aufkündigung des Energiekonsenses an-
belangt. Aber ich fordere beide Fraktionen auf:
Mut zur Sache! Stimmen Sie, liebe CDU-Frak-
tion, unserem Antrag zu, und stimmen Sie,
sehr geehrte SPD-Fraktion, dem Antrag von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu, dann haben wir
hier klare Verhältnisse, anstatt dass wir das
Ganze in den Ausschuss überweisen,

(Beifall bei der FDP)

wo es dann so lange weichgekocht wird, bis
nichts mehr übrig bleibt!

Herr Ritzek, ich fordere Sie auf: Haben Sie
den Mut, sorgen Sie dafür, dass unserem An-
trag zugestimmt wird, wenn Sie das alles
richtig, gut und begrüßenswert finden, was da
drin steht! Und Herr Schulze, ich fordere Sie
auf, dass, wenn Sie das richtig finden, was die
Grünen aufgeschrieben haben, Sie dem zustim-
men.

Ich beantrage Abstimmung in der Sache.

(Beifall bei FDP und SSW)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Das Wort für die Landesregierung hat erneut
für Herrn Dr. Marnette Herr Minister Dr. von
Boetticher.

**Dr. Christian von Boetticher, Minister für Land-
wirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen
und Herren! Das ist schon eine spannende De-
batte. Wenn wir sehen, dass CCS als Techno-
logie zur Abscheidung in dem integrierten En-
ergie- und Klima-Programm der Bundesregie-
rung enthalten sind - ausgearbeitet durch
Bundesumweltminister Sigmar Gabriel durch
Unterstützung der SPD-Bundestagsfraktion -,
wenn man sieht, dass die Rahmenrichtlinie
der Europäischen Union für dieses Projekt mit
den Stimmen von Sozialdemokraten und Grü-
nen beschlossen worden ist, wundert man sich
manches Mal, auf welchem Planeten wir in
Schleswig-Holstein leben, dass wir das alles
gar nicht zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei CDU, FDP und des Abgeord-
neten Jürgen Weber [SPD])

Das Spannende ist die Frage, wo der Unter-
schied zwischen der Sichtweise hier und der
Sichtweise auf Bundes- und Europaebene ist.
Sie haben einen größeren Blickwinkel. Man
stellt nämlich fest: Egal, wie wir uns in
Schleswig-Holstein entscheiden, im Übrigen
egal, wer regiert, egal, welchen Weg wir in
Schleswig-Holstein gehen, werden in der
Welt Kohlekraftwerke gebaut. Da können wir
uns hier zehnmal um die eigene Achse drehen.
Das interessiert in China, in Indien und in
wesentlichen Teilen der Welt - auch in der
Europäischen Union - komischerweise
niemanden. Da ist nun die Frage, wie wir
die Klimadebatte in den Griff und unsere
Ziele weltweit umgesetzt bekommen - und

(Minister Dr. Christian von Boetticher)

wir haben nur ein Klima -, wenn wir nicht technologisch zu einer Entwicklung beitragen, die in großen Teilen der Welt die einzige Lösung ist, um trotz stärkerer Kohleproduktion am Ende weniger CO₂ auszustoßen. Das ist doch die Frage. Diese globale Verantwortung nehmen andere in anderen Gremien wahr, aber hier im Landtag offensichtlich leider einige nicht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wenn wir diese Verantwortung wahrnehmen, brauchen wir **Technologien**. Wir können ja darüber streiten, wie weit sie bei uns zur Anwendung kommen. Mit mir kann man auch gut darüber diskutieren, wie viele Kohlekraftwerke man in Deutschland braucht. Aber unabhängig von dieser Frage wären wir dumm, wenn wir nicht diese Technologie vortreiben würden. Umwelttechnologie war einmal Ihr Thema, meine Damen und Herren von den Grünen. Hier haben wir eine Umwelttechnologie, die auch durchaus gute Chancen hat, im Export etwas zu bringen. Der Kollege Austermann und ich haben vor fast einem Jahr Anträge entgegengenommen und entsprechende Untersuchungen für ein **potenzielles Speichergebiet** in Schleswig-Holstein öffentlich angekündigt.

Lieber Kollege Matthiessen, das richtet sich im Augenblick nach dem **Bergrecht**. Im Übrigen - ich weiß nicht, ob Sie die Zweiteilung verstanden haben -, selbst wenn es Abfallrecht wäre und wir den Abfall unter Tage lagern wollten, gäbe es auch eine doppelte Zuständigkeit zwischen Umweltbehörde und Bergbehörde. Die Frage ist, wer zuerst und wer als Zweites kommt. Aber die doppelte Zuständigkeit von Umweltrecht und Bergrecht haben Sie in jedem Fall. Die Untersuchungserlaubnis für Ostholstein ist nach dem Bundesberggesetz erteilt. In Nordfriesland - logischerweise durch schwierige rechtliche Rahmenbedingungen - steht das kurz bevor. Dann kommt das **Umweltrecht**. Natürlich wird eine Umweltbehörde zu prüfen haben, ob entsprechende Dinge umweltrechtlich verantwortbar sind. Und ich kann Ihnen als Umweltminister sagen, dass wir diese Prüfung sehr genau vornehmen werden.

Für uns sind drei Sachen wichtig. Wenn dieses Gebiet bei uns wirklich geeignet ist, ist völlig klar, dass aus regionaler Verantwortung vorrangig aus regionalen Kohlekraftwerken entsprechend abgelagert werden muss. Wir haben - das sind die Vorhersagen im Augenblick - ein **Speichervolumen** von rund 2 Milliarden t. Das sind rechnerisch - nur damit Sie die Größenordnung verstehen - 14 Kohlekraftwerke à 800 Megawatt mit 6.000 Volllaststunden und 40-jährigem Betrieb. Das heißt, es ist doch

eine gewaltige Masse an Speicherpotenzial, die wir haben. Wir wollen, dass die Genehmigungsbehörden nach wie vor Landesbehörden sind, und wir wollen natürlich, sollte es dazu kommen - Sie haben Recht, dass das ein langfristiger Prozess ist und nicht morgen fertig ist: da stimme ich mit Ihnen überein -, am Ende als Schleswig-Holsteiner auch davon profitieren. Darum fordern wir schon seit langem das umgekehrte Entnahmeentgelt, damit man von solchen Speicherungen auch profitiert.

Ob das am Ende in Brunsbüttel mit einem Versuchskraftwerk klappt, da sind wir eher skeptisch, weil man bisher mit 800 Megawatt, die produziert werden sollen, deutlich über den Versuchsgrößen liegt, die Brüssel anstrebt. Aber wir haben das zumindest zur Kenntnis genommen und werden darüber auch mit Brüssel sprechen.

Noch einmal: Meine Damen und Herren von den Grünen, wenn man hier Eine-Welt-Politik und eine Sichtweise predigt, nach der die Welt als ein Ganzes zu sehen ist, dann gilt das nicht nur für viele kleine Dinge, sondern insbesondere auch für den Klimaschutz. Wir in Schleswig-Holstein leben nicht auf unserem eigenen Energieplaneten. Wir können uns die Welt nicht schnitzen, wie wir sie uns wünschen. Diese globale Verantwortung müssen wir in der Tat wahrnehmen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich bedanke mich bei dem Herrn Minister und erteile das Wort nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung zunächst dem Herrn Abgeordneten Karl-Martin Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Minister, natürlich müssen wir global denken. Das ist ja das Problem. Wir müssen eine Energieversorgung in Europa aufbauen, die vorbildlich ist, sodass sie anschließend von Indien, von China und von all den Ländern, die Probleme haben, nachgeahmt und auch bezahlt werden kann.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich beziehe mich auf Szenarien von Universitäten, die dargestellt haben, wie eine komplette Versorgung Europas durch **regenerative Energien** aussehen kann und in welchem Zeitrahmen sie verwirklicht werden kann. Das ist ohne Weiteres bis 2050 möglich. Bis dahin läuft natürlich eine Reihe von

(Karl-Martin Hentschel)

Kohlekraftwerken aus. Es ist aber völlig unsinnig, neue Kohlekraftwerke zu bauen. Jeder Euro, den wir jetzt dort investieren, fehlt uns bei den Investitionen in die Alternativen.

Ihre lieben Parteikollegen im CEP, einer europäischen Gesellschaft, die Wirtschaftsplanung betreibt - an ihrer Spitze stehen Roman Herzog und der ehemalige Präsident der Deutschen Bundesbank -, haben gefordert, Europa in den nächsten 20 Jahren komplett auf regenerative Energien umzustellen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Energieversorgung würde dann nicht teurer sein als heute. Das ist das Interessante, was die Studien sagen, die dazu von Wissenschaftlern gemacht worden sind, egal, ob aus Kassel oder aus Flensburg.

Entscheidend ist, dass wir, um ein solches **europäisches Netz** von regenerativen Energien zu schaffen, einen Ausgleich von Schwankungen zwischen solarthermischen Kraftwerken in Südeuropa oder Nordafrika, Windkraftwerken an den Atlantikküsten und der Nordsee oder auch in Nordeuropa, zum Beispiel in Russland und an anderen guten Windstandorten, sowie den Wasserkraftwerken in Norwegen und in den Alpen als Reservekraftwerken hinbekommen. Dieses europäische Hochspannungsstromnetz, das zurzeit in der EU diskutiert wird, ist der zentrale Hebel, den wir brauchen, um eine europäische Komplettversorgung mit regenerativen Energien bis 2030 oder 2040 hinzubekommen. Dafür sind erhebliche Investitionen notwendig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist völliger Unsinn, jetzt in die alten Techniken zu investieren, weil wir damit gerade verhindern, dass wir in die neuen hineinkommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das gleiche Konzept wird übrigens zurzeit in den USA diskutiert. Es gibt bereits den Solar Grand Plan, der eine komplette Umstellung Nordamerikas auf regenerative Energien - Schwerpunkt: Solar- und Windenergie - vorsieht und zurzeit auch von der US-Regierung diskutiert wird. Das ist ein Vorschlag von Al Gore, der von Wissenschaftlern verschiedener amerikanischer Universitäten ausgearbeitet worden ist.

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Herr Abgeordneter Hentschel, kommen Sie bitte zum Schluss!

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja, ich komme zum Schluss. Tut mir leid; das Thema ist sehr spannend.

Der Plan ist mittlerweile in mehreren wissenschaftlichen Zeitschriften publiziert worden. Wenn wir diese Pläne realisieren, dann werden - davon bin ich überzeugt - China und Indien uns folgen und in diese Richtung marschieren. Schon heute stehen sie in den Windfabriken in Deutschland Schlange.

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Herr Abgeordneter, bei aller Spannung des Themas - wir haben auch viele andere spannende Themen - müssen Sie jetzt zum letzten Satz kommen.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja. - Wenn wir den Weg nicht gehen, dann können wir nicht erwarten, dass China und Indien den Weg gehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Das Wort zu einem weiteren Beitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erhält der Herr Abgeordnete Detlef Matthiessen.

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Das kann doch nicht angehen! Wir haben eine Tagesordnung! - Weitere Zurufe)

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Dr. Garg, ich habe selber damit angefangen, auf die Widersprüche, die ich bei der FDP in Kiel identifizieren zu können meine, hinzuweisen. Auch der Minister hat in seinem Beitrag auf verschiedene solcher Widersprüche hingewiesen. Das werde ich einmal ganz hintenstellen. Ich finde, das ist - - Ich glaube, „Krümelkackerei“ darf man im Parlament nicht sagen. Jedenfalls ist es eine Übung, die nicht so interessant ist.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ich finde das schon interessant!)

(Detlef Matthiessen)

Interessant ist doch vielmehr die Frage, ob das, was ich gesagt habe, richtig ist: Wir brauchen mit **CCS-Technik** statt 100 Tonnen Kohle 120 Tonnen Kohle. - Ist das richtig oder nicht?

Zweitens. Ist der **Reinigungsprozess** so ineffizient? - Selbst die optimistischen Befürworter sagen, dass 20 % nicht gereinigt werden können. Die beziehen wir dann aber bitte auf die 120 Tonnen und nicht auf die 100 Tonnen. Wir kommen dann zu 25 %, die wir nicht reinigen können. Ist das richtig oder nicht?

Ich habe selber energiepolitische Gespräche zu CCS geführt. Herr Professor Wallmann vom IfM-GEOMAR sagt, das sei eine Technik, von der er annimmt, sie sei vorhanden. Dann könnten wir natürlich sofort einsteigen. Keiner wird das tun, Herr Präsident Kayenburg, wegen der Asche, die damit verknüpft ist, und der Unsicherheit.

Ich frage: Ist es richtig - was ich überwiegend höre -, dass die Mehrheit der Experten sagt, diese Technik stehe nicht zur Verfügung?

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Nein, das ist falsch!)

Immerhin hat McKinsey dazu eine Studie gemacht, die das für 2030 prognostiziert. Ist es also richtig, dass uns diese Technik auf der Zeitschiene nicht zur Verfügung steht, weil wir einfach zu spät kämen, wenn sie zur Verfügung steht?

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Wenn Sie so weitermachen, ja!)

Mit diesen Fragen möchte ich mich gern mit Ihnen im Ausschuss beschäftigen und das dort vertiefen. Lassen Sie uns das wirklich ein bisschen offensiv diskutieren!

Mein Fraktionsvorsitzender Karl-Martin Hentschel hat ja gesagt: Es ist möglich, eine 100 % **regenerative Energieversorgung** auf derselben Zeitschiene aufzubauen, die für das Ziel, in CCS einzusteigen, definiert wird. Wenn wir wissen, wir kommen aufgrund von Verknappung und Klima zwangsläufig in ein zweites Solarzeitalter hinein, dann sollten wir das von der Zukunft her denken und sagen: Damit fangen wir heute schon an. Wir wissen: 100 % sind möglich, 100 % sind auch bezahlbar.

Herr Kollege Kayenburg, ich kann Ihnen sagen: Betonfundamente brauchen auch Windmühlen und Parabolrinnenkraftwerke. Es wird also durch die Energiewende ein Wirtschaftsgeschehen ausgelöst.

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Kollege Matthiessen, kommen Sie bitte zum Schluss!

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Da braucht also keiner Angst zu haben. Es sind vielleicht andere Akteure, die verdienen.

Ich danke, Frau Präsidentin, dass Sie mir elf Sekunden dazugegeben haben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Das Wort für einen weiteren Kurzbeitrag erhält der Herr Abgeordnete Konrad Nabel.

Konrad Nabel [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bei dieser Debatte - wie auch bei vorigen Debatten - ist eigentlich weder Polemik noch Häme richtig am Platz. Es geht hier um die Grundsatzentscheidung, wie wir die Energiepolitik in den nächsten 20 bis 40 Jahren gestalten wollen.

Wir wissen - das haben verschiedene Redner in dieser Diskussion dargestellt -, dass die Kohlenstoffdioxidabscheidungstechnologie, **CCS** genannt, noch in den Kinderschuhen steckt. Da kann man sich überlegen, ob man diese Kinderschuhe nun weitertragen und vergrößern will. Wofür? - Dafür, dass man Kraftwerke, die erst gebaut werden, wenn diese Technologie zur Verfügung steht, von diesem Zeitpunkt an für 40 Jahre - das ist Pi mal Daumen der Abschreibungszeitraum für Großkraftwerke; es können auch 35 oder 50 Jahre sein, je nachdem, wie gut sie gebaut sind - nutzen kann. Erst dann kann man diese Technologie nutzen, vorher nicht.

Eine Nachrüstung, Herr Minister, ist bisher nachweislich nicht gelungen. Ich weiß auch nicht, wie man das tun sollte. Man kann ein Kraftwerk bauen und nebenan einen Platz für irgendetwas freihalten, um dann vielleicht später in irgendeiner Form die CCS-Technologie anzubauen. Das Technikfolgenabschätzungsbüro des Bundestags hat in einer umfassenden Studie Ende letzten Jahres festgestellt, dass es keine Nachrüstmöglichkeit gibt, sondern dass man Kraftwerke gleich mit dieser Technik bauen muss.

Es gibt nicht einmal eine Entscheidung darüber, welche der möglichen Kohlenstoffdioxidabschei-

(Konrad Nabel)

dungstechnologien die wirtschaftlichste und beste ist. Es gibt drei verschiedene Möglichkeiten; zwei hat Herr Dr. Garg hier genannt, die dritte ist ein Mittelding zwischen den beiden anderen.

Es gibt noch gar keine Entscheidung darüber. Auch Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler können nicht sagen, was denn das Bessere sei. Was die Risiken angeht, so hat mein Kollege Olaf Schulze schon recht deutlich gemacht, dass wir diese heute nicht in den Griff bekommen können. Deshalb ist zu fragen, ob wir heute Entscheidungen für die Zeit in 50 Jahren treffen wollen, obwohl wir wissen, dass wir in 30 oder 40 Jahren eine andere **CO₂-Bilanz** haben müssen. Deswegen entscheiden wir uns dafür, diese Technologie nicht zu wollen.

Wenn Sie genau hingehört haben, so wissen Sie, dass die Energiekonzerne 5 Milliarden € bis 6 Milliarden € wollten. Das haben sie vorgestern ganz laut gefordert. Das ist genau der Weg, den wir bei der Kernenergie gegangen sind. Dort waren es, in D-Mark ausgedrückt, zweistellige Milliardenbeträge. Das wollen wir nicht wiederholen. Wir wollen auch nicht alles andere wiederholen, was wir bei der Kerntechnik hatten, die Nichtrückholbarkeit und all diese Dinge.

Die Aussage, Herr Minister, CCS sei in weiten Teilen der Welt die einzige Lösung, ist praktisch falsch. Die richtige Lösung ist es, vor Ort angepasste Technologien zu bauen, die dort auch funktionieren.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum letzten Satz!

Konrad Nabel [SPD]:

Ich komme zum letzten Absatz, Frau Präsidentin.

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Kommen Sie bitte zum letzten Satz, nicht zum letzten Absatz!

Konrad Nabel [SPD]:

Schade, ich dachte, es hätte funktioniert.

(Heiterkeit)

Wir dürfen nicht unsere Technologie exportieren wollen, sondern wir müssen den Menschen vor Ort helfen, ihre Technologie zu bauen. Daher ist es

nicht richtig, die Technologie der Großkonzerne zu exportieren.

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Herr Kollege Nabel, der Kollege Hentschel hat sich eben für sein Überziehen entschuldigt. Ich bitte Sie jetzt wirklich, zum Schluss zu kommen.

Konrad Nabel [SPD]:

Ich entschuldige mich auch. - Wir müssen dafür sorgen, dass in den Entwicklungsländern und dort, wo sie gebraucht werden, dezentrale Lösungen gefunden werden. Das Know-how dazu haben wir, und das sollten wir exportieren.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Für einen weiteren Kurzbeitrag erhält der Herr Abgeordnete Manfred Ritzek das Wort. Ich bitte darum, sich wirklich an die Redezeit von drei Minuten zu halten.

Manfred Ritzek [CDU]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich bin davon überzeugt, dass wir alle eindeutig das Ziel akzeptieren, das wir vorhin zahlenmäßig definiert haben und das auch im vorigen Jahr auf dem letzten **G8-Gipfel in Japan** von den großen Regierungschefs formuliert worden ist, die sagten: Wir müssen bis zum Jahr 2050 50 % des **CO₂-Ausstoßes**, bezogen auf das letzte Jahr, reduzieren, das heißt, von etwa 28 Milliarden t CO₂ im Jahr 2008 auf 14 Milliarden t CO₂-Ausstoß im Jahr 2050. Wir unterscheiden uns nur im Hinblick auf relativ kurzbeziehungsweise mittelfristige Wege. Wir sind davon überzeugt, dass die **regenerativen Energien** für die Zukunft eine sehr große Bedeutung haben werden, aber sie kommen eben nicht schnell genug, um unseren Strombedarf regional, national und international zu decken. Im letzten Jahr haben sie in Deutschland nur einen Anteil von etwas über 7 % des gesamten Energiebedarfs decken können. Im Strombereich waren es etwa 15 %.

Im Hinblick auf den Kollegen Matthiessen und auf den Kollegen Hentschel sage ich: Wir beziehen uns auf unterschiedliche Professoren. Einmal wird zitiert, was Herr Professor Hohmeyer sagt. Ich zitiere immer, was Herr Professor Kater sagt. Vielleicht sollten sich die Professoren einmal zusammensetzen. Herr Professor Kater von der Technischen

(Manfred Ritzek)

Universität sagt beispielsweise, dass der **Wirkungsgrad** bei der **Abscheidungstechnik** 6 % bis 11 % betragen wird, je nachdem, welche Technik man anwendet. Die Anwendung der Technik ist auch entscheidend für die Konsistenz des CO₂, und die Konsistenz des CO₂ ist wichtig in Bezug auf die Aufnahmefähigkeit der Lagerstätten. Davon hängt also auch die Technik ab, davon hängt es ab, ob die Kohle nach oder vor der Verbrennung vergast wird.

Professor Kater - ich zitiere ihn noch einmal - sagt: Bei der Anwendung der Sequestrierung verursacht ein heutiges Braunkohlekraftwerk im Durchschnitt etwa 950 g CO₂ für eine Kilowattstunde, ein Steinkohlekraftwerk etwa 750 g CO₂ und ein Erdgaskraftwerk etwa 370 g CO₂, und mit einer qualifizierten Abscheidetechnik können Sie eine Größenordnung von 100 g CO₂ erreichen, und zwar unter Berücksichtigung aller anderen Faktoren wie der Reduzierung des Wirkungsgrades und dem höheren Einsatz von Kohle. Insoweit ergibt sich also ein deutliches Plus für die Anwendung der **Sequestrierung**.

Ich bitte, unseren Antrag in die Ausschüsse zu überweisen, und ich sage auch warum, Herr Dr. Garg. Ich denke, dass wir im Ausschuss vielleicht auch den Kollegen Schulze mit guten Argumenten überzeugen können.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, die Anträge Drucksachen 16/2396 und 16/2436 dem Wirtschaftsausschuss federführend und zur Mitberatung dem Umwelt- und Agrarausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Bei Enthaltung der FDP-Fraktion ist dies so beschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 27 auf:

Versetzung des Wissenschaftsstaatssekretärs Jost de Jager in den einstweiligen Ruhestand

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
[Drucksache 16/2413](#)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Ich sehe, das ist nicht der Fall. Somit eröffne ich die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ihrem Vorsitzenden, dem Herrn Abgeordneten Karl-Martin Hentschel, das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Negativschlagzeilen um das **UK S-H**, um den größten Betrieb dieses Landes, nehmen kein Ende. Das Schiff hat Schlagseite, bereits der sechste Deckoffizier hat unter Protest gegen den Kapitän das Schiff verlassen, und die Reederei namens Landesregierung tut so, als sei das alles normal.

Natürlich kann man sagen: Das sind alles Deppen. Es ist aber schon auffällig, dass diese „Deppen“ anderswo durchweg als qualifiziert und kompetent gelten.

Da war die hoch angesehene Inhaberin der Vorstandsposition für Krankenpflege und Patientenservice, Barbara Schulte. Sie ging, weil sie es hier nicht mehr aushielt. Nun ist sie Geschäftsführerin im Vorstand der Uniklinik Göttingen und wird dort hoch gelobt. „Frau Schulte hat uns als außergewöhnlich dynamische und energische Persönlichkeit mit ihrer hohen Fachkompetenz überzeugt“, heißt es dort auf der Homepage.

Oder nehmen wir den Weggang von Günter Zwilling. Auch er schied, wie man hörte, im Unfrieden. Seit einem Jahr ist er stattdessen Kaufmännischer Direktor der Uniklinik Köln. Hier in Kiel vergingen derweil Monate, bis mit Julia Kähning eine Nachfolgerin gefunden wurde.

Schließlich wurde auch der Vorstandsvorsitzende des UK S-H, Professor Dr. med. Bernd Kremer, hinausgemobbt, indem man ihm erst die Kripo auf den Hals jagte und anschließend kleinlaut mitteilen musste, dass man sich offensichtlich geirrt habe. Nun wird Herr Professor Kremer stattdessen Geschäftsführer einer anderen Gesellschaft des Landes, der neuen Tochtergesellschaft NRoCK.

Auch die Neubesetzung des Posten des Vorstandsvorsitzenden ist mehrfach gescheitert. Unter anderem lehnte der Essener Neuroradiologe Professor Dr. Michael Forsting diese Position ab, obwohl man sich bereits vertragseinig gewesen war. Begründet hat er das folgendermaßen: „Die Politik in Schleswig-Holstein hat in der Vergangenheit mehrfach gezeigt, dass man weder auf ärztliches noch auf kaufmännisches Wissen im Vorstand Wert legt“, heißt es in einem Schreiben Forstings deutlich.

Auch der Wirtschaftssachverständige im Aufsichtsrat des UK S-H, Uwe Petersen, legte mit unmissverständlichen Worten sein Amt nieder. Ich zi-

(Karl-Martin Hentschel)

tiere aus der „Landeszeitung“ vom 16. Dezember 2008: de Jagers „hohes Maß an persönlicher und sachlicher Inkompetenz, verbunden mit zunehmender Arroganz“ hätten die Sitzungen des Aufsichtsrats zu einer Show gemacht.

Als Sechste in dieser Reihe legte die Aufsichtsrätin Professor Eva-Bettina Bröcker, Dermatologin am Würzburger Uniklinikum, ihr Amt nieder. Ich zitiere die „Kieler Nachrichten“ vom 13. Januar dieses Jahres: Bröcker habe an Wissenschaftsminister Werner Marnette geschrieben, zur stimmlichen Absegnung teilweise kaum nachvollziehbarer struktureller und personeller Entscheidungen im UK S-H sei sie nicht länger bereit. Der Aufsichtsrat sei, so beklagt Bröcker, überproportional politisch dominiert.

Meine Damen und Herren, wenn sechs leitende Persönlichkeiten, meist unter direktem Verweis auf die Unfähigkeit des Aufsichtsratsvorsitzenden, ihr Amt niederlegen oder gar nicht erst antreten, dann kann man nicht zur Tagesordnung übergehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Jetzt kommt ein Absatz, den ich am letzten Sonntag geschrieben habe:

Es ist offensichtlich, dass Staatssekretär de Jager durch sein Amt überfordert ist. Bevor wir die nächste Hiobsbotschaft hören und der neue designierte Vorstandsvorsitzende Thomas Kersting auch noch geht, sollte Minister Marnette erst einmal persönlich den Aufsichtsrat übernehmen. So geht es nicht weiter.

Die Sache ist überholt. Herr Kersting ist mittlerweile auch gegangen. Wie man hört, gab es auch diesmal aus Kiel verursachte Gründe, die seinen Weggang begründet haben. Die Bewertung kann der Minister selber abgeben.

Meine Damen und Herren, das Maß ist voll. Ich erwarte von der Landesregierung unverzügliches Handeln.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Bevor ich wieder das Wort erteile, erlauben Sie mir, auf der Tribüne Mitglieder des CDU-Ortsverbands Süderhastedt aus Dithmarschen zu begrüßen, unter ihnen der Kreispräsident Karsten Peters. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort für die CDU-Fraktion erteile ich dem Herrn Abgeordneten Niclas Herbst.

Niclas Herbst [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CDU-Landtagsfraktion hat volles Vertrauen in Staatssekretär Jost de Jager. Wir lehnen diesen Antrag ab.

(Beifall bei der CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was sagen Sie zu den Vorfällen?)

Damit ist das Wichtigste gesagt. Aber - keine Angst, ich kriege die fünf Minuten voll - wir lehnen auch Ihre Pauschalisierungen ab, auch die Personalisierung der Probleme ab. Wir lehnen auch ab, dass versucht wird, die vorhandenen Probleme und teilweise vorhandene Unruhe zu skandalisieren und politisch auszuschlachten. Was wir ebenso ablehnen, ist das einfache Weltbild, dass manchmal dahintersteckt: Schuld sind immer die anderen, und zwar immer die anderen mit dem anderen Parteibuch.

Ich sage in aller Deutlichkeit: Einen Staatssekretär, der diese Konflikte scheuen würde und der Angst vor den Grünen hätte, würden wir auch ablehnen. Deswegen sind wir froh, dass Jost de Jager das macht.

(Beifall bei der CDU)

Etwas boshaft könnte man sagen, die Grünen haben in ihrer Regierungszeit mit dem einstweiligen Ruhestand nicht gegeizt,

(Heiterkeit bei CDU und FDP)

aber rein finanzpolitisch war das schon ein Problem. Wir werden das anders machen.

Ich habe an dieser Stelle ein kleines Déjà-vu. Praktisch in jeder Sitzung steht das Thema UK S-H auf der Tagesordnung. Jedes Mal sagen wir völlig zu Recht, wie wichtig dieser Arbeitgeber ist und welche gute Arbeit dort geleistet wird. Dies tue ich auch an dieser Stelle. Ich stelle aber auch die Frage, ob wir das wirklich in jeder Sitzung machen müssen und ob das insgesamt nicht eher zur Unruhe beiträgt.

Ich will einige der grünen Anträge, die wir in den letzten Monaten hier besprochen haben, benennen. Allein die sprachliche Kreativität zeigt, was dahintersteckt. „Zukunft des Universitätsklinikums“, „Zukunft des UK S-H“ - das sind zwei verschiedene Anträge -

(Heiterkeit bei CDU und FDP)

(Niclas Herbst)

„Bericht zur Situation des UK S-H“, „Situation des UK S-H“. Ich schlage vor, dass der nächste Antrag heißt: Situation der Zukunft des UK S-H. Den können Sie präventiv schon einmal für die nächste Sitzung stellen.

(Heiterkeit bei CDU und FDP)

Was hat sich seit der letzten Sitzung nun wirklich an Veränderungen ergeben? Das haben Sie nicht erwähnt. Wir konnten erstmals positive Zahlen hören. Der Minister wird darauf eingehen.

(Beifall bei der CDU)

Das ist doch ein gutes Signal, meine Damen und Herren. Wir kommen mit der **Sanierung** des UK S-H voran.

Natürlich muss man auch Nachfragen stellen. Natürlich muss man auch Kritik äußern dürfen. Keine Frage. Ich glaube aber, dass der von Ihnen aufgezeigte Konflikt zwischen Wirtschaft/Wissenschaft/Politik auch und gerade im Aufsichtsrat gelöst werden muss. Herr Kollege Hentschel, Sie haben mehrfach gesagt: „Wie man hörte“, „wie ich gehört habe“, „wie in der Zeitung zu lesen war“.

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Alles Originalzitate!)

- „Wie Sie gehört haben“ war das Originalzitat?

(Heiterkeit bei der CDU - Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das waren Zitate in Zeitungen! Originalbriefe!)

Das liegt nicht in der unmittelbaren Verantwortung des Landtags. Dennoch kann man über vieles diskutieren. Nur, Antworten geben Sie gar nicht. Sie fordern einfach nur einen Rücktritt. Sie sollten sich fragen, ob das der richtige Weg ist.

Zum Aufsichtsrat will ich an dieser Stelle nicht viel sagen. Ich gehöre nicht dazu. Dieser Konflikt Wissenschaft/Wirtschaft/Politik muss dort ausgetragen werden. Man darf nicht davonlaufen. Ich frage mich wirklich, ob es im Sinne der Grünen ist, wenn gesagt wird, der Einfluss der Politik sei zu groß. Hinter der Frage, ob ein Zurückdrängen des **Einflusses des Landes** nach dem, was Sie bisher immer gesagt haben, in Ihrem Sinne ist, mache ich ein großes Fragezeichen.

Ich will an dieser Stelle durchaus darauf hinweisen, dass es Dinge gibt, die wir im zuständigen Ausschuss diskutieren müssen, beispielsweise das Thema Medizinstudentenzulassung in Lübeck bis hin beispielsweise zu Strukturfragen. Das sage ich selbstkritisch. Da muss man sich selbst hinterfra-

gen. Das machen Sie in diesem Antrag aber gar nicht. Deshalb müssen wir uns fragen, was von diesem Antrag bleibt, außer dass wir ihn logischerweise ablehnen. Nicht viel.

Ich sage aber auch, dass es im Interesse meiner Fraktion ist, dass es zu einer baldigen **Besetzung** der Posten kommt, und zwar mit Augenmaß und der nötigen Diskretion. Auch wir können dazu beitragen, indem wir Anträge wie diesen zukünftig eher hinterfragen. Anträge wie dieser erhöhen nämlich die Attraktivität der Posten am UK S-H auch nicht. Deshalb den Mantel des Schweigens darüber. Freuen wir uns über die positive Entwicklung, und hoffen wir, dass es in Zukunft besser geht und dass jeder seinen Beitrag dazu leistet.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Niclas Herbst und erteile für die SPD-Fraktion dem Herrn Abgeordneten Jürgen Weber das Wort.

Jürgen Weber [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Herbst hat mich heute Morgen im Foyer gefragt, ob die SPD-Fraktion dem Antrag der Grünen zustimmen werde. Ich habe das heute Morgen so verstanden, dass ihn die Sorge um die Koalitionsdisziplin der SPD umtreibt. Aber nach dieser Rede kann man auch andere Vermutungen haben. Denn Ihr ultimatives Bekenntnis zum Staatssekretär klingt etwa so wie die Präsidiumserklärungen kurz vor Trainerentlassungen. Insofern mag es sein, dass Sie selbst ein Auge auf diesen Job geworfen haben.

(Heiterkeit und vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ich muss Sie entweder beruhigen oder aber enttäuschen - das mögen Sie selbst entscheiden. Wir werden dem Antrag der Grünen natürlich nicht zustimmen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Ich will dazu kurz fünf Punkte sagen.

Erstens begründen die Grünen ihren Antrag im Kern mit der Formulierung: aufgrund eines Fehlverhaltens des Staatssekretärs. Für meine Fraktion will ich deutlich sagen: Wir sehen kein **Fehlverhalten** des Staatssekretärs, auch nicht in seiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender. Insofern sehen wir

(Jürgen Weber)

keine Veranlassung, dem Antrag der Grünen Folge zu leisten.

Zweitens. In der Begründung des Grünen-Antrags - Herr Kollege Hentschel hat einige Gründe vorgetragen - ist eine Chronique scandaleuse aufgeführt. An der Widersprüchlichkeit der Aussagen sieht man schon, dass die **Probleme** etwas tiefer liegen müssen. Die einen beklagen sich, dass in dem Aufsichtsrat zu stark wirtschaftlich argumentiert werde, beispielsweise Frau Bröcker. Andere argumentieren, dass zu wenig wirtschaftlich argumentiert werde. Dritte wiederum sagen, das Problem seien eigentlich Indiskretionen. Das zeigt, dass das Problem tiefer liegt und nicht allein an einer Personalie festgemacht werden kann.

Drittens. Es ist in der Tat so - auch Minister Dr. Marnette hat sich in ähnlicher Richtung geäußert -, dass wir es im Klinikum mit **Partikularinteressen** zu tun haben. Das ist nun wahrlich keine überraschende und neue Erkenntnis. Natürlich gibt es diejenigen, deren Forschungsinteresse im Vordergrund steht. Es gibt bei anderen Interessen, die eher im wirtschaftlichen Bereich angesiedelt sind. Wir haben die Kiel-Lübeck-Fragen. Wir haben die Interessen der verschiedenen Gruppen in diesem Klinikum.

Das Problem ist doch nicht, dass es Partikularinteressen gibt oder vielleicht sogar Indiskretionen, was ich nicht weiß und was ich auch nicht behaupten will. Das Problem ist, dass Partikularinteressen und -institutionen erfolgreich sein können, dass man zulässt, dass sie erfolgreich sind. Das ist das eigentliche Problem. Das müssen wir in der künftigen Arbeit abstellen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ein Managementproblem!)

Viertens. Minister Austermann, also unser vorheriger Wirtschaftsminister, und auch Staatssekretär de Jager haben sich sehr erfolgreich ins Zeug gelegt, um die früheren Vorstandsmitglieder loszuwerden. Das kann man ohne Frage sagen. Das ist hier im Parlament auch so vorgetragen worden. Deshalb gilt unsere Erwartung, dass bei der **neuen Zusammensetzung** und Zusammenführung des **Vorstands** die Position des Vorstandsvorsitzenden schnell, zügig und mit großer Professionalität besetzt wird. Ein neues Vorstandsmitglied haben wir. Der **Bereich Pflege** befindet sich im Verfahren. Wir erwarten, dass es zügig umgesetzt wird. Da sind wir optimistisch. Diese Erwartung muss man

in aller Ruhe aussprechen. Wir gehen davon aus, dass die Gremien in der Lage sind, dieses zu lösen.

Fünftens stehen wir zu dem verabredeten Verfahren „**Sanierung ohne Privatisierung**“. Das muss nicht alles wiederholt werden. Als Parlament haben wir uns aus Personalentscheidungen herauszuhalten. Das wollen wir auch tun. Ich will trotzdem eines sagen: Wir haben einen starken Sanierer im Klinikum. Wir haben einen Kaufmännischen Vorstand im Klinikum. Wir haben einen Pflegevorstand im Verfahren. In der Ausschreibung ist deutlich gemacht worden, dass hier auch wirtschaftliche Kompetenz eine Rolle spielen soll. Deswegen sage ich eindeutig: Bei der Frage des Vorstandsvorsitzes muss sich auch in der Person medizinische Exzellenz abbilden, um den Bereich Forschung und Lehre an den Hochschulen, unterstützt durch das Klinikum, abzusichern.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und FDP)

So viel, glaube ich, muss man hier im Parlament an inhaltlicher Einlassung auch machen können.

Zum Schluss möchte ich noch einmal deutlich machen, dass wir kein Fehlverhalten des Aufsichtsratsvorsitzenden erkennen. Wir sagen aber, gerichtet an die gesamte Landesregierung - ich betone: an die gesamte Landesregierung -: Wir alle können uns anhaltende Erfolglosigkeit bei der Besetzung des Posten des Vorstandsvorsitzenden nicht gönnen und nicht leisten.

(Beifall bei SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen erwarten wir, dass die Dinge zügig angepackt werden. Alle weiteren Details sollten wir vielleicht besser im Ausschuss beraten. Unsere Zustimmung zu diesem Antrag haben Sie sicherlich nicht ernsthaft erwartet, und wir werden ihm auch nicht zustimmen. Wir beraten im Ausschuss in der Sache weiter und hoffen, dass wir die Dinge zügig vom Tisch bekommen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich erteile das Wort für die FDP-Fraktion dem Herrn Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Eine alte Volksweisheit besagt: Wenn irgendwo erst einmal der Wurm drin ist, dann treibt er sein Unwesen

(Dr. Ekkehard Klug)

dort sehr nachhaltig, und man bekommt ihn auch nicht so leicht wieder heraus.

In diesem Sinne müsste man schlussfolgern: Was die Landesregierung bisher in Sachen Universitätsklinikum zustande gebracht hat - oder besser gesagt: nicht zustande gebracht hat -, das bedürfte eigentlich dringend einer politischen Wurmkur.

Der Therapievorschlag der Grünen hingegen lautet schlicht und einfach: Feuert den bisherigen UK S-H-Aufsichtsratschef Jost de Jager und macht den Wissenschaftsminister höchstselbst zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats! - Der arme Herr Marnette! Da wollen die Grünen den freundlichen neuen Minister schon ein paar Monate nach seinem Amtsantritt an den Rand des landespolitischen Abgrunds schieben. Das ist wirklich nicht nett. Das ist sogar eine ziemlich boshafte Idee, in diesem Fall sogar eine giftig grüne Idee. Dabei können Sie sich auch nicht darauf berufen, dass das Prinzip des kurzen Prozesses bei der Landesregierung momentan sehr en vogue ist. Kaum ist der Ministerpräsident ein bisschen verschnupft, wird der junge Landwirtschaftsminister in die Wüste geschickt.

(Heiterkeit)

Er kann sich aber damit trösten, dass auch Prinz Charles gelegentlich einspringen muss, wenn Mami indisponiert ist.

(Heiterkeit)

Nun wieder zurück zum ernstesten Thema Universitätsklinikum. So, wie die Sache beim Universitätsklinikum derzeit beschaffen ist, kann es nicht gut ausgehen. Es handelt sich eher um eine **Strukturfrage** beziehungsweise um mehrere Strukturfragen, aber nicht in erster Linie bei der Besetzung des Aufsichtsrats um ein Personalproblem.

(Beifall bei der FDP)

Das entschuldigt nicht den einen oder anderen Fehler der handelnden Personen. Selbst glühende Anhänger dieser Landesregierung - sofern man solche überhaupt noch im Lande Schleswig-Holstein finden sollte -

(Zuruf von der CDU: Doch!)

werden kaum behaupten wollen, dass Herr Kollege Jost de Jager in seiner Funktion als Aufsichtsratschef des UK S-H eine besonders glückliche Hand gehabt hat. Das wird niemand behaupten können.

(Zuruf von der CDU: Doch!)

Aber auf einer eisglatten Fläche rutscht man nun einmal leicht aus und bricht sich die Gräten. Mit

dem Beispiel der eisglatten Fläche meine ich die Strukturprobleme, die ich ansprechen möchte. Da die Grünen mit dem Thema Aufsichtsratsvorsitz eingestiegen sind, möchte ich das zunächst thematisieren.

Zur Frage der Konstruktion des **Aufsichtsrats**. Werfen Sie einmal einen Blick in die Analyse des Wissenschaftsrates zu den **Leistungsstrukturen** deutscher Universitätskliniken. Ich nenne ein Beispiel, das ich viel interessanter finde als die Situation, die wir nach der Gesetzeslage in Schleswig-Holstein haben. Das sächsische Hochschulgesetz bestimmt für den Aufsichtsratsvorsitzenden eines Universitätsklinikums, dass die Wahl aus dem Kreis der Mitglieder des Aufsichtsrats erfolgen soll. Der Aufsichtsratsvorsitzende soll nicht der Staatsregierung angehören.

Das bietet die Chance, jemanden als Interessenvertreter des Landes zu finden, der Sachverstand aus dem Bereich Hochschulmedizin und Krankenhausmanagement mitbringt und damit mit einem ganz anderen Hintergrund diese Funktion des Aufsichtsratsvorsitzenden wahrnehmen kann.

(Beifall bei der FDP)

Ähnliche Beispiele zeigen sich in anderen Feldern. Herr Wiegand schaut schon ganz blümerant. Aufsichtsratsfunktionen in staatseigenen Banken sollten nicht Minister ausüben. Es sollte also nicht nach dem alten Prinzip gehandelt werden: Wem Gott gibt ein Amt, dem gibt er auch Verstand. - Bezogen auf den Sachverstand des Managements eines großen Unternehmens ist das nämlich nicht automatisch gegeben. Man kann niemandem vorwerfen, dass er aufgrund seines beruflichen Hintergrundes nicht all das mitbringt, was man wissen muss, wenn man eine **Kontrollfunktion** ausübt. - Dies zur Konstruktion des Aufsichtsrats.

Beispiel zwei bezieht sich auf die Frage der Einbeziehung des **Sachverstands** der Medizinischen Fakultäten. Wir sind fest davon überzeugt - wir hatten vor zwei Jahren entsprechende Anträge zur Änderung des Hochschulgesetzes gestellt -, dass es sinnvoll ist, die beiden Dekane der Medizinischen Fakultäten in Kiel und Lübeck zu nebenamtlichen Mitgliedern des Aufsichtsrats zu machen. Somit hätten wir Sachverstand aus den Bereichen Forschung und Lehre im Vorstand verankert. Dann könnte man sich den bürokratischen und sehr teuren Aufwand mit dem Medizinausschuss und mit dem Medizindirektor schenken. Das würde die Sache also einfacher machen.

(Dr. Ekkehard Klug)

Dritter Grund, weshalb es so schwierig ist, einen Aufsichtsratsvorsitzenden zu finden - -

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Herr Abgeordneter Klug, erlauben Sie eine Zwischenfrage?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Bitte nicht während des laufenden Satzes!)

- Entschuldigen Sie bitte.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Ja.

Jürgen Weber [SPD]: Herr Abgeordneter, Sie haben gesagt, dass Sie es für sinnvoll und vernünftig halten, dass die beiden Dekane im Aufsichtsrat vertreten sind. Im nächsten Satz haben Sie aber vom Vorstand gesprochen. Meinen Sie nun den Aufsichtsrat oder den Vorstand?

Entschuldigung, das war ein Versprecher. Ich möchte, dass die beiden Dekane als nebenamtliche Mitglieder in den Vorstand aufgenommen werden. Das war unser Antrag. Das war vorhin also schlicht und ergreifend ein Versprecher. Danke für den Hinweis.

Ein drittes Strukturproblem liegt darin, dass die Bewerber um das Amt des Vorstandsvorsitzenden immer daran denken müssen, dass sie als zweiten Fürsten auch noch mit Herr Schleifer zurecht kommen müssen. Dies ist bei der Personalrekrutierung für die Spitze des Vorstands des UK S-H auch nicht unbedingt hilfreich.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da sitzt einer, der ihm immer ins Ohr flüstert: Ik bün all dor. - Es ist also keine klare **Leitungsstruktur** gegeben. Ich denke, auch dieses Strukturproblem muss man angehen.

Strukturproblem Nummer vier ist gewissermaßen die Mutter aller Strukturprobleme. Das ist unser ceterum censeo. Das ist die aus unserer Sicht verfehlte Konstruktion mit einem **fusionierten Universitätsklinikum**. Das kann nach unserer Überzeugung nicht zu vernünftigen Ergebnissen führen. Diese Einsicht verbreitet sich übrigens im Land an beiden Standorten - also in Kiel und Lübeck - immer mehr. Ich glaube, der einzige glühende Verfechter des fusionierten UK S-H ist der Erfinder der ganzen Veranstaltung, Herr Dr. Stegner. Sie wissen, dass wir eine andere Überlegung haben, nämlich die Ein-

richtung einer **Stiftungsuniversität** in Lübeck. Dabei sollten private Mitstifter gegebenenfalls mit ins Boot geholt werden. Das wäre eine Perspektive, die nach unserer Überzeugung für beide Standorte - also für Lübeck und für Kiel - bessere Perspektiven brächte als die Fehlkonstruktion eines fusionierten Klinikums.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Noch im August 2006 bejubelte der damalige Wissenschaftsminister Dietrich Austermann die 50-prozentige Teilprivatisierung des UK S-H als großartige Chance, also die Privatisierung aller krankenhausrelevanten Teile. Im April vergangenen Jahres führte der damalige Wirtschaftsminister im Landtag die Vorteile privaten Kapitals für das UK S-H im Munde, wenn auch angesichts des Koalitionspartners SPD noch sehr verklausuliert.

Sein Nachfolger, Herr Minister Marnette, hat uns vor sechs Monaten die Sanierungsmaßnahmen als eine Reihe von fast schon historisch zu nennenden Erfolgen verkaufen wollen, weil endlich das vorrangigste Ziel, nämlich die Verbesserung der **Wettbewerbsposition**, konkret in Angriff genommen worden ist. Überflüssig, daran zu erinnern, dass Forschung und Lehre sowie Krankenhausversorgung für Wirtschaftsminister Marnette damals an fünfter Stelle der Prioritäten rangierten.

Damit sind wir direkt beim Kern der Probleme des UK S-H. Ich möchte dazu ein Sprichwort bemühen: Wer als einziges Werkzeug einen Hammer hat, neigt dazu, alles wie einen Nagel zu behandeln. - So geschehen beim damaligen Wirtschaftsminister, als ihm die Zuständigkeit für die Wissenschaft zugewiesen wurde. Konsequenterweise wurden den Universitäten und auch den akademischen Lehrkrankenhäusern ökonomische Kriterien der **Kosten-Nutzen-Analyse** und der **monetären Verwertbarkeit** übergestülpt. Das war in manchen Fällen auch angebracht. Die Kriterien allerdings bei der Sanierung des UK S-H vorrangig und fast ausschließlich anzuwenden, war völlig falsch.

Das hat zum einen die Beschäftigten demotiviert. Das Einzige, was man von ihnen wollte, waren Lohnverzicht, Arbeitsverdichtung und Einsparun-

(Lars Harms)

gen. Das Wissenschaftsministerium hat sich dabei getreulich an die Koalitionsvereinbarung gehalten und eine Angleichung der Tarife verhandelt. Viel Kredit wurde dabei verspielt.

Zum anderen wurde die Arbeit der Leitungsgremien durch die **politischen Vorgaben** völlig eingezwängt. Das ist den Begründungen sämtlicher Rücktritte zu entnehmen, die der Kollege Hentschel gerade eben noch einmal zitiert hat. Die Berufenen konnten angesichts der von Wirtschaftsinteressen dominierten Vorgaben ihre Aufgaben gar nicht mehr richtig erfüllen.

Das UK S-H darf nicht privatisiert werden. Ebenso lehnt der SSW die rücksichtslose **Verwirtschaftlichung** des UK S-H als falsch ab. Bei dieser Haltung bleibe ich, auch wenn uns jüngste Pressemitteilungen bereits fürs nächste Jahr - übrigens dem Wahljahr - schwarze Zahlen versprechen. Denn die Strukturprobleme und auch die Standorttrivalitäten sind damit noch nicht einmal im Ansatz gelöst. Das wiederum belegt die schwierige Suche des Landes in Bezug auf Führungspositionen.

Der Spagat der Koalitionspartner zwischen Frontalprivatisierern und Privatisierungsgegnern hat zu einer Reihe von Fehlentscheidungen geführt. Das kann man an den Entscheidungen der letzten Monate ablesen: Klare Entscheidungen zum **Erhalt** der **Standorte** und Verbesserung der **Versorgungsqualität** kann ich nur unter „ferner liefen“ finden. Stattdessen soll die Gewinnerwirtschaftung maximiert werden, was einem Krankenhaus der höchsten Versorgungsklasse mit seinen Lehr- und Forschungsverpflichtungen zwangsläufig nicht guttut.

Dennoch tragen wir den vorliegenden Antrag nicht mit, obwohl die Kritik durchaus berechtigt ist. Die Auswechslung von Personen ist nämlich keine Lösung, solange die politische Richtung beibehalten wird. Dabei spielt es auch keine Rolle, ob ein Staatssekretär oder ein Minister selbst die Geschicke in die Hand nimmt. Bleibt nämlich die **Privatisierung**, oder wie auch immer man den Teilverkauf des UK S-H nennt, auf der Agenda, ist der Name des Aufsichtsratsvorsitzenden egal. Besser wäre es, die **Zuständigkeiten** innerhalb der **Landesregierung** zu ändern, damit wissenschaftliche Aspekte oder auch Aspekte der Gesundheitsversorgung wieder eine stärkere Rolle beim UK S-H spielen. Das haben wir schließlich schon einmal gehabt und sind damit gut gefahren.

(Beifall beim SSW)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Für die Landesregierung erhält Herr Minister Dr. Christian von Boetticher für den Wissenschaftsminister Dr. Marnette das Wort.

Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist ein bekannter Oppositionsreflex, dass man versucht, aus einem schwierigen Sachthema eine einfache Personalfrage zu machen. Ich bin dem Abgeordneten Weber sehr dankbar für die Ausführungen, denen es in dieser Hinsicht nichts hinzuzufügen gibt, außer der Tatsache natürlich, dass auch die Landesregierung in ihren Staatssekretär de Jager das vollste Vertrauen hat.

(Beifall bei der CDU)

Staatssekretär de Jager hat die unvermeidlichen Konflikte nicht nur auf sich genommen, sondern auch engagiert und zielstrebig Lösungen in Angriff genommen. Das verdient in diesem Haus Respekt, und darum haben wir für den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht nur kein Verständnis, sondern er ist - weil der personelle Angriff fehlgehen muss - am Ende ein Angriff auf die Sache selbst, auf den Sanierungskurs und am Ende auch auf den Gesundheitsstandort Schleswig-Holstein.

(Beifall bei der CDU)

Als Staatssekretär de Jager im Jahre 2005 die Verantwortung für das UK S-H übernommen hat, betrug das jährliche **Defizit** mehr als 20 Millionen €. Der Verlustvortrag summierte sich bereits damals auf mehr als 50 Millionen €, die Verbindlichkeiten betragen rund 30 Millionen €. Herr Hentschel, wenn Sie schon den Vergleich eines Schiffs wählen, würde ich sagen, dieses Schiff hatte bereits den Eisberg geküsst, als der Kapitän an Bord gekommen ist.

Die Landesregierung hat im Jahre 2007 ein Sanierungskonzept beschlossen, dessen Ziel es ist, das jährliche Defizit bis zum Jahre 2010 jeweils zu halbieren. Gleichzeitig - auch daran darf ich erinnern - musste der vorhandene Investitionsstau in Höhe von mehreren 100 Millionen € abgebaut werden. Ein **Masterplan**, die Finanzierung, soll bis zum Sommer beschlossen sein.

Vor dem Hintergrund dieser gewaltigen Aufgaben standen für uns mehrere Themen im Vordergrund. Das waren die Sicherung der **Arbeitsplätze**, die **medizinische Versorgung** im Land, aber natürlich auch der **Forschungsstandort**. Alle diese drei Din-

(Minister Dr. Christian von Boetticher)

ge zusammen ließen den angesteuerten **Sanierungskurs** unausweichlich erscheinen. Es ist kein Wunder - auch das hat der Abgeordnete Weber hervorragend erklärt -, dass diesem Prozess nicht alle gleich offen gegenüberstehen. Den einen geht er nicht schnell genug, den anderen geht er zu schnell, und nur bestimmte Personengruppen sind immer voll einverstanden. Das ist kein einfacher Kurs.

Vor diesem Hintergrund ist dann auch die Frage zu sehen, wie man den **Posten** eines **Vorstandsvorsitzenden** besetzt. Anhand der Schilderungen, die hier gefallen sind, ist deutlich geworden, dass das keine einfache Aufgabe ist. Es gibt Kräfte im UK S-H, die bei dieser Personalfindung am Ende nicht immer hilfreich sind. Wir haben als Landesregierung daher beschlossen, das Besetzungsverfahren zu verändern, und sind zuversichtlich, bis zum Sommer ein positives Ergebnis präsentieren zu können.

Zu den beiden **Rückritten** aus dem **Aufsichtsrat** möchte ich noch sagen: Sie waren schon vorher angekündigt, nur der Zeitpunkt der Rücktritte war offen. Wir haben das zur Kenntnis genommen, und Sie können versichert sein, dass wir in Kürze auch kompetente Nachfolgerinnen und Nachfolger präsentieren werden.

Ich darf aber auch sagen - und das ist angeklungen -, der Sanierungskurs zeigt Wirkung. Im Jahresabschluss werden wir das Defizit auf rund 8 Millionen € halbieren, und der am Montag beschlossene **Wirtschaftsplan** sieht weitere Halbierungen vor. Alle Beteiligten, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, der Sanierer, der Vorstand und nicht zuletzt der Aufsichtsrat, haben hier hervorragende Arbeit geleistet. Dafür sage ich an dieser Stelle einen ganz herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Die Politik der Landesregierung wird also erfolgreich umgesetzt. Denn das Ziel, die Handlungsfähigkeit und am Ende die Exzellenzfähigkeit der Hochschulmedizin in Schleswig-Holstein zu gewährleisten, liegt uns am Herzen. Wir hoffen, dass wir jetzt ein Stück weit in ruhigere Fahrwasser kommen. Wir glauben auch, dass die Personalentscheidung zügig getroffen werden muss. Die Weichen sind gestellt.

Meine Damen und Herren von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, seien Sie an dieser Stelle zumindest einmal Teil einer Lösung, und reden Sie nicht schlecht, was nicht mehr so schlecht ist, sondern sich auf einem guten Weg befindet!

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Herrn Minister. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Beratung. Es ist beantragt worden, über den Antrag in der Sache abzustimmen, wobei es dem Ausschuss selbstverständlich unbenommen ist, sich weiterhin mit dem UK S-H zu beschäftigen. Wer dem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag Drucksache 16/2413 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung des SSW abgelehnt.

(Beifall bei der CDU)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 43 auf:

Nachwuchs in der Seeschifffahrt sicherstellen

Bericht der Landesregierung
Drucksache 16/2398

In Vertretung für Minister Dr. Marnette erteile ich dem Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume, Herrn Dr. Christian von Boetticher, das Wort.

Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Antrag der Fraktionen von CDU und SPD ist - das wird aus dem Titel deutlich - vor dem Hintergrund des bisherigen Booms in der Seeschifffahrt gestellt und wirft die Frage auf, wie der notwendige Nachwuchs sichergestellt werden kann. Im Rahmen der nationalen maritimen Konferenzen haben Bund, Länder, Reeder und Gewerkschaften das sogenannte **maritime Bündnis** geschlossen, das die Position der Seeschifffahrt in Deutschland sichern und ausbauen soll. Ein wichtiger Lenkungsmechanismus ist dabei sicherlich die Tonnagesteuer. Die Bedingung dafür ist die Rückflaggung unter deutsche Flagge, und dafür wiederum ist zumindest ein Grundbestand an deutschem Personal nötig, sodass neben dem allgemeinen Boom auch aus den Effekten der Rückflaggung erheblicher Bedarf an Ausbildungskapazitäten resultiert.

Es ist sicherlich nicht nur der Landesregierung aufgefallen, dass die **Finanzkrise** mittlerweile auch auf die Realwirtschaft und nicht zuletzt auch auf

(Minister Dr. Christian von Boetticher)

die **Schifffahrt** durchschlägt. Das wird besonders an den drastisch reduzierten Charterraten deutlich. Teilweise ergeben sich nur noch **Charterraten** von einem Zehntel von dem, was vor der Finanzkrise erwirtschaftet werden konnte. Wer heute einmal in den Hafen von Shanghai guckt, der sieht vor allem vor dem Hafen viele Schiffe, die dort liegen, weil im Augenblick mehr Auflieger da sind, als wir prognostizieren konnten. Darum sind das sicherlich Dinge, die berücksichtigt werden müssen.

Die Zahl der Auflieger steigt, wir haben immer mehr Schiffe, die vorzeitig verschrottet werden, Neubaufaufträge werden im Augenblick in großem Umfang storniert oder zumindest zeitlich verschoben. Natürlich hat das zumindest kurzfristig direkt Auswirkungen auf den **Bedarf an seemännischem Nachwuchs** und insgesamt auf die beruflichen Perspektiven in der Schifffahrt.

Auf der anderen Seite neige ich nicht zur Schwarzmalerei, denn eines ist auch in dieser Wirtschafts- und Finanzkrise deutlich: Auf Dauer werden Kleidungsstücke eben eher in Asien produziert, Unterhaltungselektronik wird in Asien produziert. Dass das nun alles nach Europa zurückwandert und der Schiffsverkehr, der in den letzten Jahren erheblich gestiegen ist, langfristig zurückgeht, ist nicht zu erwarten. Weil das nicht so ist, sind die langfristigen Perspektiven natürlich immer noch günstig.

Was bedeutet das für die **Ausbildung**? Mit dem gegenwärtigen Stand der Kapazitäten der drei **schleswig-holsteinischen Ausbildungseinrichtungen** - das sind die Fachschule für Seefahrt, die Fachhochschule in Flensburg und die Seemannsschule - ist Schleswig-Holstein gut gerüstet. Natürlich werden wir diese Phase der Konsolidierung beobachten müssen, wir werden gucken müssen, wie sich die Nachfrage bei den Reedereien und die Ausbildungstätigkeit bei uns für das seemännische Fachpersonal entwickelt. Die Anstrengungen zum Ausbau der Kapazitäten werden an dieser Stelle mit maßvollem Auge vor dem Hintergrund des Booms, aber auch der jetzigen wirtschaftlichen Entwicklung beobachtet.

Wie immer zeigt sich in einer Krise, dass eine Krise auch eine Chance sein kann. Das sieht man am Beispiel des **Lotsennachwuchses**, insbesondere am Nord-Ostsee-Kanal. Der erkrankte Kollege Marnette erzählt nicht umsonst im Augenblick immer, dass er direkt am **Nord-Ostsee-Kanal** beobachten kann, wie der **Schiffsverkehr** dort dramatisch gesunken ist. Das ist auch spürbar für jemanden, der das beobachten kann. Das behebt bei den Lotsen aber ein Problem. Wir haben nämlich teilweise sehr kritisch

den fehlenden Nachwuchs dort zur Kenntnis nehmen müssen. Es wurde seit dem 1. August 2008 versuchsweise bei den Lotsenbrüderschaften am Nord-Ostsee-Kanal ein alternativer, weniger zeitaufwendiger Zugangsweg zum Beruf für Seelotsen durch eine Änderung des Seelotsgesetzes ermöglicht. Hier hat sich die Situation jetzt deutlich entspannt. Auch dies ist im Bericht näher dargestellt.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass vom Bund, von Schleswig-Holstein und den anderen Küstenländern zum Teil auch mit Unterstützung der Reederschaft beträchtliche Anstrengungen unternommen worden sind, um der **Bedarfsentwicklung** Rechnung zu tragen. Diese sind aber - auch wenn vielleicht für ein Jahr mit negativer Entwicklung in der Seeschifffahrt zu erwarten sein wird - in Anbetracht der fortbestehenden mittel- und langfristigen Perspektiven für die Seeschifffahrt nicht vertan.

Die Landesregierung wird die weitere Entwicklung sorgfältig beobachten und gegebenenfalls notwendige Maßnahmen und Konsequenzen auch im Rahmen der Gremien des maritimen Bündnisses diskutieren und umsetzen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Herrn Minister. Ich eröffne die Aussprache und erteile für die CDU-Fraktion Herrn Abgeordneten Thomas Stritzl das Wort.

(Holger Astrup [SPD]: Der hat nicht einmal den kleinen Bootsführerschein!)

Thomas Stritzl [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich darf mich erst einmal ganz herzlich beim Minister und dem Ressort bedanken, das er hier heute stellvertretend vertritt, für den hervorragenden Bericht. Herr Minister, Sie haben die Situation erschöpfend dargestellt. Lob von der Fraktion der CDU und Dank ans Haus! Wir werden ihm umfänglich folgen und Ausschussüberweisung beantragen. Ich will das nicht wiederholen nach dem Motto: Es ist alles gesagt, nur noch nicht von mir. Deswegen nur eine Anmerkung verbunden mit einer Bitte.

(Zurufe)

- Das kam von Ihnen, nur haben Sie sich nicht konsequent verhalten.

Ich möchte eine Anmerkung zur **Nautikausbildung** machen. Sie tun in Flensburg und Lübeck wirklich

(Thomas Stritzl)

viel, um im Rahmen ihrer Ausbildungsmöglichkeiten das Machbare zu gestalten und den Anforderungen gerecht zu werden.

Bei der Nautik wird es allerdings ein bisschen komisch. Soll man Nautik lernen von Leuten, die es können, die dürfen aber nur lehren, wenn sie in einem weiteren Fach promoviert haben, denn sonst können sie nach § 61 HSG nicht berufen werden. Zurzeit läuft es nach dem Motto: Entweder kann ich Nautik und könnte es vermitteln, dann brauche ich Praxis. Habe ich diese **Praxis**, könnte ich es vermitteln, darf es aber nicht vermitteln, weil ich nicht in einem Nebenfach eine wissenschaftliche Ausbildung habe. Dieses Studium hat aber den Verzicht auf die notwendige Praxis zur Folge. Herr Minister, meine herzliche Bitte ist, im Kabinett mit dafür Sorge zu tragen, dass hier entsprechende **Ausnahmeregelungen im HSG** geschaffen werden,

(Beifall)

um das zu erreichen, was wir alle wollen, dem Menschenverstand ein Stück mehr Raum zu lassen und damit dem Nachwuchs eine bessere Chance zu geben. Das ist wichtig, auch für die **Seeverkehrssicherheit**. Denn es geht ja nicht nur darum, dass wir auf den Schiffen gute Technik haben, sondern wir brauchen auch gutes Führungspersonal. Auch das ist eine Form von praktiziertem Umweltschutz.

Ich bitte die **Reeder**, die Ausbildungszeiten so zu gestalten, dass sie mit den Verweildauern auf den Schiffen korrespondieren. Das Motto „Lange Ausbildung, kurze Stehzeit“ ist vielleicht auch nicht das, was die Attraktivität des Berufs steigert.

Das sind meine zwei Bitten. Ansonsten nochmals Dank für den Bericht, Herr Minister. Wir beantragen Ausschussüberweisung.

(Beifall)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke Herrn Abgeordneten Stritzl und erteile für die SPD-Fraktion der Frau Abgeordneten Anette Langner das Wort.

Anette Langner [SPD]:

Sehr geehrte Frau Landtagspräsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Im Hamburger Hafen drängen sich die arbeitslosen Schiffe, schleswig-holsteinische Häfen mussten ihre Umsatz- und Umschlagprognosen für 2009 korrigieren, fest gebuchte Aufträge für den Neubau von Schiffen sind von Reedereien storniert worden. Der Minister hat dar-

auf hingewiesen. In der Tat, die weltweite **Finanzkrise** hat auch die **Seeschifffahrt** erreicht.

Ich danke dem Minister und seinen Mitarbeitern für den vorliegenden Bericht, den auch ich insgesamt sehr gut und ausführlich finde. Allerdings will ich der Vorbemerkung und der Bewertung des Handlungsbedarfs doch entschieden widersprechen und sehe das ein bisschen anders, als Sie das hier dargestellt haben, Herr von Boetticher. Keine Frage, die gegenwärtige Krise trifft die Seeschifffahrt, und sie trifft sie vermutlich stärker als viele andere Branchen, da die Schifffahrt vor allem von globalisierten Handelsströmen profitiert. Dennoch, ein Schiff ist und bleibt das umweltfreundlichste, sicherste und effektivste Transportmittel überhaupt.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Maritime Jobs an Land und auf Wasser sind nach wie vor Berufe mit Zukunft. Auch wenn wir vielleicht mit einer abnehmenden Nachfrage nach seemännischem Personal zu rechnen haben, ändert das nach meiner Einschätzung nichts an der positiven beruflichen Perspektive in der Seeschifffahrt.

Allein wenn wir an der Zielsetzung festhalten, dass Schiffe deutscher Reeder auch unter **deutscher Flagge** fahren, wird das eine enorme Nachfrage nach gut ausgebildetem Personal zur Folge haben.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Gerade im Bereich der **Ausbildung** ist es notwendig, antizyklisch zu steuern - da werden mir alle Ökonomen recht geben -, also im Abschwung für den Aufschwung auszubilden. Dass der Aufschwung in der Seeschifffahrt wieder kommt, davon können wir sicherlich ausgehen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir sollten den **Fachkräftebedarf** in der Schifffahrt weiter ernst nehmen und unsere Anstrengungen weiter darauf richten, in Schleswig-Holstein und in Zusammenarbeit mit den anderen norddeutschen Bundesländern ausreichende Ausbildungskapazitäten zur Verfügung zu stellen.

Ich will auf drei Sachverhalte aus dem vorliegenden Bericht kurz eingehen. Ich begrüße natürlich ausdrücklich, dass es in **Kooperation der norddeutschen Küstenländer** gelungen ist, die Ausbildungskapazitäten an den norddeutschen Fachhochschulstandorten zum einen zu erweitern und sie zum anderen so zu koordinieren, dass jeder, der

(Anette Langner)

sich um einen Studienplatz bewirbt, diesen auch bekommt.

Was die Situation im Bereich der **seemännischen Berufsschulen** angeht, sollen im Rahmen der Vorbereitung für die sechste maritime Konferenz im März in Rostock die Ausbildungskapazitäten und die Möglichkeit für eine Erweiterung ermittelt und koordiniert werden. Gespräche, die wir im letzten Jahr mit der Schule auf dem Priwall geführt haben, machten deutlich, dass die Schule sowohl räumlich als auch personell an ihre Kapazitätsgrenzen gestoßen ist.

Ein Abgleich mit der Situation der Schulen in Rostock und Elsflöth macht mit Sicherheit Sinn, und die im Bericht vorgeschlagenen Maßnahmen für die räumliche Auslastung und die Besetzung von Stellen an der **Schule am Priwall** müssen jetzt konsequent im Sinne der Ausbildungssicherung verfolgt werden.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich war sehr beeindruckt dort vom Bericht des Schulleiters, dass es Absolventen mit Hauptschulabschluss dieser Schule möglich ist, es über die differenzierten Ausbildungsgänge tatsächlich bis zum Kapitän zu schaffen. In welchem Ausbildungsbereich haben wir solche **Aufstiegchancen** durch Bildung?

Die Beantwortung unserer Frage nach der Vergütungsstruktur und den Einstellungs Voraussetzungen für **nautisches Lehrpersonal** macht deutlich, dass attraktive Angebote im Rahmen der bisher geltenden rechtlichen Voraussetzungen fehlen. Der Kollege Stritzl hat darauf hingewiesen. Es ist im Moment sehr schwierig, qualifizierte, kompetente Lehrkräfte zu bekommen. Nach unseren Informationen betrifft das Problem der Besetzung von Professorenstellen in der Seefahrt nicht nur die Nautik, sondern auch in besonderem Maße die Schiffsbetriebstechnik. In diesem Bereich sind zurzeit zwei Ausschreibungen offen, und es liegen kaum qualifizierte Bewerbungen vor. Deswegen sind alle Anstrengungen darauf zu konzentrieren, die rechtlichen Rahmenbedingungen zu verändern.

(Beifall der Abgeordneten Rolf Fischer [SPD] und Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es wäre doch wirklich absurd, wenn die von allen begrüßte Ausweitung der Ausbildungskapazität nicht zum Tragen käme, weil wir Professorenstellen in Flensburg nicht besetzen können.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Herr Minister verweist in dem vorliegenden Bericht zu Recht darauf, dass die **Sicherung von qualifiziertem Personal** auch entscheidend von den Arbeits- und Lebensbedingungen an Bord abhängt. Die derzeitige Verweildauer an Bord von weniger als fünf Jahren - das ist eine kürzere Zeit als die Zeit der Ausbildung - zeigt, dass zusätzliche Anstrengungen zu unternehmen sind, um die Attraktivität einer Tätigkeit an Bord zu steigern. Das gilt insbesondere auch für die Beschäftigungsmöglichkeiten von **Frauen** in diesem Bereich. Hier sind die Reeder in der Pflicht, und ich begrüße es sehr, dass sich im Rahmen der maritimen Konferenz ein Workshop mit genau diesem Sachverhalt befassen wird.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Insgesamt macht der Bericht deutlich, dass es noch einige Problemfelder gibt, um sicherzustellen, dass der vom Verband Deutscher Reeder prognostizierte Bedarf an Fachkräften für die Seeschifffahrt auch in Zukunft zur Verfügung steht. Gleichzeitig sind **Handlungsoptionen** aufgezeigt worden. Ich beantrage daher die Überweisung des Berichts an den Wirtschaftsausschuss, in dem wir noch einmal ausführlich über diese Aspekte diskutieren können. Es macht sicherlich Sinn, für die Beratung einen Zeitpunkt nach der Maritimen Konferenz festzusetzen, um die Ergebnisse der Maritimen Konferenz mit in die Diskussion einbeziehen zu können.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke der Frau Abgeordneten Anette Langner. - Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Abgeordneten Dr. Heiner Garg das Wort.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Fasst man das Ergebnis zusammen, das der Herr Minister hier vorgetragen hat, dann herrscht derzeit kein Mangel an interessiertem **Nachwuchs**. Das Gegenteil ist der Fall, denn es stand zumindest für kurze Zeit die Frage im Raum, ob die **Kapazitäten der Ausbildungsstätten** - und insbesondere der Seemannsschule in Travemünde - ausreichen, obwohl bereits von den norddeutschen Küstenländern die Kapazitäten in der Nautikausbildung im Zeit-

(Dr. Heiner Garg)

raum von 2005 bis 2008 um 189 Plätze erhöht wurden.

Trotzdem ist die Landesregierung der Auffassung, dass derzeit weder der Bedarf für eine Erweiterung der Ausbildungskapazitäten in **Travemünde** besteht, noch dass eine zusätzliche Koordinationsstelle und eine effizientere Verteilung von Ausbildungskapazitäten vorgenommen werden sollte. Die Landesregierung führt aus, dass die Koordination durch die ständige Arbeitsgemeinschaft der Küstenländer für das Seefahrtbildungswesen - beziehungsweise die Koordination der Seemännischen Berufsschulen durch die Berufsbildungsstätte Seeschiffahrt - bereits ausreicht, um Überkapazitäten an einem Ort durch Verlagerung eines Teils des Nachwuchses an einen anderen Ausbildungsort auszugleichen.

Darüber hinaus wird die allgemeine Verschlechterung der **Situation der Seeschiffahrt** durch die **Finanzkrise** nach Auffassung der Landesregierung zu einer geringeren Nachfrage nach Ausbildungsplätzen führen. Frau Kollegin Langner, hier teile ich Ihre Skepsis, was die mittelfristige - - Es ist in Ordnung, wenn Sie sich mit der Kollegin Herdejürgen unterhalten. Das macht nichts. Ich unterhalte mich auch immer gern mit der Kollegin Herdejürgen. Insofern habe ich volles Verständnis dafür.

Ich teile Ihre Skepsis im Hinblick auf den mittelfristigen Bedarf, auch wenn die Finanzkrise kurzfristig mit Sicherheit entsprechende Auswirkungen haben wird. Mittel- bis langfristig wird sich aber möglicherweise die Frage der **Kapazitätserweiterung der Seemannsschule in Travemünde** wieder stellen, wenn die Krise überwunden ist. So hatte ich Sie verstanden.

Wir sollten also in den Ausschussberatungen an dieser Stelle noch einmal Wert darauf legen, wie sich die Vorstellungen der Landesregierung mittel- bis langfristig darstellen. Auch zu der Frage, ob die bisherigen Koordinationsstellen bei der Verteilung der Auszubildenden wirklich effizient oder ausreichend sind, sollten wir im Zweifel auch die Betroffenen anhören.

Die Tatsache, dass sowohl der Kollege Stritzl als auch Sie, Frau Langner, diese Frage wieder aufgeworfen haben, zeigt, dass eine wesentliche und im Bericht nicht abschließend beantwortete Frage ist, welche **Qualifikationen die Lehrkräfte** an den **Fachhochschulen** künftig mitbringen müssen, um in Flensburg eine Professur zum Beispiel für das Fach Nautik besetzen zu können. Es ist selbstverständlich, dass die Anforderungen an künftige

Lehrkräfte im Hochschulgesetz nicht so anspruchsvoll definiert werden dürfen, dass sich keiner mehr findet, der diesen Lehrstuhl besetzt. Andererseits muss natürlich die Qualität der Lehrkräfte genügen, um die **Ausbildungsziele** erreichen zu können. Die Landesregierung hat hier verschiedene Möglichkeiten aufgeführt. Diese reichen von Ausnahmeregelungen im Hochschulgesetz bis zu der Möglichkeit, den Unterricht im **Fach Nautik** lediglich durch Lehrkräfte für besondere Aufgaben durchzuführen. Vergleichbare Fragestellungen ergeben sich bei der Fachschule für Seeschiffahrt und bei der Schleswig-Holsteinischen Seemannsschule. Auch darüber sollten wir noch einmal im Ausschuss mit dem Wirtschaftsminister reden.

Insgesamt glaube ich, dass der Bericht für die weiteren Erörterungen im Ausschuss eine tragfähige Grundlage bildet.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich bedanke mich bei Herrn Abgeordneten Dr. Garg. - Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich der Frau Abgeordneten Angelika Birk das Wort.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! 30 Jahre lang haben die deutschen Reedereien aus kurzfristigen Einsparerwägungen heraus Schiffe ausgeflaggt und so das deutsche Lohnniveau umgangen. Dumping nicht nur im Lohn, sondern auch im Bereich des Seefahrt-Know-hows - insbesondere in der Sicherheit - waren die Folge, sodass die **Reedereien** nunmehr aus verschiedenen Gründen beginnen, Schiffe wieder systematisch unter deutscher Flagge fahren zu lassen.

Das **Land Schleswig-Holstein** hat schon vor einiger Zeit mit dem Ausbau der **Ausbildungskapazitäten** für die Seefahrtsberufe begonnen. Wir haben auch im Landtag schon darüber gesprochen. Der Ausfall einer ganzen Generation im Bereich des Know-hows in der **Aus- und Weiterbildung** lässt sich aber nicht auf einen Schlag heilen. Hier rächt sich bitter, dass der Staat den Reedereien das Ausflaggen durchgehen ließ. Die Kollegin Langner hat sehr sachlich und detailliert auf die verschiedenen Probleme hingewiesen. Ich kann mich ihrer Position in vielen Bereichen voll anschließen. Ich denke, hier besteht für die Landesregierung Handlungsbedarf. Es reicht nicht, dass hier einige erste Schritte gemacht wurden. Wenn wir uns nicht von der zu-

(Angelika Birk)

künftigen Schifffahrtsführungsgeneration verabschieden und diesen Bereich allein dem europäischen Ausland überlassen wollen, dann müssen wir tatsächlich handeln.

Ich möchte auf ein typisches **Bürokratieproblem** eingehen, das auch der Kollege Stritzl angesprochen hat. Für die **Hochschulausbildung der Führungsscrew** an Bord kommen nach Hochschulrecht eigentlich nur Forschungsprofessuren in Frage. Die gibt es nach Auskunft der Landesregierung derzeit aber kaum, und erfahrene Praktiker auf See haben keinen Nachweis über eine pädagogische Eignung und werden nach Hochschulrecht so schlecht bezahlt, dass sie für dieses Geld nicht kommen wollen. Ganz abgesehen davon fehlt ihnen der Dokortitel. Ähnlich gering wird im Übrigen auch die **Praxiserfahrung** bei Lehrkräften in den weiteren Ausbildungsberufen beispielsweise in Travemünde honoriert. Hier besteht generell das Problem, dass wir Praktikerinnen und Praktiker, die in die Lehre gehen, dann, wenn sie keine wissenschaftliche Ausbildung haben, zu schlecht bezahlen. Das gilt für den gesamten Bereich der Berufsbildung.

Dies ist ein Stück aus dem Tollhaus. Hier besteht Handlungsbedarf. Unser Hochschulgesetz und das Schulgesetz brauchen **Ausnahmeregelungen**, um erfahrene Praktikerinnen und Praktiker mit angemessenen Gehältern und berufsbegleitender Pädagogikfortbildung für die Lehre zu gewinnen. Gleichzeitig geht es aber auch um den Aufbau einer praxisbezogenen Forschung. Hier möchte ich von einem Beispiel berichten, das mir aus Travemünde bekannt ist.

Im Bereich der **TT-Line** gibt es Fortschritte im Schiffsbau. In Skandinavien wurden neue Schiffe gebaut. Was haben die dortigen Werften gemacht? - Sie haben die erfahrenen Kapitäne der TT-Line im Verlauf eines halben Jahres immer wieder nach Skandinavien eingeflogen, damit sich diese Kapitäne aktiv an der wissenschaftlichen Begleitung, an der praktischen Erprobung sowie an den Schiffbau betreffenden Fragestellungen beteiligen. Das heißt, das Niveau erfahrener und damals noch existierender deutscher Kapitäne war wichtig für die Weiterentwicklung der Schifffahrtsmechanik und der Schifffahrtsingenieurskunst. Diese Erfahrungen wurden in einem Dialog zwischen Praxis und Theorie aufgegriffen.

So etwas brauchen wir auch in Deutschland. Auch hier gibt es Werften. Auch in **Kiel** und in **Flensburg** gibt es Know-how für grundlagen- und anwendungsbezogene Forschung, die das Meer, die Geographie, das Wetter, den Klimawandel und die

Energieeffizienz betreffen. Natürlich haben wir an der **Fachhochschule** auch Menschen, die sich mit **Schifffahrtstechnik** befassen. Auch wenn es nicht unbedingt Hochseeschifffahrt ist, so ist das Beispiel der weltweiten Segeltouren zu nennen, über die von der Fachhochschule Kiel dieses Jahr stolz referiert wurde. Es wurden die strömungsdynamischen Forschungsergebnisse genannt, die dazu führen, dass bestimmte Segelschiffe den ersten Preis im Worldcup-Rennen gemacht haben.

Wir haben im Bereich der anwendungsbezogenen Forschung in den Werften auch im **privatwirtschaftlichen Bereich** Fachleute. Es gilt, dieses Know-how zusammenzuführen, denn wir brauchen Kapitäne, die nicht nur ein Schiff steuern können. Kapitäne brauchen Führungsverantwortung, denken Sie nur an die Fragen der Piraterie und des Zollrechts sowie an sogenannte Tsunamiwellen. Die Kapitäne müssen auf solche Situationen vorbereitet sein, und sie müssen selbst daran mitwirken, dass sich unsere Schifffahrtstechnik auf dem modernsten ökologischen und ökonomischen Niveau bewegt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist also eine wirkliche Zukunftsaufgabe, und zwar gerade für ein Land zwischen den Meeren. Herr von Boetticher, insofern ist es mir nicht verständlich, dass Sie dieses Thema ein wenig lieblos vorgestellt haben.

(Zurufe)

Im Vergleich zu dem Engagement, mit dem Sie sich hier für Herrn de Jager hingestellt haben, fand ich das etwas beiläufig. Das Wissenschaftsministerium sollte zusammen mit der Wirtschaftsabteilung einen runden Tisch organisieren, damit dieser **Wissenstransfer** in Gang kommt. Ich hoffe auf eine interessierte Ausschussberatung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Für den SSW des Schleswig-Holsteinischen Landtag erhält die Vorsitzende, Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk, das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als der Landtag vor gut zwei Jahren einstimmig einen Maßnahmenkatalog beschloss, um den maritimen Bereich hier im Land zu stärken und auszubauen, sah die Situation für die maritime Wirtschaft noch völlig anders aus. Aber wie wir wissen, sind

(Anke Spoorendonk)

die fetten Jahre vorbei, und die Finanzkrise macht auch vor der Schifffahrt nicht halt. Reedereien stornieren Aufträge, und diese **Ausgangslage** hat natürlich weitreichende Auswirkungen auf den seemännischen Nachwuchs. Aber auch die geringe Verweildauer von Führungspersonal an Bord hat negative Auswirkungen auf die **Nachwuchssituation** in der Schifffahrt. Wie sich also die berufliche Perspektive in der Seeschifffahrt weiterentwickeln wird, ist derzeit ungewiss. Es bringt aber nichts, einfach den Kopf in den Sand zu stecken.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es gilt im Gegenteil, Maßnahmen zu ergreifen, die die Attraktivität der maritimen Berufe verbessern. Dass der Reederschaft hierbei eine maßgebende Rolle zukommt, versteht sich von allein.

Aber auch die Voraussetzungen im Bereich der **schulischen Ausbildung** müssen vorhanden sein. Hier haben wir einen Knackpunkt - das ist auch von allen heute schon angesprochen worden -, denn der Bericht macht deutlich, dass es Probleme an der Fachhochschule Flensburg und der Fachschule Flensburg gibt, weil dort das **nautische Lehrpersonal** fehlt. Grund dafür ist zum einen die Konkurrenz mit der freien Wirtschaft, zum anderen gibt es für das Fach Nautik ein Problem in den Einstellungsvoraussetzungen nach dem Hochschulgesetz. Auch das wurde heute deutlich. Ich glaube, es muss auch gesagt werden, um eine Änderung herbeizuführen. Übrigens ist dies nicht nur ein Problem für die Nautik, sondern es ist auch ein Problem für die **Schiffsbetriebstechnik** an der Fachhochschule Flensburg.

Wenn wir also - entsprechend dem Antrag von 2006 - den Standort Schleswig-Holstein als **maritimen Wirtschaftsstandort** halten und ausbauen wollen, dann müssen wir dafür Sorge tragen, dass die Rahmenbedingungen stimmen. Dann müssen die Voraussetzungen an der Fachhochschule Flensburg so gestaltet werden, dass sie ihrem Auftrag nachkommen kann. Das soll heißen: Erstens müssen die Einstellungsvoraussetzungen nach dem **HSG** der Realität angepasst werden, und zweitens müssen die Professurstellen konkurrenzfähig mit entsprechenden Bereichen in der Wirtschaft sein.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

In welchem Rahmen wir uns bewegen können, sollten wir im Ausschuss näher behandeln. Aber auf jeden Fall wissen wir, dass der FH Flensburg damit ein ganzes Stück weitergeholfen wäre und dass dies

auch im Sinne der maritimen Wirtschaft des Landes wäre.

Die im Bericht beschriebenen Probleme hinsichtlich der Entwicklung im Lotsenwesen machen deutlich, dass auch dort etwas im Bereich der Ausbildung geschehen muss. In Klammern bemerkt: Mir ist gesagt worden, dass es jetzt Bemühungen gibt, die gesamte **Lotsenausbildung** an der **FH Flensburg** zu konzentrieren. Eine Konzentration der maritimen Aus- und Weiterbildung an einem Standort wäre aus Sicht des SSW wirklich ein Vorteil, weil dadurch auch die berühmten Synergieeffekte erzielt werden könnten. Dass mir dabei der Standort Flensburg in den Sinn kommt, kann niemanden wundern. Das sage ich nicht aus regionalpatriotischen Gründen, sondern angesichts der vorhandenen Strukturen an der FH, lieber Kollege Schröder.

Wir wissen, dass wir in Schleswig-Holstein bereits viel im maritimen Bereich geleistet haben. Mit der Initiative „Zukunft Meer“ und dem „Maritimen Cluster Schleswig-Holstein“ wurden Instrumente geschaffen, um die **maritime Wirtschaft** in allen Bereichen voranzubringen.

Ein wichtiger Baustein ist in diesem Zusammenhang auch, dass wir genügend qualifiziertes Personal haben und brauchen. Von daher müssen wir alles daransetzen, die Sicherung und Schaffung von Ausbildungs- und Studienplätzen im Bereich der maritimen Wirtschaft voranzubringen. Das gilt insbesondere für die Schifffahrt, wo Schleswig-Holstein nun wirklich auf eine traditionsreiche Geschichte zurückblicken kann.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke der Abgeordneten Anke Spoorendonk.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, begrüßen Sie mit dem Präsidium auf der Tribüne Mitglieder des CDU-Ortsverbands Schönberg sowie den Präsidenten der Landesverkehrswacht, Herrn Lothar Lamb! - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 16/2398, dem Wirtschaftsausschuss federführend und dem Bildungsausschuss mitberatend zur abschließenden Beratung zu überwiesen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

(Vizepräsidentin Frauke Tengler)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 6 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zum Vertrag zwischen dem Land Schleswig-Holstein und dem Heiligen Stuhl

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/2245

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Grundsatzberatung und erteile in Vertretung für den Ministerpräsidenten der Ministerin für Bildung und Frauen, Frau Ute Erdsiek-Rave, das Wort.

Ute Erdsiek-Rave, Stellvertreterin des Ministerpräsidenten und Ministerin für Bildung und Frauen:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Präsidentin, Sie erlauben vielleicht, dass ich die Vertreter der katholischen und evangelischen Kirchen herzlich grüße, die diese Debatte hier heute verfolgen.

(Beifall bei SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Im Mai vergangenen Jahres haben wir hier über die Große Anfrage zur Situation der Kirchen und Religionsgemeinschaften in Schleswig-Holstein diskutiert. In diesem Zusammenhang hat die Landesregierung angekündigt, das Verhältnis des Landes zur katholischen Kirche durch einen Vertrag zu regeln. Heute nun kann die Landesregierung dem Parlament das Gesetz zum **Vertrag zwischen dem Land Schleswig-Holstein und dem Heiligen Stuhl** vorlegen. Damit stellen wir die Beziehungen zwischen der römisch-katholischen Kirche und dem Land Schleswig-Holstein auf ein solides rechtliches Fundament.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ewig!)

Wir schaffen ein klares und umfassendes Regelwerk zu allen Berührungspunkten, die es in unserem Land zwischen Staat und katholischer Kirche zu regeln gilt.

Das beginnt beim **Religionsunterricht** in den **Schulen**. Wir schaffen hier eine verbindliche Regelung, Kinder und Jugendliche auch im Schulunterricht mit der Geschichte und den Grundlagen ihres Glaubens vertraut zu machen. Hier gilt dasselbe wie das, was ich zur Situation des Religionsunterrichts und zum Wert des Religionsunterrichts insgesamt schon einmal gesagt habe. Junge Menschen brauchen Werte, an denen sie sich im Leben orientieren können, und es liegt in der Verantwortung

von Religionsgemeinschaften, von Kirche und von Staat, diese **Werte** zu vermitteln. Dies setzt voraus, dass wir gut ausgebildete Lehrkräfte haben. Deshalb brauchen wir eine gute **theologische Ausbildung** an unseren Hochschulen. Regelungen dazu sind im neuen Kirchenvertrag getroffen.

Wir leben in einem Medienzeitalter in einer Mediengesellschaft. Rundfunk, Fernsehen und Internet lösen immer mehr die klassischen Informationsquellen ab. Deswegen äußert sich der Vertrag auch zur **medialen Verbreitung christlicher Grundsätze**. Wir schaffen mit diesem Vertrag die rechtlichen Voraussetzungen dafür, dass die katholische Kirche angemessene **Sendezeiten** für die Übertragung der Gottesdienste sowie für religiöse Sendungen erhält. Die Religion soll eben auch Menschen erreichen können, die nicht in die Kirche gehen wollen oder dies auch gar nicht können.

Der Vertrag regelt natürlich auch vieles andere mehr, etwa die **seelsorgerische Betreuung** in Krankenhäusern, in Justizvollzugsanstalten und in Heimen. Er regelt die Anerkennung der Seelsorge- oder Beichtgeheimnisse durch den Staat oder Ausführungen zu Bestattungen und zur Anlage von Friedhöfen.

Ich freue mich, dass wir in allen Fragen - manchmal nach durchaus schwierigen und intensiven Verhandlungen - Konsens erzielen konnten. Deshalb will ich heute für die gute **Zusammenarbeit** im Rahmen dieser Verhandlungen allen Ministerien - auch im Namen des Leiters unserer Verhandlungsdelegation Staatssekretär Maurus - ganz herzlich danken.

(Beifall bei SPD, CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie alle haben einen großen Anteil daran, dass dieser Vertrag zustande gekommen ist.

Das Verhältnis des Landes Schleswig-Holstein zur römisch-katholischen Kirche ist freundschaftlich und vertrauensvoll. Der vertrauensvolle Umgang miteinander ist für uns Ausdruck von Wertschätzung und nicht nur eine Frage der rechtlichen Regelung.

Bisher haben wir auf die Beziehung zur römisch-katholischen Kirche den Staatsvertrag mit den evangelischen Kirchen analog angewendet. Dies lief - und das habe ich ja deutlich gesagt - über Jahrzehnte hinweg einwandfrei und unproblematisch. Auch dies ist ein Zeichen des zwischen Staat und katholischer Kirche gewachsenen Vertrauens.

(Stellvertreterin des Ministerpräsidenten und Ministerin für Bildung und Frauen Ute Erdsiek-Rave)

Dennoch ist es wichtig und richtig, dass wir nun zu einer selbständigen und zeitgemäßen Regelung mit dem Heiligen Stuhl finden, um unsere Beziehungen im Geiste - lassen Sie mich sagen - freiheitlicher Partnerschaft zu festigen und fortzuentwickeln. Ich würde mich sehr freuen, wenn dieser Vertrag breite Zustimmung fände.

(Beifall)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke Frau Ministerin Erdsiek-Rave und erteile das Wort für die CDU-Fraktion dem Herrn Abgeordneten Martin Kayenburg.

Martin Kayenburg [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Fraktion begrüßt den Abschluss des Vertrages zwischen dem Land Schleswig-Holstein und der römisch-katholischen Kirche ausdrücklich. Auf die Inhalte muss ich nicht eingehen; diese sind von der Frau Ministerin im Einzelnen dargestellt worden. Die Vertragsunterzeichnung und die Beschlussfassung durch das Parlament werden das ohnehin vertrauensvolle Verhältnis zwischen Staat und katholischer Kirche noch weiter stärken. Der **Staatskirchenvertrag** mit dem **Heiligen Stuhl** ist ein wichtiges und zugleich beeindruckend nüchternes Dokument der religiösen Einheit in Vielfalt, die die Menschen in Schleswig-Holstein in und mit unserem Land verbindet und auch prägt.

Denn das gewiss nicht immer spannungs- und konfliktfreie, aber trotzdem friedvolle Zusammenleben unserer Gesellschaft fußt auf dem festen Fundament unserer **christlichen Werte**. Das christlich-humanitäre Menschenbild bestimmt unser Handeln in allen Bereichen des Lebens, es prägt die Haltung eines jeden Einzelnen - auch in der Politik. Es prägt auch das Bewusstsein derer unter uns, die einen Glauben haben oder einer ethischen Verantwortung folgen, aber keiner Kirche und keiner Religion nahe stehen.

Wir alle sind geprägt von der **Kultur des christlichen Abendlandes**. In der leider nicht ratifizierten Verfassung der **Europäischen Union** wird in der Präambel ausdrücklich Bezug genommen auf die „kulturellen, religiösen und humanistischen Überlieferungen Europas“. Sie zusammen bilden den Humus, auf dem eine gute Zukunft Europas gedeihen wird.

Unser der **Subsidiarität** verpflichtetes Europa wächst zuallererst von unten zusammen. Daher be-

grüße ich es sehr, dass Schleswig-Holstein diesen Vertrag mit der katholischen Kirche vereinbart, vor allem aber auch, weil unser Land im Bewusstsein seiner Verantwortung für seine katholischen Bürgerinnen und Bürger gehandelt hat.

Aber Schleswig-Holstein ist und bleibt protestantisch. Dennoch erfolgt mit der jetzt erzielten Vereinbarung eine letztlich nur natürliche Anpassung an die bevölkerungspolitische Realität, die spätestens mit dem Ende des Weltkriegs zu einem Anstieg der katholischen Bevölkerung im Land geführt hat.

Die Vereinbarung ist für mich zugleich ein klares Dokument der nach unserem staatsrechtlichen Verständnis gebotenen **Trennung von Staat und Kirche**.

Meine Damen und Herren, manche Kritiker haben sich im Vorfeld des ausgehandelten Vertrages gerade mit Blick auf die **finanziellen Verpflichtungen** des Landes skeptisch dazu geäußert. Diesen Kritikern sage ich: Das Geld ist nun wirklich gut angelegt. Die Kostenregelung ist festgeschrieben, Zusatzzahlungen entstehen nicht. Hier werden keine - vor allem aber keine üppigen - Gelder unter dem allgemeinen Diktat des Sparzwanges leichtfertig aus der Hand gegeben.

Nein, im Gegenteil, ich halte die Sozialleistungen sowie deren Effizienz und das kulturelle Schaffen der beiden Kirchen, der evangelisch-lutherischen wie der katholischen, an die das Land ja Mittel vergibt, für außerordentlich vorbildlich.

(Beifall bei der CDU)

Wir müssen den Kirchen geradezu dankbar sein, dass sie auf vielen **sozialen Feldern** - aber nicht allein dort - Verantwortung übernehmen.

Die großen Religionen stellen sich ihrer Verantwortung für den Frieden und den sozialen Ausgleich in aller Welt. Sie übernehmen Verantwortung durch die Überzeugungskraft ihrer Worte und das gute Beispiel, nicht aber dadurch, dass materielle Macht ausgeübt wird.

Wir brauchen, so glaube ich, die Kirchen heute mehr als jemals zuvor, in unserer Zeit gesellschaftlicher Atomisierung und globaler Unübersichtlichkeit zugleich. Die Sehnsucht der Menschen nach Gemeinsamkeit, nach Rückbesinnung, nach einem Gefühl von Vertrautheit, nach Heimat - auch nach geistiger Heimat - steigt.

Beide Kirchen sind für viele Bürgerinnen und Bürger unseres Landes ein Stück dieser Heimat.

(Martin Kayenburg)

Wir tun gut daran, diese geistig-seelische Heimat, diese **Prägestkraft des Christentums** in unserer Kultur - wie der EKD-Ratsvorsitzende, Bischof Huber, kürzlich formuliert hat - zu stärken, wo immer wir können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe meine Rede ein Stück gekürzt; die vollständige Fassung können Sie in meiner Pressemitteilung nachlesen. Ich glaube nämlich, dass in diesem Zusammenhang noch ein anderes Thema kurz angesprochen werden muss. Ich meine die **Aufhebung des Kirchenbanns** gegen vier erzkonservative Bischöfe, unter ihnen ein Leugner des Holocaust, der englische Bischof Richard Williamsen. Ich glaube, der Presseinformation des Kollegen Fischer ist an dieser Stelle im Grunde nichts hinzuzufügen.

Ich finde es dennoch wichtig, dass der **Vatikan** deutlich gesagt hat, dass solche Äußerungen absurd und moralisch wie historisch inakzeptabel sind. Es kann in meinen Augen keine Entschuldigung sein, dass diese Äußerungen vor Rücknahme des Kirchenbanns erfolgt sind.

(Beifall im ganzen Haus)

Johannes Paul II. hat nicht nur Verträge abgeschlossen, sondern auch in Yad Vashem deutlich gesagt, dass er jede Form von **Antisemitismus** verurteilt.

Hier hätte die katholische Kirche mehr Sensibilität zeigen müssen. Der Vatikan ist aufgefordert, hier zu handeln. Ich glaube, dass das Vorgehen des Regensburger Bischofs Gerhard Ludwig Müller, der seinem britischen Amtsbruder Hausverbot erteilt und gestern gesagt hat, dass die Äußerungen von Williamsen menschenverachtend seien, beispielgebend für alle sein kann.

(Beifall bei CDU, SPD, FDP und SSW)

Wir dürfen dem Rechtsextremismus in unserem Land nirgends und an keiner Stelle, auch nicht durch Leichtfertigkeit, eine Chance geben. Ganz im Gegenteil, wir müssen ihn im Keim ersticken, wenn solche Gedanken irgendwo aufkommen.

Vielen Dank.

(Beifall bei CDU, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Martin Kayenburg und erteile das Wort für die SPD-Fraktion dem Herrn Abgeordneten Rolf Fischer.

Rolf Fischer [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! **Kirchenstaatsverträge** regeln die Beziehungen, also das strukturelle und inhaltliche Zusammenwirken, zwischen **Staat und Kirchen**. Vor dem Hintergrund der Trennung von Kirche und Staat fixieren sie also ein **Kooperationssystem**, das durch eine enge, aber unabhängige Zusammenarbeit bestimmt ist.

Wir betreten mit diesem weiteren Staatsvertrag also nicht wirklich Neuland, sondern kodifizieren die bestehende **Praxis** und schaffen die vertragsrechtliche **Gleichbehandlung** mit den anderen Kirchen in Schleswig-Holstein, ergänzt um wenige Punkte wie Rundfunk oder Datenschutz, die neu zu regeln waren; die Ministerin hat schon darauf hingewiesen. Und doch ist der Abschluss dieses Vertrages ein Anlass zur Debatte. Das ist gut und richtig so: Denn die Grenze zwischen Staat und Kirche ist eben nicht starr, ist eben nicht statisch, sondern immer wieder zu diskutieren, am besten gemeinsam zwischen Politik und Kirchen. Das wird der Tenor meines Vortrags sein. Lassen Sie mich das an wenigen **Beispielen** aus dem **Kirchenstaatsvertrag** deutlich machen:

Die SPD-Fraktion begrüßt die in Artikel 3 hervor gehobene Bedeutung der **Sonn- und Feiertage**. Nur Alltags, das wäre so grau, wie das Sprichwort sagt, und in jeder Bezeichnung abträglich für die Menschen. Wir sind hier ganz deutlich an der Seite der Kirchen und der Gewerkschaften.

Auch die Formulierung zum **Religionsunterricht** in Artikel 5 berührt diese besondere Grenze zwischen Kirche und Staat. Die gefundene Formulierung regelt zu Recht diesen Punkt analog zur bestehenden Praxis und macht damit die unterschiedlichen Verantwortungsebenen deutlich.

Die **finanzielle Dynamisierungsklausel** in Artikel 15 hat allerdings in Zusammenhang mit der fehlenden Laufzeitvereinbarung des Vertrages zu umfassenden Diskussionen geführt - sehr nachvollziehbar angesichts des Zustandes der öffentlichen Haushalte. Insbesondere die Finanzfachleute - ich schaue hier bewusst in Richtung meines Kollegen Günter Neugebauer - äußerten Vorbehalte, die sicherlich der Meinung anderer in der Öffentlichkeit entsprechen und ernst genommen werden müssen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die SPD-Fraktion hat das getan, was sich in einer solchen Situation anbietet: Sie hat das direkte Ge-

(Rolf Fischer)

sprach mit der katholischen Kirche gesucht. Wir haben nicht nur über den Kirchenstaatsvertrag gesprochen, sondern auch über viele soziale, historische und politische Fragen wie das Reichskonkordat von 1933. Das war ein offener und fruchtbarer Austausch; das waren gute Gespräche. Ich sage an dieser Stelle den Vertretern der katholischen Kirche - ich sehe Herrn Doppke - vielen Dank für diesen Austausch.

Die Kosten sind schon vom Landtagspräsidenten angesprochen worden. Sie sind festgelegt; die Zahl ist fixiert. Der Grundsatz der Gleichbehandlung mit der evangelischen Kirche, den es einzuhalten gilt, und der Verweis auf die **Freundschaftsklausel** in Artikel 22, die Korrekturen auch finanzieller Art möglich macht, sind für uns ein gangbarer Weg.

Der **Kirchenstaatsvertrag** regelt unter anderem auch das Stiftungsrecht, das kirchliche Eigentumsrecht, die seelsorgerische Betreuung in JVA's, Heimen und Krankenhäusern. Alle diese **Punkte**, liebe Kolleginnen und Kollegen, betreffen die beschriebene Grenze zwischen Kirche und Staat, zwischen Religion und Gesellschaft.

Wir wissen, dass zur notwendigen kulturellen Orientierung der Gesellschaft auch die Religion gehört. Religion ist eben keine Privatsache. Sie kann sich nicht aus dem öffentlichen Raum heraushalten. Gerade deshalb sind aber auch kirchliche Äußerungen oder Entscheidungen, die unsere Gesellschaft insgesamt betreffen, besonders abzuwägen und mit Weitsicht zu treffen.

Die Entscheidung des Heiligen Stuhls, vier Bischöfe, darunter einen, der klar und deutlich den **Holocaust** leugnet, in die Kirche zurückzuholen, ist für mich nicht akzeptabel.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Auch wenn sich Politik bei der Kommentierung innerkirchlicher Beschlüsse zurückzuhalten hat - ich sage das ganz bewusst -, so wird diese Entscheidung sehr klare gesellschaftspolitische Folgen zeitigen: Die Opfer fühlen sich getroffen - das ist überall nachzulesen -, die Ewiggestrigen sehen sich bestätigt, und der **interreligiöse Dialog** wird belastet. Das ist - ich darf es von dieser Stelle aus sehr diplomatisch sagen - für uns mehr als irritierend und sollte am besten korrigiert werden.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und des Abgeordneten Jürgen Feddersen [CDU])

Doch zurück zum Staatsvertrag, zurück nach Schleswig-Holstein! Er ist wie beschrieben Ausdruck eines partnerschaftlichen Verhältnisses, das nun eine tragfähige Basis erhält und durch Vertrauen geprägt ist.

Wir freuen uns auf die Debatte in den Ausschüssen.

Zum Schluss, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch wenn ich damit den Applaus sicherlich halbieren, sage ich noch Folgendes: Ich bin der Meinung, die **deutschen Sinti und Roma** - sie sind übrigens überwiegend katholisch geprägt - müssen in der Landesverfassung genannt werden.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Rolf Fischer und erteile für die FDP-Fraktion dem Herrn Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug das Wort.

(Unruhe)

Außerdem wäre ich froh, wenn die letzte Reihe die Erörterungen über den nachfolgenden Abend draußen fortsetzen könnte.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die in Artikel 4 des **Grundgesetzes** verankerte **Glaubens- und Gewissensfreiheit** zählt zu den Eckpfeilern unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Staat und Kirche sind in Deutschland getrennt, aber zu den konkreten Folgerungen aus den Bestimmungen unserer Verfassung zählt auch die Notwendigkeit, dass sich der Staat um ein gedeihliches Verhältnis zu den Kirchen und Weltanschauungsgemeinschaften in unserem Land bemühen muss.

Die Überlegung, die bislang nicht vertraglich geregelten Beziehungen zwischen dem Land Schleswig-Holstein und der katholischen Kirche auf eine vernünftige vertragliche Grundlage zu stellen, war und ist daher auch aus Sicht der FDP gut nachvollziehbar. Die vor etwa zwei Jahren erfolgte Aufnahme entsprechender Verhandlungen haben wir daher begrüßt.

Das Ergebnis, das uns nun die Landesregierung in dem hier zu debattierenden Gesetzentwurf vorlegt, trifft auch weithin auf unsere Zustimmung; allerdings muss ich sagen, dass es in einem Punkt aus unserer Sicht einen Vorbehalt und Anlass zu kritischen Fragen gibt. Dies betrifft die Problematik der „**ewigen**“ **Gültigkeitsdauer** des Vertragstextes. In-

(Dr. Ekkehard Klug)

soweit - das will ich ausdrücklich betonen - haben wir Bedenken, nicht etwa deshalb, weil es sich um einen Vertrag mit der katholischen Kirche handelt; vielmehr bestehen einfach prinzipielle Bedenken.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Verträge, die das Land „ewig“ binden, sind aus unserer Sicht grundsätzlich nicht wünschenswert. Es ist misslich, dass dieser Punkt in dem konkreten Fall zutage tritt, in dem es um einen Kirchenstaatsvertrag mit dem Vatikan geht. Schließlich sieht der seit 1957 bestehende Vertrag mit den evangelischen Landeskirchen eine ähnliche Regelung vor. Das haben wir im Parlament vielfach diskutiert. Auch hier würden wir, käme ein solcher Vertrag heute neu auf den Tisch, den gleichen Vorbehalt formulieren, den ich eben geäußert habe.

Schließlich gibt es auch andere Beispiele. Der **Vertrag**, den das Land 1998 mit den **jüdischen Gemeinden** in Schleswig-Holstein geschlossen hat, enthält eine konkrete Laufzeitregelung sowie eine Verlängerungs- und eine Kündigungsklausel. Auch wenn es sich dabei um eine Vereinbarung mit Gemeinden handelt, die neu entstanden sind - es besteht also gewissermaßen eine andere Ausgangssituation als bei der katholischen Kirche -, so ist doch diese Form der Vertragsbeziehung mit einer Religionsgemeinschaft beziehungsweise einer Kirche unseres Erachtens für ein säkulares Staatswesen angemessener als ein Vertrag mit Ewigkeitsgarantie.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Zur Frage der parlamentarischen Beratung möchte ich noch Folgendes kritisch anmerken.

Seitens der Staatskanzlei und der Koalitionsfraktionen hat es anfangs Überlegungen gegeben - es ist auch ein entsprechendes Ansinnen an uns herangetragen worden -, den vorliegenden Gesetzentwurf in dieser Plenartagung nicht nur in erster, sondern - im Hau-Ruck-Verfahren - auch gleich in zweiter Lesung zu behandeln. Ein solches Vorgehen halten wir bei einem inhaltlichen Anliegen dieser Art, bei einem Kirchenstaatsvertrag, für ein absolut unangemessenes parlamentarisches Vorgehen, und hiergegen haben wir auch Widerspruch erhoben.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- Ich bin im Bildungsausschuss von der Frau Vorsitzenden und auch von einer leitenden Mitarbeite-

rin der Staatskanzlei angesprochen und gefragt worden, ob man nicht so verfahren könne.

(Dr. Johann Wadehul [CDU]: Das ist falsch!)

- Ich bin gefragt worden, und ich habe sofort Nein gesagt. Auch Frau Kollegin Spoorendonk hat widersprochen. Die Grünen waren, ich glaube, weil Frau Birk krank war, in der Sitzung nicht vertreten. - Ich wollte das nur ansprechen. Das ist bei einem Thema dieser Art wirklich nicht angemessen.

Ich will jetzt nicht auf ein paar kleine Punkte eingehen, bei denen es um Abweichungen zwischen dem Hamburger und dem schleswig-holsteinischen Vertragstext geht. Das sind alles Kleinigkeiten. Diesbezüglich habe ich einfach noch ein paar Informationswünsche an die Landesregierung. Auch das zu beraten, muss in einem geordneten Verfahren, in Ausschusssitzungen - es wird ja nicht ewig dauern - möglich sein.

Meine Damen und Herren, zum Schluss noch eine kurze Anmerkung zu einem Thema, das hier bereits wiederholt angesprochen worden ist, nämlich zu den Irritationen, die es seit einigen Tagen wegen der **Aufhebung der Exkommunizierung** des Erzbischofs Richard Williamson gegeben hat, der als Leugner des Holocausts zum Kronzeugen rechtsextremistischer und antisemitischer Gruppierungen geworden ist.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: In Deutschland würde er bestraft werden!)

Für meine Fraktion möchte ich ausdrücklich feststellen: Wir teilen die Kritik an dieser Entscheidung des Papstes. Wir möchten aber in diesem Zusammenhang aber auch nicht unerwähnt lassen, dass sich sowohl die Deutsche Bischofskonferenz als auch das Zentralkomitee der deutschen Katholiken sehr klar von Williamsons Äußerungen distanziert haben. Insofern sollte dieser Vorgang die aktuelle Thematik, die wir hier zu behandeln haben, nicht überschatten.

(Beifall bei FDP, CDU und SSW)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Dr. Klug und erteile für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Frau Abgeordneten Monika Heinold das Wort.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Unsere **staatskirchenrechtliche Ordnung** ist einfach: Wir haben Religionsfreiheit, eine Trennung von Staat und Kirche und ein Selbstbestimmungsrecht der Kirchen. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob der vorliegende Entwurf eines Gesetzes zum Vertrag zwischen dem Land Schleswig-Holstein und dem Heiligen Stuhl zeitgemäß ist.

Selbstverständlich erfüllt die Kirche wichtige **Aufgaben**, angefangen bei der Versorgung mit Kindertagesstätten bis hin zu Aufgaben der Seelsorge und der Altenpflege. Die Kirchen sind als gesellschaftliche Kraft etabliert, und gerade in Fragen der Flüchtlingspolitik und bei anderen wichtigen sozialen Konflikten sind sie wichtige Bündnispartner. Auf dieses **Engagement** können und wollen wir nicht verzichten.

Deshalb geht es nicht um die Frage, ob der Staat die Arbeit der Kirchen finanziell unterstützen soll, sondern es geht einzig und allein darum, in welcher Form und auf welcher Grundlage der Staat dies tun soll.

Aus Sicht meiner Fraktion haben sich **traditionelle Kirchenstaatsverträge** in einem modernen demokratischen Rechtsstaat mit einer bekenntnispluralen Gesellschaft überholt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Denn ein Kirchenvertrag wird immer nur mit einer einzelnen Bekenntnisgemeinschaft ausgehandelt und danach als Gesetz beschlossen. Die bessere Lösung wäre es, die **ideelle und finanzielle Unterstützung** der Religionsgemeinschaften und der Kirchen nicht durch einzelne Verträge, sondern durch allgemeine gesetzliche Regelungen sicherzustellen.

Der vorliegende **Staatsvertrag** unterstreicht die Bedeutung des **Sonn- und Feiertagsschutzes**, gibt in verschiedenen Bereichen die geltende Rechtslage wieder und sichert die Erteilung des katholischen **Religionsunterrichts** und die staatlich unterstützte **konfessionelle Ausbildung** von Lehrerinnen und Lehrern zu. Im Wesentlichen sichert der Vertrag der Kirche Rechte zu, die sie qua **Verfassung** ohnehin schon innehat: Glaubensfreiheit, Selbstverwaltungsrecht, Religionsunterricht sind bereits im Grundgesetz festgelegt.

Neu im Gesetzesentwurf ist hingegen die **finanzielle Bindung**, die das Land auf Dauer eingehen soll. Der **Vertrag** enthält keine Vereinbarung über Laufzeit und Kündigung. Stattdessen wird vertraglich

zugesichert, dass das Land eine **Ablösung** nicht ohne Zustimmung der katholischen Kirche durchführt. Meine Damen und Herren, genau das wollten wir nicht mehr machen: Verpflichtungen eingehen, die nicht mehr rückholbar sind.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Mit solchen Verträgen zementieren wir den **Landeshaushalt** und nehmen der zukünftigen Generation jeden Gestaltungsspielraum.

Durch die im Vertrag an die **Beamtenbesoldung** gebundene **Dynamisierungsklausel** verpflichten wir uns nicht nur auf immer und ewig, sondern die Ausgaben werden auch jährlich steigen. Das ist nicht zeitgemäß, und das entspricht auch nicht dem Willen des Finanzausschusses, der gerade im letzten Jahr beschlossen hatte, dass der schon vorhandene **Ewigkeitsvertrag** mit der **evangelischen Kirche** zeitgemäß umgestaltet werden soll.

Der **Landesrechnungshof** stellt angesichts des vorliegenden Gesetzesentwurfs fest, dass mit diesem Gesetz die Staatsleistungen nicht gesenkt, sondern künftig erhöht werden und dass die seit 1919 verfassungsrechtlich gewollte **Trennung von Staat und Kirche** unvollkommen bleibt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Meine Fraktion schließt sich dieser Kritik des Rechnungshofs an. Der vorliegende Vertrag geht einseitig zulasten des Landes Schleswig-Holstein. Ohne Not schränken wir auf immer und ewig die Handlungsfähigkeit zukünftiger Parlamente ein.

Der Vertrag ist aber auch aus grundsätzlicher Erwägung nicht zeitgemäß. Die **staatsferne Kirche** ist eine der wichtigsten Errungenschaften der Neuzeit für Staat und für Kirche. Lassen Sie uns nicht wieder dahinter zurückfallen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,
FDP, vereinzelt bei der SPD und Beifall des
Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke der Frau Abgeordneten Monika Heinold und erteile das Wort für den SSW der Vorsitzenden, der Frau Abgeordneten Anke Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Vertrag zwischen dem Land Schleswig-Hol-

(Anke Spoorendonk)

stein und dem Heiligen Stuhl wurde bereits vor drei Wochen, am 12. Januar 2009, unterzeichnet. Bei diesem Anlass betonte Ministerpräsident Peter Harry Carstensen, dass der Vertrag „nicht nur eine Frage rechtlicher Regelungen“ sei. Das steht außer Zweifel. Um Grundsatzfragen, wie sie aus dieser Feststellung abzuleiten sind, geht es meines Erachtens heute und hier aber nicht. Hinzu kommt - auch das darf nicht vergessen werden -, dass sich sowohl der Finanzausschuss wie auch die Haushaltsprüfgruppe und der Landesrechnungshof in der Vergangenheit mehrfach mit den Kirchenverträgen des Landes befasst haben. Auch ein Kirchenvertrag ist ein Vertrag, der allen rechtlichen und demokratischen Gepflogenheiten genügen muss. Es liegt somit ein Votum des Landtags vor, wonach die **vertraglichen Verpflichtungen** des **Landes** gegenüber den **Kirchen** dringend zu modernisieren sind. Das betrifft vor allem die **Geltungsdauer** der Verträge.

(Beifall beim SSW)

Das Land hat 1998 einen Vertrag mit den jüdischen Gemeinden abgeschlossen, der explizit eine begrenzte Geltungsdauer vorsieht. Ähnliches ist für die evangelische Kirche vorgesehen und sollte auch für die katholische Kirche gelten. Der vorliegende Vertrag ignoriert allerdings vollständig diese Diskussionen und damit auch das im Landtag beschlossene Votum des Finanzausschusses zu den Bemerkungen des Landesrechnungshofs von 2007.

Hinzu kommt, dass der vorliegende Vertrag praktisch zur **Reform des Vertrags mit der evangelischen Kirche** zwingt. In den Erläuterungen zu den Artikeln 5, 14 und 16 wird nämlich darauf hingewiesen, dass die jeweilige Zustimmung der katholischen Kirche nur erfolgte, weil eine Anpassung des evangelischen Staatsvertrages in Aussicht gestellt wurde. Damit liegt es im Sinn der **Gleichbehandlung** nahe, dass dann auch der neue Vertrag mit der evangelischen Kirche ohne Beschränkung der Geltungsdauer unterschrieben wird. Aus Sicht des SSW muss der Vertrag mit der katholischen Kirche also entsprechend geändert werden.

Kritisch zu hinterfragen ist meines Erachtens auch, wie sich die sogenannte **Freundschaftsklausel** in Artikel 22, wonach Meinungsverschiedenheiten

„freundschaftlich“ auszuräumen sind, praktisch auswirkt.

Zur Erläuterung möchte ich eine Winzigkeit des Vertrages herausgreifen: Der Vertrag garantiert die kostenlose **Weitergabe der Meldedaten** an die katholische Kirche, was der gängigsten Praxis entspricht. Wenn allerdings das **bundesweite Zentralregister** kommt - das plant der Bund ja spätestens für 2011 -, stellt sich die Frage, ob das Land dann eventuell anfallende Gebühren tragen wird. Ich gehe davon aus, dass dieser Passus dann neu verhandelt werden muss. Auch angesichts derartig absehbaren neuen Handlungsbedarfs sollte eine **Geltungsdauer des Vertrages** vereinbart werden.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie vereinzelt bei der SPD)

Das sollte dann auch im Sinn der Vertragsgerechtigkeit für alle Staatsverträge mit den Kirchen und religiösen Gemeinden gelten.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke der Frau Abgeordneten Spoorendonk. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf Drucksache 16/2245 federführend dem Innen und Rechtsausschuss, mitberatend dem Bildungsausschuss und dem Finanzausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen worden.

Ich schließe die Sitzung, unterbreche die Tagung und wünsche Ihnen einen angenehmen Abend. Morgen treffen wir uns in alter Frische um 10 Uhr hier wieder.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17:55 Uhr